autonomes Blättchen



#9

FREE PUSSY RIOT



Punk-Bittgottesdienst

**Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin
Vertreibe Putin, vertreibe Putin.**

**Schwarzes Ornat, goldene Schulterklappen
Alle Bittsteller kriechen zur Verbeugung
Das Gespenst der Freiheit im Himmel
Gay-Pride ist in Ketten nach Sibirien geschickt worden**

**Der Chef des KGB ist ihr oberster Heiliger
Führt die Protestierer bewacht in Haft
Um den Heiligsten nicht zu betrüben
Müssen Frauen gebären und lieben**

**Göttlicher Dreck, Dreck, Dreck
Göttlicher Dreck, Dreck, Dreck**

**Mutter Gottes, Jungfrau, werde Feministin
Werde Feministin, werde Feministin**

**Kirchliches Lob für die verfaulten Führer
Prozession aus schwarzen Limousinen
In die Schule kommt der Pfarrer
Geh zum Unterricht – bring ihm Geld!**

**Der Patriarch Gundjaj glaubt an Putin
Besser würde der Hund an Gott glauben
Der Gürtel der Jungfrau ersetzt keine Demonstrationen
Die Jungfrau Maria ist bei den Protesten mit uns!**

**Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin
Vertreibe Putin, vertreibe Putin.**

Pussy Riot

Spenden:
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 9 - April 2012

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarismus.blogsport.de

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für 10. Ausgabe:
30.06.2012

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Sehr geehrte Leser_in,

herzlichen Dank für all das Lob, den solidarischen Zuspruch und das Geld. Die letzte Ausgabe ist auf viel Zustimmung gestoßen und war schnell vergriffen. Das freut uns.
Auch Nummer Neun ist vielseitig, interessant, viel zu dick, zu wenig bebildert und kostenlos – für dich.
Aus politischer Sicht ist sie etwas unerfreulich, denn wenige Texte bereiten die Freude, von erfolgreichen Kämpfen zu berichten. Dafür geht es um so mehr um Erkenntnis. Was ja nicht das Schlechteste ist. Man stelle sich vor, es wäre ein Heft voller Kreuzworträtsel – das wäre schlecht!

Überregionales zu politischen Auseinandersetzungen in Mexico, Italien und Russsland bereichern das Leseangebot; Texte und Berichte aus Oldenburg, Hamburg, Frankfurt und Hannover runden es ab. Schau ins Inhaltsverzeichnis und genieße die überbordende Vielfalt.

Das war ja klar: Nach so viel Eigenlob kommen jetzt die schwierigen Fälle.
Die von der „Temporären Autonomen Zelle" angestoßene Diskussion über den Umgang der deutschen radikalen Linken mit dem sich anbahnenden militarisierten Konflikt zwischen Israel und Iran führte zu Reaktionen. Das begrüßen wir. Schließlich war das auch die Intention der Verfasser_innen. Aber als Zeitungsprojekt stellt uns das vor die Schwierigkeit, dass ohne den Abdruck aller dazu eingereichten Texte keine Verständlichkeit entsteht, weil die Texte sich eng aufeinander beziehen. Und wer will schon immer zwischen Interim, Internet und dem Autonomen Blättchen hin und her eiern. Wir ersparen euch das und drucken deswegen drei Texte zum Thema ab: den der TAZ, die Antwort der hannoverschen Gruppe Alerta und wiederum die Antwort darauf, von der TAZ. Wer die Texte schon kennt, kann sich einen Tee kochen gehen.

Was anderes: Als Redaktionskollektiv haben wir entschieden, in Zukunft bewusster mit unserer Macht umzugehen. Wir wollen nicht mehr zwangsläufig Texte abdrucken, nur weil sie uns zugeschickt worden sind. Wenn die Ausgabe zu dick wird, Texte bereits woanders mehrfach publiziert wurden, zum Erscheinungsdatum schon 3 Monate alt sind, gravierende inhaltliche Mängel haben oder unseren politischen Minimalkonsens verfehlen, werden wir zensieren.
Wir denken, nur so die Qualität des Blättchens aufrechterhalten zu können, die wir entwickelt haben, seit wir als eigenständiges Projekt arbeiten. Allerdings werden wir immer öffentlich begründen, warum wir einen Text rauskanten. In dieser Ausgabe hat es bereits einen getroffen.
Den zugeschickten Text „Worüber wir in dunklen Kellern brüten" werden wir hier nicht veröffentlichen. Der Text wirft zwar wichtige Fragen auf, besteht aber überwiegend aus Phrasen und Satzbausteinen, die den Eindruck großer Entschlossenheit erwecken sollen. Dabei lässt der Text in seiner vorgeblichen Radikalität eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema Militanz vermissen und ergibt so nur ein mehrseitiges Mackerpamphlet. Dafür wollen wir keinen Platz bieten. Ein paar Beispiele: „Was die angeblich gefährdete Reinigungskraft betrifft – wer die Toiletten der Bullen putzt und das Blut der Misshandelten aus den Zellen wischt, damit sich die Beamten beim Foltern nicht zu sehr ekeln und wer so viel für das Funktionieren einer Polizeiwache erledigt wie diese Putzkraft ist nicht „unbeteiligt" oder „Arbeiter" sondern: Teil des Bullen apparats." „..sie müssen wissen, dass wenn sie uns den Krieg erklären, wir in der Lage sind ihnen schwere Schäden zu zufügen." „Zu dem werden wir immer Topfit und extrem Wachsam sein müssen, denn die sind das auf jeden Fall" (Schreibfehler im Original)
Wir möchten den Autoren (Autor_innen?) nahe legen, über so manche Teile des Textes doch noch einmal bei Lichte und frischer Luft zu sinnieren.

Zur nächsten Ausgabe wünschen wir uns Texte zum Sommerbiwak in Hannover, der No-TAV-Bewegung, den Stand der Kämpfe in Griechenland, dem antimiltaristischen Camp im September, den Erfolgen der politischen Arbeit, den antikapitalistischen Aktivitäten weltweit, … Und Geld. Aber keine pdf-Dateien. Wenn ihr Texte per Mail schickt, bitte als Textformat also rtf, doc, odt o.ä.

Einen schönen Frühsommer wünscht dir,
das Redaktionskollektiv des autonomen Blättchens





Kunst oder Politik?

Unser Auftritt in der Christi-Erlöser-Kirche war eine politische Geste, die auf das Problem der Zusammenarbeit zwischen Russisch-Orthodoxer Kirche und der Putinregierung abzielte. Patriarch Kirill hat sich mehrfach zu der sicher nicht heiligen Figur Putin geäußert, hat die Gottesdienstbesucher dazu aufgerufen, nicht an den Protestkundgebungen teilzunehmen. Und die politische Aktion von Macht und Kirche unter dem Motto „Steht zwei Tage an, um den Gürtel der Gottesmutter zu sehen" war darauf ausgerichtet, ein Bild zu erzeugen, nämlich dass die Orthodoxen apolitisch sind. Das hat uns nicht weniger erschüttert als die Verstöße bei den Dumawahlen. Deswegen haben wir in unseren Auftritt ein künstlerisches Element – ein Bittgebet – eingefügt und haben diesen Auftritt „Mutter Gottes, Jungfrau, vertreibe Putin" genannt. Damit geben wir den Gläubigen ihr politisches Engagement zurück und überwinden die Versuche des Patriarchen Gundjaj, der für alle Gläubigen spricht, die Situation falsch darzustellen.

Ebenso wichtig war uns, genau vor dem Altar zu singen und nicht auf der Straße vor der Kirche; das heißt an einem Platz, den Frauen prinzipiell nicht betreten dürfen. Es geht darum, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche (Moskau) extrem konservative Werte propagiert, zu denen solche Begriffe wie Wahlfreiheit und Bildung einer politischen, Gender- und sexuellen Identität, kritisches Denken, Mulitikulturalität, Aufmerksamkeit für zeitgenössische Kunst nicht passen. So erscheint es uns. Der orthodoxen Kirche fehlen zur Zeit alle oben angeführten Erscheinungen.

Was die Folgen angeht, so hat uns die Wut und der Maßstab der Kampagne aus Hetze und Jagd auf die, deren unbestätigte Personalangaben ins Internet geraten sind, überrascht. Die Anzahl der Drohungen, die an diese Personen geschrieben wurden, sprengt jeden Rahmen. Wir denken, dass das Teil der putinschen Nachwahlkampagne ist, der, nachdem er seinen „Sieg" hatte, sich entschied, sich an all die Beleidigungen zu erinnern, die ihm von oppositionellen Bürgern zugefügt worden waren. Wahrscheinlich hat unser Auftritt auf dem Roten Platz mit dem Lied „Putin hat Schiss" eine große Rolle gespielt. Und unser Auftritt in der Christi-Erlöser-Kirche war nur der formelle Grund für den Beginn eines Strafverfahrens. Jetzt verbergen die Machthaber das auch nicht mehr und versuchen noch ein Strafverfahren gegen Leute, die mit uns im Kontakt stehen, zu initiieren: „Extremismus", wegen unseres Refrains auf dem Roten Platz, der mit den Worten „Aufstand in Russland" beginnt. Wir sind empört, dass Menschen, die zur Opposition gehören, auf der Straße festgenommen und jetzt festgehalten werden. Die Frauen geben nicht zu, zu unserer Gruppe zu gehören. Soweit wir wissen sind sie im Hungerstreik, der jetzt schon den zwölften Tag andauert.

Pussy Riot März 2012



Der zweite Tag im Untersuchungsgefängnis

Ich und meine einzige Zellengenossin Nina schlafen angezogen auf Eisenbetten. Sie im Pelzmantel, ich im normalen Mantel. In der Zelle ist es so kalt, dass wir rote Nasen haben, eisige Beine – ins Bett unter die Decke dürfen wir erst nach dem Zapfenstreich.

Die Fenster sind schon vor uns mit Binden und Brotkrumen abgeklebt worden, nachts ist der Himmel von den Laternen orange.

Ich habe schriftlich erklärt, dass ich den Hungerstreik aufgebe, jetzt trinke ich drei Mal am Tag warmes, gefärbtes Wasser (Tee) mit Brotkrusten.

Die eisernen Nachttische sind furchteinflößend, als könne man sich an ihren Kanten tödliche Kopfverletzungen zuziehen.

Nina wiederholt die ganze Zeit „Schlimmer wird's nicht". Sie ist 55. Sie haben sie wegen Raubes festgenommen. Ein betrunkener Ermittler hat ihr ohne Beschlagnahmeprotokoll all ihre Sachen weggenommen und sie gezwungen, das Protokoll ihrer Aussage zu unterschreiben ohne dass sie es überhaupt lesen durfte. Jetzt ist sie eine Räuberin in einer Maske mit Augenschlitzen.

Sie ist auch Pussy Riot.

Nina hat erzählt, dass vor mir hier Vika war. Sie wurde schwanger und in Handschellen bei der Polizei vergewaltigt, erst einen Tag später brachte man sie zu einer ärztlichen Untersuchung. Der Arzt hat weder die Fehlgeburt noch die Vergewaltigung festgestellt. Vika wird des Raubes zum Nachteil einer unbekannten Person beschuldigt, so steht es im Pro-

tokoll. Sie ist auch eine Räuberin in Maske.
Ja und auch Pussy Riot.
Ich kann immer noch nicht schlafen.
Heute hat man mir für eine schlecht glattgestrichene Bettdecke mit Karzer gedroht. Im Untersuchungsgefängnis weiß man genauso wenig wie in Europa, was ein Bettbezug ist. Aber dafür weiß jeder Bedienstete, dass Du ein Verbrecher und nicht umsonst hier bist.
Nina sagt die ganze Zeit: Schlimmer wird's nicht.
Wir unterhalten uns über Orwell, Kafka und den Staatsaufbau. Wir verfluchen die Rechtlosigkeit, aber ungeachtet der Hoffnung machenden Zitate von Foucault, die ich anbringe, glaubt Nina nicht an Veränderungen. Sie sagt: „Auch wenn das alles ist, ich verlasse das Land nicht."
Während der Arzt im Untersuchungsgefängnis mir stolz erzählt, dass er bei den Protestkundgebungen auf dem Bolotnaja-Platz war, glaubt die Frau in Uniform, die meine Fingerabdrücke nimmt, an die Revolution, auch wenn sie ihre friedliche Form sinnlos findet. Solange es die gibt, die über mich schreiben, helfen und sich über Veränderungen freuen, verlasse ich das Land nicht.
Heute ist der erste Tag, an dem ich normal gehen kann. Beim Hofgang in dem kleinen Quadrat aus Betonmauern und mit rostigem Gitter als Dach bin ich 20 Minuten gelaufen. Im Untersuchungsgefängnis Nr. 6 ist die Übergabe jeglicher Bücher verboten, es gibt nur eine Ausnahme: Die Bibel.
Heute früh hat meine Mutter sie abgegeben, bislang wurde sie noch nicht gebracht.
Schlimmer wird es wahrscheinlich wirklich nicht.

Marija Alechina

12. März 2012



Pussy Riot bei einer Soli-Aktion am Knast für gefangene Khimki-Aktivist_innen



Nach einem Monat Haft

Wer hat Angst vor dem Gefängnis? Wir oder die, die befohlen haben uns hier reinzustecken in dem Versuch uns zum Schweigen zu bringen? Ein Schritt ist es vom asketischen Leben eines Aktionisten ins Gefängnis - und ein Schritt vom Besitz aller Reichtümer der Welt. Wer hat einen Vorteil? „Zufrieden ist der, der genügsam ist", - wenn die Daoisten recht haben, sind wir das. Mein Leben, meine Erfahrung sind mein Besitz, meine Welt, das von mir Erworbene, das Vorbereitete. Danke an alle, die Bürgerpolitik, Punk, Feminismus und Aktionismus hassen, danke dafür, dass wir reicher wurden.
Wir wurden stärker. Früher konnte ich nie nach Männerart Liegestützen machen, so dass man mit der Brust an den Boden kommt. Hier habe ich es gelernt. Ich treibe mich beim Hofgang mit hunderten von Übungen zur Erschöpfung, und danach gehe ich in den Sportsaal, greife nach den Hanteln und Trainingsgeräten, bringe den Knackifrauen boxen bei, arbeite an Kampfgriffen.
Ja, es ist nur ein Monat. Aber wir sehen Menschen, die ein und zwei Jahre in Untersuchungshaft sitzen. Meine Zellengenossin wurde von ihrem Bullen-Mann angeschwärzt, der ihr bei der Scheidung die Wohnung, die nach dem Ehevertrag ihr gehörte und die sie erarbeitet hatte, wegnehmen wollte; jetzt sitzt sie, ohne dass es einen Beweis für ihr verbrecherisches Handeln gibt, nur die Aussage ihres inzwischen Ex-Mannes, schon ein Jahr und sieben Monate im Untersuchungsgefängnis Nr. 6. Sie ist wütend auf ihren Bullen-Mann und den Ermittler, der mit ihm eine Absprache hat. Sie ist nicht wütend auf das Schicksal oder Gott. Sie nimmt an, dass das Gefängnis eine große Probe für die Geduld ist. Sie ist aufgeweckt, fröhlich, energiegeladen und lässt die Zellengenossinnen nicht in ein Loch fallen. Sie ist für mich ein ernsthafter Grund hier nie zu verzweifeln. Mich beseelt das Beispiel zu Unrecht eingesperrter, aber starker, nicht aufgebender, zu Prüfungen bereiter Frauen. Im Gegensatz zum russischen Rechtssystem, dass nur 0,7% Freisprüche verkündet, sehe ich, dass es im Gefängnis wesentlich mehr gibt, die verleumdet wurden und wegen des bösen Willens eines anderen hierher geraten sind.



Nadezhda Tolokonnikova

03. April 2012

Ein Gespräch mit Yaroslav von der Kampagne Free Pussy Riot

AB: Hallo Yaroslav, bitte stell dich kurz vor.

Y: Hallo. Ich bin Öko- und Politaktivist aus Russland. Ich bin Aktivist in der Umweltbewegung und war einer der Organisatoren der Kampagne gegen die Rohdung des Khimki Waldes. In diesem Jahr war ich deshalb bereits 10 Tage im Gefängnis. Ich bin 24 Jahre alt und neben meinen sozialen Aktivitäten schreibe ich gerade meine Doktorarbeit über Neutrino-Physik.

AB: Was hast du mit den momentanen Anti-Putin Protesten zu tun?

Y: Vom ersten Moment an, als ich etwas über die Situation in Russland begriffen habe, habe ich mich gegen Putin und sein System gestellt. Jetzt hat Putin meine Freundinnen eingesperrt. Ihr seht, dass ich richtig lag, mich gegen ihn zu stellen. Ich war an der Organisation der letzten Proteste in Moskau und in ein paar anderen Städten beteiligt.

AB: Wie sieht es mit der feministischen und linksradikalen Opposition in Russland aus?

Y: Die feministische Bewegung ist nicht stark in Russland, aber es gibt sie. Ich hoffe, dass viele Frauen von den Aktionen von Pussy Riot inspiriert werden und sich feministischen und anderen Protesten anschließen.
Die linke Bewegung ist natürlich stärker als die feministische, weil diese ein Teil davon ist.
Man muss aber wissen, dass auch die Zivilgesellschaft in Russland nicht besonders stark ist, sie wächst grade erst.

AB: Kannst du uns einen Überblick über die Aktionen von Pussy Riot und deren politische Ausrichtung geben?

Y: Pussy Riot ist eine sehr neue Gruppe. Aber sie haben es bereits geschafft einige wunderschöne Aktionen zu machen – an klug gewählten und ungewöhnlichen Orten. Ihre Aktionen sind Kunst, die über politische Themen spricht. Sie ziehen die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die wirklichen politischen Probleme im heutigen Russland. Sie drücken ihre Meinung über den Zaren Putin aus, wie er sich in den Wahlen verhält, die wir gerade in Russland hatten und über den Heiligen Putin, wie die russisch Orthodoxe Kirche ihn gerne sehen würde. Sie singen über die Zerstörung des Khimki Waldes und natürlich über Frauenrechte.

AB: Welche politischen Kämpfe stehen hinter den Aktionen von Pussy Riot und welche Rolle spielen sie in diesen Kämpfen?

Y: Pussy Riot hat sich an den wichtigsten Ereignissen im Leben der momentanen Gesellschaft beteiligt. Sie haben während den Wahlen gesungen, sie haben gesungen, als riesige Menschenmassen gegen Putin auf den Straßen waren. Ich kann nicht sagen, dass sie dabei Schlüsselfiguren waren, aber sie haben ihren Beitrag geleistet, wie viele andere Gruppen auch.
Dann gibt es die Themen, zu denen sie einen riesigen Beitrag geleistet haben. Die Aktionen für Frauenrechte und gegen die Verschmelzung von Staat und Kirche.

AB: Wieso ist die letzte Aktion von Pussy Riot, das Konzert in der Kathedrale Christus des Erlösers, so ein großes Thema in den russischen Medien? Wie bewertest du die öffentliche Diskussion auf der einen und die Repression auf der anderen Seite?

Y: Eigentlich war das gar kein Konzert. Sie haben nicht viel gemacht in der Kirche. Das Video haben Leute nachträglich mit Ton unterlegt und mit Bildern von der Probe zusammengeschnitten. Das Medieninteresse wäre nicht so groß, wenn sie jetzt nicht eingeknastet wären. Danach entstand eine große Diskussion, weil der Staat und die Kirche einige dreckige Dinge gedreht haben, während dieser Geschichte. Die Leute haben sich gefragt, wie es möglich ist, dass die Mädels für nichts sieben Jahre in den Knast sollen. Herr Putin hört aber nicht hin, wenn die Zivilgesellschaft etwas sagt. Außerdem muss man mitbedenken, dass Putin persönlich beleidigt wurde, während der Aktionen von Pussy Riot. Darum gibt es all diesen Terror gegen sie. Die Kirche hier ist nur ein Instrument und die Kathedrale nur ein Hintergrund, ein Vorwand für die Repression und den Knast. Der Pussy Riot Fall fängt nicht erst mit der Aktion in der Kathedrale, sondern mit der mutigen Aktion auf dem Roten Platz, vor den Mauern des Kremls an. Während der Zeit der Massenproteste haben sie dort „Putin has pissed himself" (Putin hat sich eingepinkelt) aufgeführt.

AB: Wie sieht die Situation der der Aktivistinnen im Gefängnis aus? Wie geht es ihnen?

Y: Wir haben keine gute Kommunikation mit ihnen. Wir erhalten wenige Nachrichten von ihnen und sie noch weniger von uns. Wir wissen, dass die Ermittler sie unter Druck setzen wollen, dass sie gestehen an der Aktion in der Kathedrale teilgenommen zu haben und dass sie Teil der Gruppe Pussy Riot sind. Aber sie bleiben stark und verweigern die Kommunikation mit der Polizei. Die Polizei geht sogar so weit, dass sie drohen ihre kleinen Kinder von ihren Verwandten weg zu nehmen und in Waisenhäuser zu bringen. Die Drei fühlen sich wirklich einsam da und bitten um Briefe und Neuigkeiten von draußen.

AB: Was erwartest du noch an Repression, von Justiz und Polizei, gegen die mut-

maßlichen Mitglieder von Pussy Riot?
Y: Es kann jede mögliche Repression sein. Jetzt sind sie mit 7 Jahren Knast bedroht. Das ist ein vollkommen politisches Verfahren. Deswegen hängt alles von den Aktivitäten der Öffentlichkeit ab.

AB: Was für Soli-Aktionen wünscht ihr euch?

Soli-Aktionen können unterschiedlich sein. Demos vor russischen Botschaften, zum Beispiel, oder kreative Aktionen, die gefilmt und ins Internet gestellt werden. Leute schreiben an unsere internationale Gruppe und wir versuchen die Aktionen auf die Seite der Kampagne Free Pussy Riot zu stellen. Die nächsten internationalen Soli-Aktionen sind am 21. April, drei Tage vor dem Gerichtstermin, geplant. Auf der Seite gibt es Materialien in verschiedenen Sprachen und Bilder, die für die Aktionen verwendet werden können.

AB: Was können Leute hier in Deutschland sonst noch machen, um euch, die Gefangenen und Pussy Riot zu unterstützen?

Y: Wir schreiben auch auf die Homepage, was wir aktuell brauchen.
Das kann finanzielle Unterstützung sein, um die Anwälte zu bezahlen, oder die Kaution um aus dem Knast zu kommen. Leute können Briefe an die Gefangenen schreiben. Wir rufen alle dazu auf sich am Aktionstag am 21. April zu beteiligen. Bitte schreibt uns im Vorhinein, wenn ihr etwas plant, das wir verwenden können. Wir bitten euch, dass ihr euch bei russischen Behörden oder bei Instanzen in eurer Heimat beschwert, sodass sie mit russischen Repräsentanten reden. Außerdem brauchen wir noch Unterstützung bei der Organisation der Kampagne. Also Helfer_innen für die Website und Leute, die die Infos in verschiedene Sprachen übersetzen. Es liegt an euch, wie viel ihr für die gefangenen russischen Aktivistinnen tun könnt, aber kommt doch einfach auf unsere Seiten und kontaktiert uns.

AB: Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute für euch und die Gefangenen.

Y: Danke auch.

Kampagnenhomepage:
freepussyriot.org

Kontakt für Briefe, die die Solidaritätskampagne an die drei Gefangenen weiterleiten soll:
pussyriotsolidarity@gmail.com

Internationale Soli-Gruppe auf Facebook:
www.facebook.com/groups/317168765007434



Capitalism is crisis - Fast schlimmer als die Schreie...

Am 31. März 2012 fand in Frankfurt die Demonstration des ›M-31‹-Bündnisses statt. Ihm geht es nicht darum, den Kapitalismus krisenfest und menschlich zu machen, also zu retten. Erklärtes Ziel ist es, ihn zu überwinden: „Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen.

‚Echte Demokratie', wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus.« (M-31-Mobilisierungszeitung) Das M-31-Bündnis hat sich als Ziel die Baustelle der Europäischen Zentralbank/EZB im Frankfurter Ostend gesetzt: »Das Ziel ist zunächst die geschlossene Ankunft des Demonstrationszuges an der EZB-Baustelle. Inzwischen haben verschiedene Spektren darüber hinaus ihr Interesse an einer symbolischen Bauplatzbesetzung angekündigt. Der Aktionstag in Frankfurt soll ein deutliches Zeichen gegen die EU-Krisenpolitik und ihre dramatischen Auswirkungen in den einzelnen Ländern setzen. Hierfür sind kreative Begleitaktionen um und während der Demo ...geplant.« ((M-31-Mobilisierungszeitung) Darüber hinaus war auch in Beiträgen von der »Stillegung der EZB« die Rede, was man sich auch immer darunter vorstellen kann und soll.

An die Polizei ging die Aufforderung, auf eine Seitenbegleitung, also auf den mobilen Polizeikessel zu verzichten – andernfalls würde man die Demonstration auflösen. Die Grundvoraussetzung einer Demonstration klarzustellen, ihre Außenwirkung nicht von der Polizei diktieren zu lassen, war erfreulich und erfolgreich. Die Demonstration konnte sich relativ ungehindert am Hauptbahnhof versammeln und sich in Richtung alte EZB/Opernplatz in Bewegung setzen.

Es waren über 5.000 Beteiligte und die Stimmung war durchaus heiter. Auf massive Polizeipräsenz stieß die Demonstration erst rund um die alte EZB. Der ganze Komplex war mit Gittern und Polizei abgeriegelt. Es flogen Farbbeutel und einige Kracher in Richtung Polizeiketten und Fassade. Nachdem die Polizei aufforderte, am Glanz des Luxuslebens nicht länger zu rütteln, ging es weiter Richtung Baustelle der EZB. Als die Demonstra-

tion den Triple-A-Sektor, die Innenstadt verlassen hatte, schlug die Polizei zu. BFE-Einheiten stürmten in die Demonstration und kesselten einen Lautsprecherwagen und ca. 150 DemonstrationsteilnehmerInnen ein. Weitere Polizeieinheiten sicherten den Polizeikessel und spalteten so die Demonstration. An dieser Aktion war nichts spontan. Man wollte die Demonstration außerhalb der Innenstadt und weit genug weg von der Baustelle der EZB stoppen bzw. beenden – mit und ohne rechtliche Evidenz. Nach über zwei Stunden (un-)freiwilligen Wartens entschied sich die Demonstrationsleitung dazu, das Ziel ›EZB‹ aufzugeben. Stattdessen sollte die Demonstration zurück in die Innenstadt, auf dem Konstabler Platz enden. Auch dies ließ die Polizeiführung nicht zu und kesselte die Anwesenden am Mainufer abermals ein. Dieses Mal verkündete die Polizei, dass sie genug von dieser Demonstration habe und erklärte sie für aufgelöst. Dermaßen als Veranstalter überboten, gaben auch die ursprünglichen Veranstalter auf und beendeten das Ganze, mit dem vagen Wunsch, dass dies noch nicht alles gewesen sein muss. Bekanntlich verstanden einige diesen Wink und kehrten in Kleingruppen in die Innenstadt zurück, wo es abermals zu einigem Sachschaden und über 300 Festnahmen gekommen sein soll.

Tags darauf waren alle regionalen Zeitungen voll mit Schlagzeilen wie ›Straßenschlacht in der Frankfurter Innenstadt‹ (FAZ vom 2.4.2012) oder ›Krawall gegen das Kapital‹ (FR vom 2.4.2012) – was fast schon etwas poetisches hatte. Dieses Mal spielte man das Ereignis nicht herunter, dieses Mal überbot man sich in Empörung, Entsetzen und Erschrecken….:

»Es waren Schreie, die man, wäre dieses Wort nicht so abgegriffen, als Todesangst bezeichnen könnte. Fast schlimmer als die Schreie selbst waren nur noch das Splittern der berstenden Scheiben und das dumpfe Aufprallen der Wurfgeschosse auf dem Asphalt. Frankfurt hat das schlimmste Ausmaß linksextremer Gewalt seit vielen Jahren erlebt.«
(Das wahre Gesicht gezeigt, FAZ vom 2.4.2012)

Manche Kommentare gelangten mit ihren Übertreibungen und Eingebungen fast wieder zur Wahrheit zurück: Fast schlimmer, also ganz schlimm sind die kaputten Scheiben. Genau das,was diese alte Parole zum Ausdruck bringen sollte:
Menschen sterben und ihr schweigt, Fenster bersten und ihr schreit!

Alle Medien sahen wie auf einem Kommando die »gute Sache«, also eine folgenlose, diffuse, hilflose Kapitalismuskritik diskreditiert und verlangten nun von Hinz und Kunz freiwillige und ungezwungene Distanzierungen. Während in aller Regel die Erklärungen und Ankündigungen von den VeranstalterInnen mit konzentriertem Schweigen quittiert werden, rennt man nun Erklärungen aus ihrem Munde hinterher: Distanzieren Sie sich von der Gewalt! Distanzieren Sie sich von den Ausschreitungen!

Die VeranstalterInnen sind in der Zwickmühle: Begrüßen sie das, was in ihren Ankündigungen und Aufrufen schwammig und vielsagend in Raum steht, sorgen sie zwar für Klarheit, aber auch für ein mögliches strafrechtliches Verfahren. Um sich nicht von dem zu distanzieren, was viele zwischen den Zeilen herauslesen konnten und sollten, flüchtet man sich in schwache Objektivierungen. Alles sei »Ausdruck von Wut gegen die derzeitige politische Situation in Europa« (FAZ vom 2.4.2012), so ein Sprecher der Frankfurter Antifa. Warum stehen die VeranstalterInnen nicht zu dem, was zwischen den Zeilen herausgelesen werden sollte:

Die Steine und Farbbeutel, die während der Demonstration auf Banken und Luxusgeschäften, auf Polizeiwachen und Job-Center geworfen wurden, sind so alternativlos, wie die Billionen Euros, die die deutsche Bundesregierung zur Verstaatlichung von Kapitalverbrechen aufzubringen bereit ist.
Das würde sich ungefähr mit dem Risiko derer decken, die den Aufruf der VeranstalterInnen gelesen und verstanden haben.

Wolf Wetzel



M31 in Frankfurt – Wutbürger_innen in Aktion

„It's not enough to be angry". Das vermutlich wohlgemeinte Motto der Mobilisierung zur Demo nach Frankfurt scheint ein guter Teil der Teilnehmer_innen gründlich missverstanden zu haben. An der Vermittlung des recht einfachen Sachverhaltes, dass der Kapitalismus ein apersonales Herrschaftsverhältnis ist und weder Banken noch sogenannte Kapitalist_innen schuld an ihm haben, scheinen sich die mobilisierenden Gruppen vergeblich die Zähne auszubeißen. Das antikapitalistische Anliegen schlug jedenfalls auf der Demo recht schnell in den scheinbar nicht zu überwindenden Zwang zur Aktion um: „Luxushotels", Banken, ein Brautmodeladen, eine Polizeiwache, ein Jobcenter und weitere Objekte wurden angegriffen. Zu-

dem wurde ein Polizist („Verbindungsbeamter") offenbar von einer größeren Gruppe Menschen gezielt zusammengeschlagen, auch noch als er am Boden lag. Die Wutbürger_innen machten sich Luft, so möchte man glauben. Handelt es sich also um eine Verzweiflungstat anhand von so komplexen Verhältniss-en, ist es also ein befreiender Moment, in dem sich ein vermeintlicher, physischer Feind in Form von einer Schaufensterscheibe findet? Ist das Problem tatsächlich, dass einige Menschen gegebene Anlässe einfach nutz-en wollen und ihr Verhalten mit Militanz verwechseln? Oder handelt es sich schlichtweg - wie manche auf Indymedia meinen - um Anarchist_innen, die den Staat in den Mittel-punkt ihrer Kritik stellen und folgerichtig dessen Institutionen angreifen? Eigentum wie Schaufensterscheiben sind ja schließlich auch fast sowas wie der Staat, oder? Eine auf Facebook diskutierende Aktivistin ist froh, dass endlich mal „gegen Schicki-Läden, gegen Bonzen-Herbergen, gegen die EZB" vorgegangen wird. So einfach kann das aussehen. Nicht erwähnt werden meist die „eigenen" Leute, die hin und wieder von nicht ganz schuss- und wurfecht-en Kämpfer_innen getroffen wurden, geschweige denn gänzlich unbeteiligte. Absoluter Höhepunkt der Rechtfertigung des Verhaltens des Mobs in Frankfurt ist die schlichte Erwähnung der „Verhältnisse". Klar, wenn ich täglich leide – wie vermutlich die allermeisten Beteiligten – kann ich schon mal etwas ungezielt mit Steinen um mich schmeißen. Und dabei werden dann auch längst vergessen geglaubte Parolen ausgegraben, die das Ganze untermalen: „Brecht die Macht der Banken und Konzerne"...dass es auf Demos nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist, Bullen als Kinder unehelicher Eltern zu bezeichnen, sollte eigentlich nicht groß kommentiert werden müssen.



Die fast noch sympathischste Variante der Begründung läge in der Ratlosigkeit (post-)autonomer Politikformen. Dann aber stellte sich auch die Frage, warum diese Ratlosigkeit nicht dazu geführt hat, dass wahllos alles kaputt geschlagen wurde, sondern nur vermeintliche Symbole.

Ernanntes Ziel an diesem Tag war die Baustelle der EZB. Ob dieses Ziel ein geeignetes ist, steht auf einem anderen Blatt. Ohne dies zwingend zu werten, lässt sich feststellen, dass das Ziel aufgrund des eigenen Verhaltens nicht erreicht wurde. Denn dass die Bullen angreifen würden, müsste allen bewusst gewesen sein. Dass dies nie zu rechtfertigen ist, steht außer Frage. Die völlige Abwesenheit von so etwas wie Taktik jedoch spricht Bände über den Zustand eines nicht unbedeutenden Teils der Linken. Klar ist: Mit Militanz hat das ganze nichts zu tun. Militanz bedeutet unter anderem, dass gezielt agiert und der Zeitpunkt z.B. einer Eskalation selbst gewählt wird. Nicht, dass bei erstbester Gelegenheit alles angegriffen wird, was sich in Ruf- und Wurfweite befindet. Weiterhin beinhaltet Militanz, dass Verant-wortung für das eigene Handeln übernomm-en werden kann. Wie passt das mit einem Mob zusammen, der auf einen am Boden liegenden Polizisten eintritt? Zwischen Ausschreitungen und militanten Aktionen liegen Welten. Der Einblick in diese Welten scheinen den genannten Personen verschlossen zu sein. Triumphieren kann vor allem mal wieder die Reproduktion von Macker-Gewaltfetisch.

Was eine Bewegung taugt, zeigt sich bekanntlich an dem Grad ihrer Solidarität, und das auch in schwierigen Situationen. Die Situation, mit der viele Eingekesselte konfrontiert waren, gab deutlich Aufschluss über diesen Grad: Nachdem polizeilich bekannt gegeben wurde, dass der Kessel nun - nach einer Identitätsüberprüfung und Durchsuchung – zu verlassen sei, wenn es dann keinen weiteren Grund für eine Festnahme mehr gäbe, entstand schnell ein dichtes Gedränge um die vorderen Plätze. Dieses Gedränge flaute bis zum Ende des Kessels kaum ab, ist also nicht bloß als Ausdruck davon zu werten, dass es gewichtige Gründe für einige gab, das Spielchen mitzuspielen. Dem Großteil der Leute schien es nicht einen Funken zu interessieren, was ihr Verhalten für diejenigen bedeutete, die die Polizei sich eventuell schnappen wollte. Jegliche Handlungsfähigkeit der immerhin ca. 250 Gekesselten wurde durch dieses Verhalten zunichte gemacht. Es schien so, als wenn viele die Situation als „game over" gesehen haben und für sie die politische Aktion dort endet, wo ein Kessel besteht. „game over" für Solidarität, das allemal. Und das auch schon zu dem Zeitpunkt, zu dem mal wieder aus der 20. Reihe geschoben und geworfen wurde.

Die Fragen, die zu stellen sein werden, ähneln denjenigen, die nach dem G8 in Rostock gestellt wurden oder hätten gestellt werden sollen: War das ganze vielleicht von der Polizei so gewollt? Wo bleibt die Verantwortung bei scheinbar militanten Aktionen? Wie lässt sich Kapitalismuskritik sinnvoll artikulieren? Wie wird eigentlich Solidarität geschrieben, wenn nicht groß? Und was bedeutet diese noch, wenn mir selbst ein vermeintlich einfaches Wegkommen in Aussicht gestellt wird?

stay at home – read a book!

Alte Revolutionäre Zellen e.V.

Hugo Portmann – über 60 Tage im Hungerstreik

Seit über 27 jahren sitzt Hugo portmann wegen Bankraub im Knast. Er wurde als sogenannter „Gewohnheitsverbrecher" verwahrt, da er mehrfach Banken überfallen hat und aus dem Knast getürmt ist.
Hugo hat sich in all den Jahren gegen die Zumutungen des Knastes mit juristischen beschwerden und Petitionen gewehrt. Auch hat er anderen Gefangenen geholfen, ihre Rechte geltend zu machen.

Seit dem 6.12.2011 befand sich Hugo im in der Strafanstalt Pöschwies (Regensdorf ZH) im Hungerstreik. Nach einem langen juristischen Hin und her hat Hugo diese Kampfform gewählt, um seine Würde zu verteidigen und seinen legitimen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mitte Januar 2012 schrieb Hugo an den unterstüzer_innenkreis von Marco Camenisch, dass er am Hungerstreik festhält: „Ich werde mit allen friedlichen, mir zur Verfügung stehenden Mitteln für meine schrittweise Vollzugslockerung und Reintegration in die Freiheit kämpfen. Bis zur Zwangsernährung im Inselspital in Bern." Weiter: „Sollte die Justizbehörde […] mir keine Vollzuglockerung gewähren, wie das Bundesgericht angeordnet hat, werde ich den Hungerstreik bis zum Tode machen."

Wie kam es zu Hugos Hungerstreik?
Im Rahmen der umfassenden Änderung des Strafrechts mussten bis 2008 alle Verwahrungen nach altem Recht überprüft werden. Hugos Fall wurde erst 2010 vom Züricher Obergericht beurteilt. Das Gericht entschied, seine Entlassung sei ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die für die Beurteilung von verwahrten zuständige „Fachkommision zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeiten von Straftätern und Straftäterinnen des Ostschweizerkonkordats" lehnte ab. Diese Fachkommision führt ein Eigenleben. Sie steht ausserhalb des normalen juristischen Verfahrens. Es gibt keine Anhörungen, ihre Entscheide können von den Betroffenen nicht angefochten werden und sie beteht aus den selben Leuten, die die Verwahrung angeordnet haben: Richter_innen, Staatsanwält_innen und Psychiater_innen.
Gegen diesen Entscheid hat Hugo erfolglos beim Bundesgericht Einspruch eingelegt. Das Bundesgericht stellte immerhin fest, dass endlich Schritte zu seiner künftigen Entlassung einzuleiten seien.

Laut einem Schreiben vom 12. Februar 2012 von Hugo an Marco Camenisch, hat Hugos Kampf wie folgt Wirkung gezeigt. Für den 1. März wurde eine sogenennte Vollzugskoordinationssitzung, wo über die weiteren Vollzugsmassnahmen als Entscheidungsgrundlage beraten wird, anberaumt, und somit hat er den Hungerstreik seit dem 3. Februar einstweilen ausgesetzt. Er boykottiert jedoch weiterhin den Anstaltsfrass. Auf ärztlichen Rat nimmt er Joghurt, Kohlenhydrat-Protein-Aufbaukonzentrate und einen Farmerschokoriegel ein. Sollten die Damen und Herren der Repression ihm keine Vollzugslockerungen geben, wird er den unbefristeten Hungerstreik umgehend weiterführen.

Marco Camenisch: bedingte Entlassung verweigert

Marco Camenisch wurde 1980 verhaftet und u.a. wegen Angriffen auf Einrichtungen der Atomindustrie zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Im selben Jahr gelang ihm die Flucht. 1989 machten ihn Medien und Staatsschutz für den Tod eines Grenzpolizisten verantwortlich; Marco wies die Anschuldigungen zurück. 1991 erneute Verhaftung in Italien, dann 12 Jahre Gefängnis u.a. wegen Sabotageaktionen gegen die Atomindustrie. 2002 wurde Marco an die Schweiz ausgeliefert und 2004 wegen Mordes zu einer Zusatzstrafe von 18 Jahren verurteilt; zusammen mit der ersten Strafe also 28 Jahre, zusammen mit jener in Italien 40 Jahre! 2007 wurde die Zusatzstrafe auf 8 Jahre gesenkt. Marco hat sich in all den Jahren im Gefängnis immer solidarisch gezeigt mit fortschrittlichen Bewegungen inner- und ausserhalb der Gefängnismauern und an unzähligen Protesten teilgenommen. Er war aus Protest gegen das World Economic Forum in Davos bis zum 29. Januar in einen befristeteten Hungerstreik. Seinem Protest hatten sich die Gefangenen Silvia Guerini und Luca „Billy" Bernasconi angeschlossen.

Dieses Jahr hat Marco Camenisch 2/3 seiner Strafe abgesessen. Eigentlich steht in der Schweiz jeder und jedem Gefangenen - bei guter Führung - dann die bedingte Entlassung zu. Am 8. Februar hat eine „Anhörung" dazu stattgefunden. Das Zürcher Justizvollzugsam liess Marcos Anwalt bereits vorher wissen, es werde dabei um „die von uns beabsichtigte Abweisung der bedingten Entlassung gehen." Die „Anhörung" war gar keine, sondern eine Farce. Marco soll weggesperrt bleiben, weil er sich nicht brechen lässt, weil er an seiner politischen Überzeugung festhält. Bereits vor fünf Jahren versuchte der Staatsanwalt Ueli Weder, Marco zu verwahren. Begründung: er sei ja ein Anarchist! Und das Zürcher Amt für Justizvollzug verweigerte ihm mehrfach aus politischen Gründen einen bewachten Hafturlaub, der ihm als Vorbereitung auf eine bedingte Entlassung zugestanden hätte.
Wir fordern alle Solidarischen auf, gegen diese erneute Schweinerei des Zürcher Amts für Justizvollzug angemessen zu reagieren.
Schreibt Hugo un Marco Briefe in den Knast, zeigt ihnen eure Solidarität.

Addressen:

Hugo Portmann	Marco Camenisch
Postfach 3143	Postfach 75
8105 Regensdorf	5600 Lenzburg
Schweiz	Schweiz

Freund/innen und Unterstützer/innen von Marco Camenisch

NATO GAME OVER: Hunderte Aktivist_innen aus ganz Europa stürmen NATO-Hauptquartier

War starts here

Etwa 800 Friedensaktivist_innen aus mehr als zehn europäischen Ländern beteiligten sich am 1. April an einer gewaltfreien Intervention des NATO-Hauptquartier Brüssel. Dabei versuchten etwa 500 Menschen in das NATO-Quartier zu gelangen. Zwanzig Demonstrant_innen gelang es, direkt in den militärischen Bereich vorzudringen. Das Gebiet rund um die NATO wurde mit rot-weiße Band als Kriegsgebiet markiert. 483 Menschen wurden durch die Polizei festgenommen. Bis zum Abend waren sie wieder auf freiem Fuß. Gegenüber dem Haupteingang des NATO-Hauptquartiers unterstützten 300 Anhäng_innen jubelnd den nichtmilitärischen Eingriff.

Monty Schädel, Politischer Geschäftsführer der DFG-VK, erklärte: „Wo Frieden auf dem Spiel steht, ist gewaltfreie Intervention notwendig. Ein Militärbündnis wie die NATO, ein exklusiven Club der sich anmaßt auf der ganzen Welt für Profitinteressen Krieg zu führen, ist eine Bedrohung für den Weltfrieden. In den NATO-Ländern blüht der Waffenhandel und die NATO verteidigt weiterhin den eigenen Besitz von Atomwaffen während sie anderen Ländern mit einem Atomwaffen-Ersteinsatz bedroht. - Das wird auch am NATO-Hauptquartier nicht mehr kritiklos bleiben.“

Am 20. und 21. Mai werden in Chicago die Staats-und Regierungschefs der NATO zusammen kommen. Mit der gewaltfreien Intervention in Brüssel heute gaben die Friedensaktivist_innen eine klare Botschaft: Die NATO schafft mehr Probleme als sie löst! Die NATO gehört abgeschafft!

Ziviler Ungehorsam:

NATO Game Over ist eine Aktion des zivilen Ungehorsams. Wir verpflichten uns ein größeres Verbrechen dadurch zu stoppen, dass wir auch vor dem begehen einer Straftat nicht zurück schrecken. Geschützt sind wir dabei durch das internationale Recht.

Delegationen aus zehn europäischen Ländern nahmen an der Aktion in Brüssel teil. Alle eint die klare Botschaft an den NATO-Gipfel in Chicago: „Wir wollen keine Raketenabwehr, keine NATO-Truppen in Iran, Syrien, Libyen oder Afghanistan, keine nutzlosen und gefährlichen Atomwaffen in unserem Land!“

Stoppen militärischer Interventionspolitik:

NATO-Generalsekretär Rasmussen will in Chicago eine Entscheidung über die Prioritäten der nächsten Expansion des militärischen Interventionsapparats der NATO herbeiführen. Nach mehr als zehn Jahren Krieg und fehlgeschlagenem „Nation-Building-Projekt“ sucht die Allianz nach einem Ausweg aus dem Dilemma. Unter dem Vorwand der „Schutzverantwortung“ griff die NATO Libyen an, um einen profitablen Regimewechsel zu erzwingen. Ein Jahr später ist Libyen ein zerrissenes Land, in dem bewaffnete Milizen um die Macht streiten. Der Krieg in Afghanistan und Libyen beweist den Fehlschlag der militärischen Intervention. Trotz dieser katastrophalen Folgen für die Menschen in den Ländern drohen für Iran und Syrien ähnliche Szenarien.

Atomwaffen abschaffen:

Seit dem letzten Gipfel 2010 in Lissabon ist die NATO in der Diskussion um “den richtigen Mix aus konventionellen und nuklearen Waffen“ ihrer Verteidigungs- und Abschreckungspolitik. Die NATO-Mitgliedsstaaten werden der künftigen Rolle der schätzungsweise 200 amerikanischen taktischen Nuklearwaffen, die noch immer in fünf europäischen Ländern gelagert sind, zustimmen müssen. Die NATO-Bürokratie möchte den Status quo beibehalten, obwohl diese Waffen keinerlei militärischen Nutzen bringen. In Chicago wird sich zeigen, ob die NATO auf das Denken des Kalten Krieges verzichten kann. Hält die NATO an der aktuellen Nuklearstrategie fest, blockiert sie nächsten Schritte in der weltweiten nuklearen Abrüstung. Wird sie weiterhin ihre Atomwaffen restaurieren während sie andere Staaten mit Erstschlag bedroht? Wird die Bundesregierung endlich dem Auftrag des Bundestages gerecht und sich für eine Welt frei von Atomwaffen einsetzen?

Die Aktion „NATO GAME OVER“:

Die gewaltfreie Aktion NATO GAME OVER ist Teil der Kampagne „NATO Game Over OPERATION“ von Peace Action und Action pour la Paix in Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Antikriegsgruppen. Mit dieser Kampagne versucht die Friedens- und Antikriegsbewegung eine demokratische Debatte über die NATO und die Positionen die die Regierungen auf dem NATO-Gipfel am 20. und 21. Mai in Chicago vertreten zu erzwingen. Diese Debatte fehlt heute in fast allen NATO-Staaten obwohl die Mitgliedschaft überall große Auswirkungen haben.

Monty Schädel: „Die Regierungen beteiligen sich an den Kriegen z.B. in Afghanistan und Libyen. Die Parlamente geben grünes Licht ohne grundlegende Fragen. Der Waffenhandel in und aus Europa boomt, so dass selbst unter der Finanzkrise riesige Profite erzielt werden. Die US-Atomwaffen lagern in europäischen Ländern, obwohl sie militärisch nutzlos und gefährlich sind und die Mehrheit der Menschen die Atomwaffen weg haben wollen. Das alles, und noch mehr was den Krieg fördert und den Frieden bedroht, findet weitestgehend ohne öffentliche Debatte statt.“

DFG-VK

Ehemals ein Symbol des Widerstands gegen Preistreiberei

Eine kleine Kulturgeschichte des Roten Punkts

Die Warnstreiks des öffentlichen Dienstes von Verdi im Frühjahr 2012 trafen Hannover besonders empfindlich, da sie in die Zeit der Cebit, Messe für Informationstechnologien, fielen und dadurch der öffentliche Nahverkehr abhanden kam. Die Messe-AG, als Veranstalter verschiedener Einzelmessen, steht unter erheblichem Konkurrenzdruck anderer Messestandorte. Da die Messe für Hannover ein ganz wesentliches wirtschaftliches Standbein sei, rümpften die Angehörigen der Bürgermafia die Nase. Verdi würde „Chaostage" durchführen, gefährde den Messestandort, Arbeitsplätze und das Image der Stadt: ein kaum zu überbietendes moralisch-politisches Vernichtungsurteil! In ihrer Not riefen sie die Rote-Punkt-Aktion aus. Die „lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen" sollten doch einen roten Punkt an die Windschutzscheibe ihrer PKWs kleben und damit die Stadt Hannover vor dem Chaos retten. Messe AG und Touristik-Unternehmen druckten tausende Rote Punkte, die Tageszeitungen unterstützten diese Aktion, wohlwissend, dass dies allenfalls politische Kriegsführung gegen die Streikenden sein könne, denn eine praktizierbare Verkehrsalternative für Messebesucher_innen. Bekanntermaßen liegt die Messe weit draußen am Autobahnzubringer, wer da freiwillig durch die üblichen Messestaus führe, wäre ganz schön bescheuert. Dies wissend, richteten die Messemanager einen Bus-Shuttle vom Bahn hof zur Messe ein. Die Beschäftigten von Messe und Touristikunternehmungen wurden von ihren Bossen angewiesen, sich an der Rote-Punkt-Aktion zu beteiligen. Diese Farce, die „Aktion Roter Punkt" als Streikbrechermanöver zu funktionalisieren, ist ein vorläufiger Höhepunkt in der bewegten Geschichte des „Roten Punkts". Schlussendlich beklagte die Messe Tausende verloren gegangene Besucher am Streiktag. Das ist gut und nicht schlecht!

Der Rote Punkt war die Erfindung einer Bewegung. Oder genauer gesagt: er wurde bereits in den frühen 60iger Jahren als Selbsthilfesystem genutzt, das auf eine Gruppe, zumeist studentischer Insider, beschränkt geblieben war, nämlich als Kommunikationssystem zwischen Tramper_innen und Autobesitzer_innnen, die mit ihm an der Windschutzscheibe signalisierten, Leute mitnehmen zu wollen. Der Rote Punkt wurde im Juni 1969 im Rahmen von Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen der örtlichen Verkehrsbetriebe in Hannover, der ÜSTRA (Überland- und Straßenbahnen AG) umfunktioniert. Er wurde zum Symbol für den Kampf gegen Preistreiberei und zum sichtbaren Zeichen selbstorganisierter Praxis. Hannover hatte den öffentlichen Nahverkehr überflüssig gemacht. Die Hälfte aller Autobesitzer der Stadt beteiligte sich. Bei den Auseinandersetzungen, die über zwei Wochen dauerten, war der Rote Punkt das Kampfmittel, die Preiserhöhungen rückgängig zu machen, einen Einheitstarif von 50 Pfennig zu erreichen und die Privatisierung der Üstra (Preußen Elektra) abzubauen zugunsten der Stadt Hannover.
Zwischendurch kamen den Initiator_innen der Rote-Punkt-Aktion allerdings Zweifel, ob es so ganz richtig sei, die selbstorganisierte Dienstleistungsstruktur aufrecht zu erhalten, statt Betriebe, Schulen, Kaufhäuser stillgelegt zu lassen! Dazu einige Bemerkungen zu dem damaligen Organisationsstand der radikalen Linken in Hannover: der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) war Motor radikaleren Bewegungsformen in den Jahren 1967/68 auch in Hannover gewesen, wobei zu erwähnen wäre, dass die örtliche Gruppe relativ klein und nicht allzu wirkkräftig war. Seit Herbst 68 waren Auflösungserscheinungen unübersehbar. Eine Fraktionierung in eine „proletarisch" orientierte und eine aktionistische Gruppierung wirkte lähmend. Es gab ein Bündnis gegen die Fahrpreiserhöhungen (ohne Beteiligung des SDS), das getragen war von der Illusion, wenn viel über die Ungerechtigkeit lamentiert würde und die Podiumsredner_innen gar noch in der bürgerlichen Presse zitiert würden, wäre das schon genug gesellschaftlicher Veränderung. Innerhalb des SDS spielte das Thema Fahrpreiserhöhungen eine untergeordnete Rolle, wie überhaupt Themen zur sozialen Frage vorschnell unter der Rubrik „Reformismus" abgehakt wurden. Es gab einen Konsens, die Kundgebung zu ignorieren und stattdessen zu versuchen, die Straßenbahnen



Abb. 12: Demonstranten blockieren mit Pflastersteinen die Bahnschienen am Aegidientorplatz (Fotoarchiv der Neuen Presse, Hannover, Fotograf Herbert Rogge)

zu blockieren, ohne einen Plan zu haben, was darüber hinaus geschehen könnte. Mit einer relativ kleinen Anzahl von Leuten wurde, vom Bahnhof kommend, die Weiterfahrt der Straßenbahnen verhindert. Es kam zu ersten Kämpfen mit der Polizei am Steintor, dem zentralen Knotenpunkt des Üstra-Verkehrs. Die Kämpfe verschärften sich an den folgenden Tagen. Die Blockaden wurden ausgedehnt, bereits in den frühen Morgenstunden wurden die Verkehrsträger an der Ausfahrt aus den Depots gehindert. Die Polizei sah sich gezwungen, aus der Öffentlichkeit der Stadt abzuziehen, wozu der damalige Innenminister flapsig kommentierte: „Meine zwei- bis dreitausend Polizisten hätten nicht ausgereicht, um den Straßenverkehr aufrechtzuerhalten" und es könnte „kein Interesse bestehen, die Krankenhäuser zu füllen". Die Polizei zog sämtliche Einsatzkräfte aus Niedersachsen zusammen (insgesamt über 3000), erwog den Einsatz des Bundesgrenzschutzes, was derzeit ein absolutes Novum gewesen wäre. Offen wurde vom „Inneren Notstand" geredet. Hannover erlebte in diesen Tagen mehrere Premieren: zum ersten Mal wurde Tränengas gegen Demonstrierende eingesetzt. Zum ersten Mal griff die Neue Linke Hannovers zu subversiven Aktionsformen, nicht nur am helllichten Tag wurden Busreifen geplättet, sondern auch nachts waren Leute unterwegs, um mit Schnellbeton und petroleumgetränktem Sand Gleise und insbesondere Weichen unpassierbar zu machen. Manchen der in dieser Zeit noch im jedem Wagen mitfahrenden Schaffner_innen kamen Billetblock samt Wechselgeldtasche abhanden und konnten Pause machen. Bis zu 7000 Hannoveraner_innen beteiligten sich mehrere Tage lang an Aktionen gegen die Üstra. Auf den täglichen Kundgebungen mit Tausenden von Menschen wurde öffentlich über anstehende Aktionsprojekte diskutiert. Die radikale Linke lernte schnell, die soziale Frage zu thematisieren. Arbeiter_innen aus den Fabriken solidarisierten sich mit den Demonstrierenden, bildeten Demonstrationszüge vor den Werktoren in die Stadt. Es gab offensichtlich Absprachen der Stadtverwaltung mit Polizei und Üstra, dass bei höherem Aufkommen von aktivem Widerstand die Straßenbahnen und Busse in die Depots zurückbeordert werden sollten, um den Volkszorn gegen die Blockadeaktivist_innen zu lenken, um diese politisch zu isolieren. Das war die Geburtsstunde des Roten Punkts, zunächst mit Wachsstiften auf handzerschnittene weiße Zettel gemalt, dann in großer Zahl gedruckt und öffentlich propagiert. Offensichtlich brachte die Einführung dieses alternativen Nahverkehrssystems vor dem Hintergrund massenhafter Blockadeaktionen eine unglaublich euphorische Stimmung in die Stadt, die Menschen waren offensichtlich glücklich darüber, es denen da oben mal zeigen zu können.



Doch der Rote Prunkt barg Ambivalenzen. Die Protagonist_innen des SDS interpretierten die Rote-Punkt-Aktion als beispielhaftes Kampfsymbol und bereicherten ihn alsbald mit roten Fahnen, sehr zum Unmut der im Einheitsfrontschema denkenden traditionalistisch ausgerichteten Akteure, die den friedlichen Charakter dieser Aktionsform lobten, den es zu bewahren gälte, um „vernünftige" Verhandlungsergebnisse mit den Verantwortlichen auszuhandeln.. Rote Fahnen wären da schon zu viel Gewalt und würden abschreckend auf die Menschen wirken. Während die linksradikalen Teile der Demonstrierenden den sozialistischen Kern der Selbsthilfe herausarbeiteten („ein Gespenst geht um in Hannover, der Rote Punkt! Er fährt umsonst!") mit dem Hinweis, „wir siegen nicht nach Punkten, wir siegen durch ko", propagierten die Leute um DKP und den Kabarettisten Kittner unhinterfragt den populistischen Charakter einer „Aktion Gemeinsinn". Bewirkt hat der Rote Punkt allerdings, dass die Leute arbeiten, lernen und einkaufen gehen konnten. Auch dass das revanchistische Schlesiertreffen auf dem Messegelände stattfinden konnte. Dass sich an einem der Rote-Punkt-Bahnhöfen (den vorgegebenen Haltestellen der Üstra) vor der Oper sich organisierte NPD-Truppen beteiligen konnten (was allerdings nicht so ohne weiteres hingenommen wurde und zu heftigen Hauereien führte). „Die gute Tat, die BILD rühmt, besteht darin, dass wir durch unsere Rote-Punkt-Aktion der City Umsatzeinbußen erspart haben und den Unternehmern den Stillstand der Bänder." Als Kampfsymbol hatte der Rote Punkt nach 1969 ausgedient. Zwar wurde er noch lange Zeit bei jeder der zahlreichen Preiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs wieder beschworen, ohne dass er Momente von Widerstand aktivieren konnte. Die DKP machte in Hannover noch über ein Jahrzehnt lang Wahlkampf mit ihm.

Die Sichtweise des Roten Punkt als lebensbereicherndes Elexier der Hannoveraner_innen wurde vom bürgerlichen Mainstream der Herrschenden alsbald aufgenommen. Schon während der Aktion-

en 1969 begann dies: die Stadtverwaltung druckte den Roten Punkt in großer Auflage und versuchte damit, einen reibungslosen Mitfahrdienst hinzukriegen, ehrenamtlich sozusagen. Die Bild-Zeitung setzte ihn auf die Titelseite. Geschäfte und Kaufhäuser entdeckten ihn als Werbeträger. Der Haus- und Hoffotograph Hannovers, Karl Johaentges, hat in seinem letzten Bildband (2007) mit dem programmatischen Titel „Hannover – die schönste Stadt der Welt“ deren Festivalisierungsstrategien zu neuem Glanz verholfen. Rückblickend verklärt er darin den „Roten Punkt“ von 1969, sieht ihn als Geburtshelfer eines ganz neuen Gefühls der Nähe, der Leichtigkeit, des Frohsinns von ganz Hannover (als gäbe es kein Arbeitsamt, keine Armut, keine Stressfaktoren, keine Gewalt, keine Panzerdivision, als gäbe es immer noch den Einheitstarif von 50 Pfennig für den öffentlichen Nahverkehr). „Am 12.6.1969 hat das neue Hannover begonnen“, schreibt er da. Der 12.6.69 war der Tag, an dem die Üstra Bahnen und Busse in den Depots ließ, warf sozusagen das Handtuch. Die Rote-Punkt-Aktion wurde (und wird immer noch) eingespeist in die Erneuerungsideologien einer gestylten Stadt. Es wurden kulturelle Projekte aufgelegt. „Der Rote Faden“, quasi der lang gezogene „Rote Punkt“, sollte die Sehenswürdigkeiten und architektonischen Highlights der Innenstadt anlaufen, ein Straßenkunstprojekt (zuerst „Die Nanas“) sollte die Leichtigkeit des Seins hierzustadt betonen. Der Flohmarkt an der Leine wurde unter großem Tamtam etabliert, sollte so was wie Pariser Charme versprühen. Das Altstadtfest wurde erfunden, die Einheit von Geschäftsleuten, Presse und Stadtverwaltung präsentierte fröhliche Menschen zuhauf. Der lange Marsch der Prekarisierung und Ausgrenzung derer, die nicht zur Klasse der Wohlhabenden gehören, hatte einen kräftigen Schub erhalten. Heute reden alle von Gentrifizierung. Der Rote Punkt war einer ihrer Wegbereiter. Den Initiator_innen dieses Symbols ist allerdings kein Vorwurf zu machen, hingegen denen, die nicht begreifen wollen, wie unersättlich die integrative Gewalt kapitalistischer Modernisierer (sinnstiftend für Rendite und Umsatzsteigerungen) wirksam werden kann und wie begierig sie utopisches Gedankengut auf deren Verwertbarkeit (ideologisch und materiell) abchecken und einsaugen. Es gibt keine Alternative zu einer militanten Widerstandspraxis, die auch immer Formen der Veränderung des Zusammenlebens in sich birgt, Emanzipation von der Warenstruktur des Kapitalismus. Daher ist den Autoren eines Aufsatzes in dem schönen Band „30 Jahre unkontrollierter Bewegungen“ in Hannover (vorwärts bis zum nieder mit, o.J. 1997/98?) zuzustimmen „Diese Aktionen 1969 in Hannover können als Anfang autonomer Aktionsfelder betrachtet werden…“ ***AB***

39. Kriegsspektakel im Stadtpark

Sie hören nicht auf!
Sie hören nicht auf damit, Kriege zu feiern. Immer und immer wieder feiert die 1. Panzerdivision ihr „Sommerbiwak“. Zusammen mit Repräsentant_innen aus Politik und Wirtschaft feiern sie, damit sie Krieg führen können. Dieses Jahr findet die Feier am 29. Juni statt.

Sie verändern viel!
Die 1. Panzerdivision soll nach Oldenburg abziehen. Dieser Umzug ist aber nur ein weiterer Teil der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Und auch wenn die 1. Panzerdivision nach Oldenburg umzieht, bleiben ihre Einheiten in Munster und Luttmersen/Neustadt a. Rbg. In Wunstorf ist der Ausbau des Fliegerhorstes zum Drehkreuz für weltweite kriegerische Interventionen in vollem Gange. Mit der neuen Feldjägerschule befindet sich in Hannover ein Zentrumg der Ausbildung von in- und ausländischen Militärs zur Aufstandsbekämpfung.

Sie reden auch viel!
Mit dem Umbau zur Berufsarmee sieht sich das Militär gezwungen, mehr für sich zu werben. An Schulen versuchen sie, Schüler_innen zu überreden, sich rekrutieren zu lassen. In Arbeitsagenturen werden junge Arbeitsuchende durch „sichere“ Ausbildungen und Jobs geködert. Durch Marketing versuchen sie, ihr Kriegshandwerk schön zu reden. Sie reden auch vom Abzug aus Afghanistan. Während die Regierungen der Nato-Staaten vom „Abzug“ und der „Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung“ reden, eskaliert der Krieg.

Sie produzieren auch viel.
Die deutsche Kriegsindustrie ist inzwischen drittgrößter Rüstungsexporteurin der Welt. Sie verdienen am Krieg.

Wir hören nicht auf!
Wir hören nicht auf mit unserem Widerstand und Protest gegen alle öffentlichen Aktivitäten und Auftritte der Bundeswehr. Wir hören nicht auf damit, die Besucher_innen des Sommerbiwaks mit unserem Widerstand und Protest zu konfrontieren. Leisten wir überall Widerstand gegen die Kriegsschauplätze – egal ob am Fliegerhorst in Wunstorf, an der Feldjägerschule in Hannover oder bei der ersten Panzerdivision in Oldenburg!
Darum:
Aufzug statt Abzug – laut, bunt, mit Tammtamm, Dschingderassa und großem Hallo und Tschüss!
Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und anderswo!
Keine Rüstungsproduktion!
Keine Interventionsarmee!
Keine Bundeswehr!

Antimilitaristischer Aktionskreis Region Hannover

Dokumentation: Glasbruch und Farbe für Bundeswehr in Oldenburg Bekenner_innenschreiben

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7. Februar 2012 die Scheiben des Bundeswehrgebäudes in der Ulmenstraße in Oldenburg zerstört und die Fassade mit Farbe verschönert. Mit dieser Aktion wollen wir den Stab der 1. Panzerdivision aus Hannover, der in den nächsten Jahren nach Oldenburg ziehen soll, herzlichst willkommen heißen.



Die 1. Panzerdivision ist einer der wichtigsten Bestandteile deutscher Kriegsführung, bei allen größeren Einsätzen mischen ihre rund 18.000 Soldat_innen mit. Abgesehen davon ist sie Schirmherrin des Sommerbiwaks, einer militaristischen Propagandaveranstaltung, die alljährlich in Hannover stattfindet. Die 1. Panzerdivision ist seit jeher Teil der Interventionskräfte – und das schon bevor die Umstrukturierung von einer Verteidigungsarmee zur Angriffsarmee begann. Sie war sozusagen Vorreiterin dieser Entwicklung, die Anfang der 1990er Jahre mit dem Ende der Blockkonfrontationen ihren Lauf nahm und nun mit der Neuverteilung von Einheiten und der Auflösung von Standorten ins Finale geht. Damit passt sich die Bundeswehr ihrem neu definierten Aufgabenfeld an – galt es vor 1990 noch, sich gegen Angriffe des Warschauer Paktes zu verteidigen, ist es nun oberste Prämisse, möglichst schnell überall auf der Welt eingreifen zu können. An das Märchen der „humanitären Einsätze" zur „Verteidigung der Menschenrechte" glauben wir schon lange nicht mehr. Es geht um die Durchsetzung geostrategischer Interessen in bester neokolonialer Manier, z.B. um günstige Rohstoffe für Deutschland und Westeuropa und die Sicherung ihrer Transportwege. Um das zu erkennen bedarf es weder ausgefeilter Analysen noch großartiger Verschwörungstheorien – es genügt, einen Blick ins aktuelle Weißbuch der Bundeswehr zu werfen oder den Reden des Verteidigungsministers zu lauschen.

Oldenburg hat als Garnisonsstadt Tradition, der Stab der 1. Panzerdivision ist nicht der erste hier stationierte Stab, der beim Führen von Kriegen im Auftrag deutschen Großmachtstrebens ganz vorne mit dabei ist. So war Jahre lang der Stab der Luftlandebrigade „Oldenburg" hier zuhause.
Nach den Plänen de Maizières und den Träumen von Oberbürgermeister Schwandner und Kossendey, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, wird Oldenburg nach wie vor ein wichtiger Standort der Bundeswehr bleiben. Noch streiten sich Oldenburg und Hannover um den Stab der 1. Panzerdivision. Für uns ist klar: wir werden der 1. Panzerdivision einen heißen Empfang bereiten, sollte sie wirklich hier her verlegt werden.
Natürlich geht es uns nicht nur um die prominente 1. Panzerdivision. Es muss darum gehen, alle hier stationierten Soldat_innen als das sichtbar zu machen, was sie sind: Menschen, die dazu ausgebildet werden, andere Menschen umzubringen.

Kaputte Scheiben und ein bisschen Farbe sind nur der Anfang. Lasst uns die künftig hier stationierten Soldat_innen gebührend empfangen! Die Möglichkeiten sind unerschöpflich: gesprühte Parolen, gestörte Bundeswehrkonzerte, ein brennendes Versorgungsamt, Pöbeleien, beschmierte Bundeswehreinrichtungen, gestreckte Mittelfinger, angezündete LKW, geklebte Plakate... Organisiert euch, lasst euch was einfallen und los!
Gegen Militarismus – in Oldenburg und überall! Für eine befreite, solidarische Gesellschaft jenseits von Rassismus, Patriarchat und Kapitalismus!



zugeschickt



Dokumentation: Feuer und Farbe für Rüstungsindustrie in Hamburg

WAR START'S HERE - LET'S STOP IT HERE!

Wir sind dieses Wochenende an drei Orten gegen die Rüstungsindustrie in Hamburg vorgegangen:
An der Elbchaussee 146 haben wir ein Auto des Blohm und Voss Geschäftsführers Herbert Aly vor seiner Villa abgebrannt; am Gebäude der Muehlhan AG in der Schlinckstrasse 3 in Wilhelmsburg wurde Feuer gerlegt und in der Woltmannstrasse 19 ist die Fassade der Hamburger Niederlassung von NORTHROP-GRUMMAN eingefärbt worden.

Herbert Aly steht seit sechs Jahren an der Spitze von Blohm+Voss (B+V). Er war im Vorstand von THYSSEN KRUPP MARINE SYSTEMS (TKMS), in dessen Besitz sich B+V von 2002-2012 befand, und ist jetzt nach dem Verkauf von B+V Shipyards+Services an den Finanzinvestor Star Capital Partners dort Vorsitzender der Geschäftsführung. Somit leitet er die Geschäfte der drei Module B+V Repair, B+V Shipyards und B+V Industries. B+V Naval, HDW Kiel und die schwedische Tochter Kockums verbleiben bei TKMS.
Mitnichten darf mensch sich nun vorstellen, daß die miese alte Kriegstante B+V, welche schon die Hochrüstung Deutschlands für den ersten und zweiten Weltkrieg sowie die Ausbeutung tausender ZwangsarbeiterInnen im Nationalsozialismus zu verantworten hat, nun auf ihre betagten Tage nur noch Luxuskreuzfahrtschiffe wie die Queen Mary II oder Anlagen für den Offshorebereich wartet und baut.
Der Hauptsitz von TKMS mit dem Militärbereich B+V naval bleibt auf dem Gelände in Hamburg und der zentrale Auftrag der B+V Werft, der Bau von vier neuen Fregatten des Typs F125 für die deutsche Marine wird hier bis Ende 2018 realisiert. Alle vier Schiffe werden in der Hansestadt ausgerüstet und endmontiert. Der Bau wird von B+V Shipyards im Auftrag von B+V naval abgewickelt. Auch in Zukunft wird der "zivile" Teil von B+V als Dienstleister für von B+V naval hereingeholte Marineneubauten tätig werden.
Das Auftragsvolumen für den Bau der neuen F125 Fregatten beträgt 2,9 Milliarden Euro. Für die Fertigung der Vorschiffe ist die Lürssenwerft aus Bremen zuständig, welche bereits an dem letzten Korvettenprojekt von B+V beteiligt war.
Während der großen Feier für die Kiellegung der ersten Fregatte, der "Baden Württemberg", im November 2011 im Beisein hochrangiger Gäste aus dem Verteidigungsministerium und der Seestreitkräfte sprach Herbert Aly von einem neuen Kapitel in der Geschichte der Marine. Die F125 Fregatten "sind zugeschnitten auf den Einsatz in Krisengebieten", Hauptaufgaben Seeraumüberwachung und der Kampf gegen Piraterie (wie z.B. die "Operation ATALANTA")
Erstmals werden für ein Schiff zwei Besatzungen ausgebildet. Die F125 sind so konstruiert, daß sie statt wie bisher 9 Monate nunmehr 2 Jahre ununterbrochen im Einsatzgebiet verbleiben können, lange An- und Abfahrtszeiten entfallen. Die Besatzung wird halbiert und die Schiffe sind mit Waffen und Equipment für "Spezialkräfte" ausgerüstet.

Im letzten Jahrzehnt hat TKMS für die deutsche Marine 5 Korvetten für 1,2 Mrd. Euro sowie die Einsatzgruppenversorger "Berlin" und "Frankfurt Main" fertiggestellt. Der dritte Einsatzgruppenversorger wird zur Zeit in Emden gebaut.
Die Korvetten sind glücklicherweiser wegen Getriebeproblemen immer noch nicht einsatzbereit. In Kiel sind mehrere U-Boote vom Typ 212A abgeliefert worden. TKMS hat also den Löwenanteil der Waffenproduktion für die deutschen Seestreitkräfte erledigt.
In Zukunft möchte TKMS gerne neue Aufträge für die Korvette K131 und Mehrzweckeinsatzschiffe einfahren, damit auch im nächsten Jahrzehnt die Lichter auf dem deutschen Kriegswerften nicht ausgehen und die Gewinne weiter sprudeln.

Aber der deutsche Markt reicht dem Konzern bei weitem nicht aus. Deshalb werden die guten Beziehungen gepflegt, die sich durch geschäftskontakte zu "Natopartnern" und anderen in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben.
Die Brennstoffzellenbetriebenen U-Boote aus Kiel verkaufen sich wie geschnitten Brot:

- Die **Türkei**_ welche bereits 11 (!) U-Boote von TKMS gekauft hat, orderte 2011 noch mal für 2,5 Milliarden Euro Material zum Bau von 6 neuen U-Booten in den nächsten 13 Jahren.
- **Italien** erhielt U-Boote der Klasse 212A
- Für **Israel** werden gerade 2 U-Boote in Kiel gebaut, 3 wurden bereits ausgeliefert, im Dezember 2011 hat die Bundesregierung die Lieferung eines sechsten freigegeben.
- **Pakistan** meldet Interesse an U-Booten an.

B+V naval hat einen Auftrag aus Kanada zum Design eines Truppenversorgers (einer modifizierten Version der deutschen Einsatzgruppenversorger) bekommen, mit Option auf zwei Nachfolgeaufträge.

TKMS bemüht sich um Fregattenaufträge aus **Indien** und **Brasilien** und einen Korvettenauftrag aus **Israel.**

Deutschland ist **weltweit** der **drittgrößte** Waffenexporteur, hinter den USA und Russland. Knapp die Hälfte des Exports macht der Verkauf von Kriegsschiffen aus.

Einer der besten Kunden deutscher Waffenschmieden ist **Griechenland**
In den vergangenen 10 Jahren hat Griechenland Rüstungsgüter im Wert von 11 Milliarden US-Dollar importiert, zeitweilig rangierte Griechenland auf Platz 5 der größten Rüstungsimporteure der Welt.
Die bedeutendsten Geschäfte mit deutschen Rüstungsfirmen waren ein Deal mit KRAUSS-MAFFEI-WEGMANN (KMW) über den Kauf von Leopardpanzern in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. (1000 der 1600 Panzer der griechischen Armee stammen aus der deutschen Leopard 1 und 2 Produktion), der Kauf von 223 Panzerhaubitzen (403 Mio Euro) und ein Abschluss über die Produktion von 4 neuen U-Boo. ten im Wert von 2,8 Milliarden Euro mit TKMS.
Für das U-Bootgeschäft flossen Bestechungsgelder im zweistelligen Millionenbereich an den ehemaligen griechischen Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos.
Zur Produktion der Waffen hat KMW in Volos die Tochterfirma Hellenic Defence Vehicle Systems gegründet. TKMS übernahm die Hellenic-Shipyards-Werft in Athen für die Abwicklung des U-Bootauftrags.
Parallel zur Zuspitzung der Angriffe der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem IWF auf die Bevölkerung Griechenlands mit brutalen Senkungen von Löhnen, Entlassungen, Privatisierungen, Streichung der Gesundheitsausgaben etc., gehen die Sparpakete an Militär und Rüstungsindustrie beinahe spurlos vorbei. 2010 betrug der Verteidigungsetat 7 Milliarden Euro, 1,8 Mrd. wurden zur Beschaffung von Rüstungsgütern bereitgestellt. Die Abgesandten der französischen und deutschen Regierungen legten Wert darauf, daß Verbindlichkeiten bei den Rüstungskonzernen beglichen werden. Und der Verkauf von Eurofightern, Fremmfregatten aus Frankreich und weiteren U-Booten aus Kiel wird angepeilt. Unsere Aktion gegen B+V haben wir in Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland und den europaweiten Initiativen gegen Kapitalismus am 31.3. (M31) auf dieses Wochenende gelegt.
Capitalism is the crisis - revolution the only solution.

Nun noch einige Bemerkungen zu den beiden anderen Firmen, die an diesem Wochenende behelligt wurden. Beide arbeiten der deutschen Marine zu. Muelhan, diesen Namen kennt mensch in Hamburg eher als Gerüstbauer, ist ein Spezialist für Oberflächenschutz. Weltweit hat Muelhan über 2000 MitarbeiterInnen und erzielt einen Umsatz über 200 Mio. Euro. Muelhan besorgt den Oberflächenschutz für den Einsatzgruppenversorger "Bonn", welcher bis Ende 2012 durch eine Arbeitsgemeinschaft aus Lürssen Werft, Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, P+S Werften und TKMS fertiggestellt werden soll. Der Einsatzgruppenversorger ist das größte Schiff der deutschen Marine und z.B für die Unterstützung von Fregattenverbänden zuständig.

Für die US-Navy besorgt Muelhan die Beschichtung des Marineneubaus USS Arlington, eines Transportschiffes für amphibische Landeeinheiten und des Flugzeugträgers "John Stennis". Weitere 74 "eingemottete" Kriegsschiffe werden von Muelhan gewartet.
NORTHROP GRUMMAN ist der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt. Seine Hamburger Niederlassung gehört angeblich zu den wichtigsten global. NORTROP baut u.a. Navigationsanlagen für Kriegsschiffe. Zusammen mit Cassidian/EADS konstruiert Northrop ein unbemanntes Flugzeugsystem für große Höhen, den Euro HAWK; Abnehmer ist die Bundeswehr.
NORTHROP hält beträchtliche Anteile an der Hamburger Rüstungsfirma Plath, welche im Mereich der Kommunikationsaufklärung für die Bundeswehr arbeitet.

Wir rufen dazu auf, antimilitaristisches Engagement unter dem Motto
war starts here -let's stop it here
fortzusetzen und zu verstärken. Sinnvolle zeitliche Orientierungen könnten u.a. die antimilitaristischen und antifaschistischen Camps in Sachsen Anhalt und Dortmund im August/September, der Antikriegstag und das Sommerbiwak der Panzerdivision Hannover sein.
Aber jeder Tag antimilitaristischer Aktion ist ein guter Tag und lächelt Dich an.

- Antimilitarismus muß praktisch werden.
  Farbe, Feuer und Flamme den Rüstungskonzernen und -Behörden.

- Freiheit für Sonja Suder, inhaftiert in Frankfurt/M., der dieses Frühjahr der Prozess wegen Aktionen der Revolutionären Zellen (RZ) gemacht werden soll.

- Freiheit für Ali Ihsan, inhaftiert im Hamburger Untersuchungsgefängnis wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der PKK.

- Freiheit für die im Hamburger UG inhaftierten somalischen Piraten

31.3./1.4.2012

Militante AntimilitaristInnen, Arbeitsgruppe "dreizehnter Oktober neunundsechzig" (am 13.10.1969 zündeten InternationalistInnen im Hamburger Hafen einen Sprengsatz an einer der drei Korvetten, die B+V für das portugiesische Militär zur Bekämpfung der antikolonialen Befreiungsbewegungen baute)

Verfahren nach 1.Mai-Aktion eingestellt

Am 1. Mai beteiligten sich etwa 300 Menschen am antikapitalistischen Block des hannoverschen Sternmarsches der IG Metall. Vom Ihme-Zentrum begrüßten Aktivist_innen den vorbeiziehenden Block mit Rauchkerzen und einem Transparent: „Kampf dem Kapitalismus“.
Die Polizei stürmte in das Gebäude und nahm Menschen fest, die sie für die grüßenden Antikapitalist_innen hielt. Ein Festgenommener wurde vor dem Amtsgericht wegen Widerstand und Körperverletzung angeklagt. Das Solidaritätskomitee hatte kritisiert, dass es sich um einen politischen Prozess handele und bereits nach Aktenlage eine Einstellung des Verfahrens gefordert. Es wurde deutlich gesagt, dass es sich um einen politischen Prozess handele. Der Angeklagte soll, nach Darstellung der Bullen, einen Beamten die Treppe hinabgestoßen haben. Doch bereits bei der gerichtlichen Vernehmung des Festnehmenden verstrickte sich dieser in widersprüchliche Darstellungen der Situation. Daraufhin konnte die Anklage nicht aufrecht erhalten werden und das Verfahren wurde eingestellt.
In der durch einen Anwalt verlesenen Stellungnahme des Angeklagten, stellte sich die Situation wie folgt dar: Der Beamte hatte sich auf den Angeklagten geworfen als dieser eine Treppe hinunter lief. Beide stürzten und verletzten sich.
„Gerade in Zeiten in denen sich durch die Krise die Lebensumstände der Menschen zunehmend verschärfen sind kritische Interventionen und antikapitalistische Aktionen umso notwendiger – gegen die fortschreitende Ausbeutung der Lohnabhängigen, für eine bessere Welt und ein schönes Leben. ‚Kampf dem Kapitalismus‘ bringt dies auf den Punkt“, so das Soli-Komitee. Nach dem Prozess demonstrierten ca. 40 Menschen in der Innenstadt gegen das staatliche Vorgehen, und um ihre Solidarität mit dem Betroffenen zu bekunden. „Denn betroffen ist einer, gemeint sind wir alle!“

Solidaritätskomittee 1.Mai

GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in den Gewerkschaften!

Gewerkschafterlnnen, Antifas und antimilitaristische Initiativen stehen gemeinsam vor einer massiven Herausforderung: Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer stärker forciert.

Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung

Es gibt Proteste und Aktionen gegen die Bundeswehr, an denen sich auch Gewerkschafterinnen und Antifas beteiligen: Gegen den Nato-Gipfel 2009 in Baden-Baden, gegen die „Sicherheitskonferenz" in München, gegen Gelöbnisse und Bundeswehr-Werbung in Arbeitsämtern, Schulen und Hochschulen („Bundeswehr wegtreten"), gegen Rüstungsexporte, gegen das Bundeswehr-"Sommer-Biwak" in Hannover usw. Wiederholt wurde auch bekannt, dass Bundeswehr- Einrichtungen angegriffen wurden. Tatsache ist jedoch auch: Die berechtigten Proteste sind schwach. Vor allem gibt es auch kaum Widerstand aus den Betrieben und in den Betrieben. Das hängt sehr eng mit der Rolle der DGB-Gewerkschaften zusammen.
Gemäß der „Beschlusslage" scheint es vielen so, dass die DGB-Gewerkschaften im Großen und Ganzen gegen Kriegspolitik und Militarismus stehen. Doch die die genauere Betrachtung bringt anderes zum Vorschein.

Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr

Die nachfolgenden Beispiele zeigen: Es stellen sich keineswegs „die" DGB-Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Militarisierung. ln Wirklichkeit gibt es einen tiefen Gegensatz zwischen der DGB-Führung und ihrem bürokratischen Apparat und Gewerkschafterlnnen, die sich antimilitaristisch engagieren.

DGB-Chef Sommer: „Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht"

ln einer Rede am 8. März 2011 an der Bundeswehr-Universität in Harnburg bekräftigte DGB-Chef Sommer das Bekenntnis der DGB-Führung zur Bundeswehr. Früher, so Sommer, war für die Arbeiterbewegung klar, dass das Militär ein *„Instrument der Unterdrückung"* gewesen sei. Heute hätten die Gewerkschaften *„ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht"*. Sommer präsentierte zugleich seine Vorschläge für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr, z.B. zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Kreisstellen der Gewerkschaften und Dienststellen. Ebenso befürwortete Sommer die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundeswehrverband.

(siehe www.hsu-hh.de 11.3.2011)

Nicht vergessen: Das „Ja" des DGB-Bundesvorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999

Nachdem es zuvor schon verschiedene Militäreinsätze der Bundeswehr in anderen Ländern gegeben hat, ließ der deutsche Staat beim Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999 zum ersten Mal seit 1945 wieder seine Soldaten morden. Fest an seiner Seite stand die DGB-Führung, die ihr „Ja" zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien verkündete. Nachdem die verlogene Kriegspropaganda der deutschen Regierung nachgeplappert wurde, heißt es in der Erklärung des DGB-Bundesvorstands vom 6. April 1999: *„Vor diesem Hintergrund hat der OGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen."* (Zitiert nach „Ossietzky" Nr. 11/2009)
Dieses ,.Ja" der DGB-Führung zum deutschen Aggressionskrieg gegen Ex-Jugoslawien ist unserer Meinung nach damals und auch später viel zu wenig beachtet, entlarvt und angegriffen worden.

ver.di: „...bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr"

ln den letzten drei Jahren sind vor allem die folgenden zwei Beispiele hervorstechend:
An dem berechtigten Protest „Kein Werben fürs Sterben" auf dem „Hessentag" 2011 beteiligten sich am 13.06.und am 18.06.2011 u. a. auch die DGB-Jugend Hessen, die GEW-Studentlnnengruppe Frankfurt und ver.di Fachbereich 5 Bezirk Frankfurt. Auch in dem Organ von ver.di in Hessen „ver.di mainletter" 02-2011 wurde zu den Protesten aufgerufen. Dagegen gab es sogleich einen Aufschrei der „Bundeswehrkameraden" des Deutschen Bundeswehrverbands. Die ver.di-Führung verurteilte umgehend den Artikel sowie die Teilnahme von ver.di-Mitgliedern an den Protesten. Ver.di-Chef Bsirske versicherte: *„Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird."* (ver.di Bund und Länder Newsletter 02/2011)
In der offiziellen Stellungnahme der „ver.di Landesfachgruppe Bundeswehr" heißt es unter der Überschrift *„ver.di und Bundeswehr- das geht doch!"*: *„Wer die Bundeswehr wie die Hessische ver. di Gliederung des FB 5 ... beseitigt wissen will, will eine andere Gesellschaftsform als die freiheitlich demokratische Grundordnung, für die die Bundeswehr als Ganzes steht."* (ver.di Main-Letter Nr. 3/11, S.4)

Am 7.2.2009 hielt ein Vertreter der ver.di-Jugend bei der Auftaktkundgebung der Demonstration gegen die „Sicherheitskonferenz" in München eine Rede, bei der er die Angriffskriege der Bundeswehr und die Militarisierung im Inneren angegriffen hat. Umgehend dis-

tanzierte sich die ver.di Führung. Die „Bundesfachgruppe Bundeswehr- Bund und Länder von ver.di" schrieb:
„Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr."

IG Metall-Führung für Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte

Eine vom Vorstand der IG Metall in Auftrag gegebene Studie propagiert, dass die deutsche Kriegsschiffproduktion erhalten und ausgebaut werden soll. Die IG Metall bekennt sich darin zum „Umbau" der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee und fordert eine drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. ln Anlehnung an die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" des deutschen Staates spricht sich die Studie dafür aus, die „Einsatzfähigkeit" der Kriegsmarine gegen die „Bedrohung des freien Warenverkehrs" rüstungspolitisch sicher zu stellen. Gefordert wird ebenso die „Exportfähigkeit" deutscher Waffen zu gewährleisten. Das geschieht unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung. Damit propagiert die IG Metall-Führung, dass die ArbeiterInnen die imperialistische Expansion ihrer „eigenen" Ausbeuter unterstützen sollten, dass sie mit diesen in einem Boot sitzen würden. Das ist faktisch „Volksgemeinschafts"-ldeologie.
Nachdem diese Studie bekannt gemacht worden ist, hat es innerhalb und außerhalb der IG Metall Proteste gegeben. An der Position der IG Metall-Führung hat das nichts geändert. Die Proteste wurden mit üblen Beschimpfungen der Kritiker abgeschmettert.

Zwei diametral entgegen gesetzte „gewerkschaftliche Traditionen"

Zu Recht schreibt der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin in seiner Stellungnahme gegen die Unterstützung der deutschen Rüstungspolitik durch die IG Metall-Führung:
„Der Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer zwei gewerkschaftliche Traditionen gegeben hat. Die eine unterstützte Krieg und Rüstung. Noch im 1. Weltkrieg hielt diese Richtung dem Kaiser die Treue, bis er dann das Weite suchte. Die Gegentradition wurde durch den internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung begründet. Dafür stehen Namen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht."
Allerdings macht es keinen Sinn, wenn der Arbeitskreis Internationalismus im Anschluss daran an die Führung der IG Metall appelliert, diese mögen sich doch bitte auf die richtige Tradition besinnen und „sorgfältiger darauf achten, dass diese Orientierung nicht in Zweifel gezogen werden kann." Die zwei entgegen gesetzten gewerkschaftlichen Traditionen und Orientierungen gibt es auch heute. Die angeführten Beispiele zeigen, in welcher Tradition die DGB-Führung steht. ln dem Zusammenhang gilt es auch daran zu erinnern: Bereits zu Beginn der 50er Jahre hatte sich der Bundesvorstand des DGB für die „Wiederbewaffnung" Westdeutschlands ausgesprochen. Der damalige DGB-Vorsitzende Fette erklärte damals, dass *„die Frage der militärischen Sicherheit und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eins"* seien. (zitiert nach Deppe/Fühlbert/Harrer, Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung")

Fakt ist: Es geht nicht nur um einzelne Verfehlungen, sondern um die fest verankerte Einbindung der DGB-Gewerkschaften in die imperialistische Kriegspolitik und Militarisierung, ja in die Verteidigung des Kapitalismus und der Bundeswehr als seiner Stütze. Wenn wir den antimilitaristischen Kampf konsequent verstärken wollen, dann darf diese bewiesene Rolle der DGB-Führung und ihres Anhangs im „Netzwerk" der zunehmenden Militarisierung keinesfalls ausgeklammert oder in Schutz genommen werden. Ohne der Gewerkschaftsführung irgendetwas zu schenken, dürfen wir uns dabei auch nicht von verschwommenen „Antikriegs"-Resolutionen auf Gewerkschaftstagen einlullen lassen. Die Rote Aktion Kornstraße hat in ihrem Flugblatt „Heldengedenken am 1. Mai?" die Bedeutung betont, *„dass sich in Zukunft Gewerkschafterinnen wieder stärker gegen Krieg und Militarisierung engagieren; in den Gewerkschaften selbst, aber auch außerhalb."*
Das gilt unserer Meinung nach auch für Antifas. ln der Tat geht es um die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes von Gewerkschafterlnnen, Antifas und antimilitaristischen Initiativen gegen Kriegspolitik und Militarismus, der wirklich in der antimilitaristischen Tradition von Rosa und Karl steht.
Machen wir den Kampf gegen die Bundeswehr und gegen den deutschen Militarismus unbedingt zum Thema, in den Betrieben, Hochschulen und Schulen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in Erwerbslosen-Initiativen und in Antifa-Gruppen. Konkrete antimilitaristische Aufklärung und kämpferische Aktionen gegen die Bundeswehr sind dringend nötig. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion *(gekürzt)*

No TAV
Widerstand im Susatal

Im Februar 2012 gab es im italienischen Susatal heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Widerstand gegen den Bau der Trasse für einen Hochgeschwindigkeitszug (TAV) auf der einen Seite und den italienischen Bullen, den paramilitärischen Einheiten und dem Militär auf der anderen Seite. Widerstands- und Solidaritätsaktionen nach der brutalen Räumung einer Baugrundbesetzung fanden in vielen Teilen Italiens statt. Zumindest in Norddeutschland haben viele noch nicht mitbekommen, was sich seit Jahren in Norditalien tut. Hier folgt ein kleiner Überblick mit einem Schwerpunkt auf den Ereignissen im Februar.

Seit 1989 ist die TAV-Trasse (it. Treno ad Alta Velocità, kurz TAV) in Planung. Die Schnellzugverbindung durch den Mont-Cenis-Basistunnel soll Turin mit Lyon verbinden. Im Sommer 2001 einigte sich die französische mit der italienischen Regierung auf dieses Projekt. Die Planung sieht eine 15-jährige Bauzeit und Kosten in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Für die Verbindung ist der Bau zweier Tunnel erforderlich: Der östlich gelegene Tunnel von Bruzolo nach Venaus streckt sich über eine Länge von 12 km, der westlich gelegene Tunnel von Venaus nach Saint-Jean-de-Maurienne misst 53 km - ersterer müsste durch asbesthaltiges Gestein führen, letzterer durch stark uranhaltiges Gestein. Die Projekte sind in Norditalien sehr umstritten. Im Jahr 2005, als Probebohrungen für das Projekt im Susatal begannen, fanden im Tal mehrere Demonstrationen mit 30.000 – 70.000 Teilnehmer_innen gegen das Bauprojekt statt. Im Rahmen dieser Protestaktionen wurde das Susatal samt der Autobahn zeitweise blockiert und war von der Außenwelt abgeschnitten.



Das gelang nur, weil eine Mehrheit der Bewohner_innen des Tals die Trasse bis heute ablehnt. Ministerpräsident Monti will jedoch hart bleiben und den Bau mit allen Mitteln durchsetzen. Dass er dazu bereit ist, hat er unmissverständlich deutlich gemacht. Aber auch der Widerstand weicht nicht zurück.
Zunächst war der Protest gegen dieses mit EU-Mitteln geförderte Milliardenprojekt noch ein eher bürgerlicher. Es waren vor allem die Anwohner_innen und Umweltschutzorganisationen aus ganz Italien, die den Sinn des Eisenbahntunnels in Frage stellten.
Die Tagesschau formulierte die Entwicklung so: „Doch die Proteste lassen sich kaum mehr aufhalten, sie haben sich verselbstständigt, denn unter die Demonstranten haben sich nun auch autonome und militante Gruppen des so genannten „Schwarzen Blocks“ gemischt. Und die sehen im Val di Susa eine ideale Spielwiese für ihren Kampf gegen den Staat.“
Seit im Sommer vergangenen Jahres mit dem Bau begonnen wurde, hat sich der Widerstand radikalisiert. Der Tunnelbau ist zu einem Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen grenzen- und rücksichtslose kapitalistische Zurichtung in Italien geworden.
Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen liegt zur Zeit an der Stelle, an der mit der Tunnelbohrung begonnen werden soll. Das Gebiet gehört einem No-TAV-Unterstützer und wurde als besetzt erklärt, weil es von Enteignung bedroht war. Auf der anderen Seite des Tales ist mittlerweile ein riesiges Militär-Camp entstanden, wo Polizist_innen und Soldat_innen stationiert sind. Dieses Militär_Camp steht an der Stelle, an der bis Juli 2011 die Freie Republik Maddalena existiert hat, die nach heftigen Auseinandersetzung geräumt wurde. Seit dem 01.1.2012 ist die Maddalena zur „Strategischen Zone“ erklärt worden. Das bedeutet, dass jeder ohne Begründung dort verhaftet werden kann und die Bullen machen können, was sie wollen. Es handelt sich um eine militärische Sonder- und Sperrzone. Den Widerstand hat dieses martialische Vorgehen bisher, trotz der Heterogenität der Bewegung, nicht brechen können. Im Gegenteil.

Februar

Abertausende waren gekommen, um sich demonstrativ an die Seite der aktuell massiv unter Beschuss stehenden Bewegung aus dem Susatal und ihrer am 26. Januar verhafteten Angehörigen zu stellen; Aus dem Tal viele Alte, Familien, Kinder, Bewohner_innen der Dörfer sowie die Bürgermeister mehrerer Gemeinden. Mit ihnen tausende Unterstützer_innen und Solidarische aus ganz Italien und auch aus dem Ausland. Ganz im Sinne der Verhafteten wurden die Ziele der Bewegung und die Gründe für ihren vergangenen wie künftigen Widerstand gegen das berüchtigte Bauprojekt auf die Straße getragen.
Die ständige Erhöhung der Spannung (gemäß der Strategie der Spannungen) durch die staatlichen Institutionen hatte es nicht ansatzweise vermocht, die Bewegung zu bremsen. Die Fadenscheinigkeit der juristischen Konstrukte gegen die Verhafteten, die Dämonisierung selbiger in den Medien und die Strafversetzung verschiedener Gefangener in andere Knäste und allerlei Schikanen im Gefängnisalltag ließen lediglich die Welle der Solidarität ansteigen. In der Woche vor der Demonstration versuchten sich hohe Vertreter der Justiz, Politik und Polizeibehörden mit ihrer Hetze förmlich zu überbieten. Medien transportierten gar Rufe nach der Wiedereinführung der Sondergesetze der 70er Jahre, die ge-

gen die operaistische Bewegung eingeführt wurden. Am Rande der umstrittenen Tunnelbaustelle, die Ursache der heftigen Kämpfe vom vergangenen Sommer im Tal war, wurde derweil beobachtet, wie große Mengen Materials deponiert wurden, das offensichtlich der Aufstellung neuer Zäune dienen soll. Die Bestätigung lieferte der Polizeichef persönlich: die Zwangsenteignung angrenzender Grundstücke stünde bevor.
Den überaus harten Angriffen zum Trotz hatten es die No-TAV-Aktivist_innen vermocht, ruhig zu demonstrieren. Schon die Mobilisierung für die am 26. Januar Festgenommenen hatte gezeigt, dass die Repression weder Abschreckung noch Spaltung erzeugen konnte.
Die österreichische EU-Abgeordnete Eva Lichtenberger, die am 9. Dezember mit einer Delegation von EU-Parlamentariern das Gelände beging: „Man hat vielmehr den Eindruck, sich in einer Militäranlage zu befinden, als auf einer Baustelle.“ Jenes vom Militär kontrollierte Territorium sollte nun Ende Februar ausgedehnt werden.



Am 25.2.12 fand im Susatal eine landesweite Großdemo mit über 70.000 Teilnehmer_innen gegen den geplanten Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke und für die Freilassung von allen Trassengegner_innen, die am 26. Januar an mehreren Orten in ganz Italien festgenommen wurden, statt. Im Bahnhof von Turin wurden mehrere Leute verletzt, als sie von der Demo kommend wieder in Turin eintrafen. Unter dem Vorwand, dass Leute schwarz gefahren seien, knüppelten Polizei- und Carabinieri-Einheiten auf die Demonstrant_innen ein. Die Turiner Bahnpolizei untersteht derzeit einem Beamten, der in Zusammenhang mit der blutigen Polizeigewaltorgie in einer Schule zur Zeit des G8 Gipfels 2001 in Genua bekannt und der bereits in zweiter Instanz zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde. Zur Zeit der Ereignisse im Jahr 2001 war Spartaco Mortola, so sein Name, Leiter der genuesischen Polizeiabteilung Digos. Seit dem 1. August 2011 steht er der Turiner Bahnpolizei vor.
So sehr der Angriff auf die von der Demo Heimkehrenden als Provokation gewertet werden darf, die besonders nach der immensen Welle der Solidarisierung mit den Verhafteten vom 26. Januar darauf abzielte, Einzelne dazu zu bewegen, mit drastischen Mitteln zu reagieren, so wenig erfüllte die Aktion diesen Zweck. Der Bahnhof wurde nicht in Schutt und Asche gelegt - der offenkundig erhoffte Nachweis der Gewalttätigkeit Auswärtiger, die „gute“ Einheimische unterwandern, misslang. Die Attacke erntete die gebührende Empörung von No TAV - sonst aber entlockte sie den längst ausgiebig repressionserprobten TAV-Gegner_innen nur ein müdes Lächeln. Sagt man.

Am 27.2. begann dann die unangekündigte Räumung von Baita Clarea, einem von No-TAV-Widerständigen errichteten Haus, welches sich auf dem Gebiet der zukünftigen Bahnstrecke befindet. Die Bewegung rechnete erst in der kommenden Nacht mit der Aktion. Um Widerstand gegen den Beginn der Bauarbeiten in diesem Gebiet zu leisten, kletterte der 37 jährige Luca Abbà, auf einen Hochspannungsmast. Polizeikletterern, die ihn holen wollten, hatte er klar mitgeteilt, dass er sich an die Stromkabel hängen würde, wenn sie weiter aufsteigen würden. Seine Absicht war es, zeitlich so lange wie möglich auf dem Mast auszuharren. Einen Dialog versuchten die Polizeikletterer offenbar nicht. Einer begann den Mast zu erklimmen. Luca, Bahngegner und Bauer aus dem Tal, stürzte aus 15 Metern ab und lag anschließend im künstlichen Koma in einem Turiner Krankenhaus, während Grund und Boden der Talbewohner_innen weiter dem Bauprojekt einverleibt wurden. Am Abend teilten die Ärzte mit, dass Luca überleben wird.
Die Wut im Tal war immens und auch in ganz Italien erhob sich massiver Protest. Die Versammlung der No-TAV-Bewegung beschloss die ständige Mobilisierung und die Blockade sowohl des hohen als auch des niederen Tals.

Eine Welle des Widerstandes

Nach der Räumung der Hütte und nachdem die lebensgefährlichen Verletzungen von Luca bekannt geworden waren,gab es in über 40 italienischen und anderen europäischen Orten Solidaritätsaktionen, größere und kleinere Demonstrationen, Kundgebungen, Straßen- und Gleisblockaden. Ein paar Beispiele.
Es gibt im Tal eine Blockade mit brennenden Barrikaden auf der Autobahn, in Salbertrand in beide Richtungen (entspricht der Blockade des hohen Tals, in dem zahlreiche Kontingente der Ordnungskräfte untergebracht sind), um den Schichtwechsel in der sogenannten „Baustelle, die es nicht gibt“ zu verhindern. Auch die Staatsstraßen sind deswegen blockiert.
Es folgt ein massiver Tränengaseinsatz gegen die Autobahnblockierer_innen. Wasserwerfer löschen schließlich die Barrikaden, aber die Blockierer_innen lassen sich nicht so schnell vertreiben.
In Bussoleno hat man beschlossen, die Autobahn zu blockieren, die Schüler_innen in Oulx, einer Ortschaft im hohen Tal, blockieren den örtlichen Bahn-

hof. Die Autobahn und eine weitere Straße durch das Tal werden von No-TAV blockiert. Auch die Staatsstraßen 24 und 25 und die Autobahn sind blockiert und damit alle drei Verkehrsadern, die das gesamte 90 km lange Tal, das per Autobahntunnel auch noch mit Frankreich verbunden ist, durchziehen.
Die Basisgewerkschaft Cobas hat zum Zeichen der Solidarität mit No-TAV die unverzügliche Bestreikung der Azimut-Fabrik erklärt. Auch die Metallgewerkschaft FIOM hat zum Zeichen der Solidarität einen Streik einberufen.
Zum Zeichen der Solidarität mit Luca und um das schlafende Gewissen der Katholiken wachzurütteln, halten Katholiken die ganze Nacht über Wache in dem Turiner Krankenhaus, in dem er liegt [wenn's was nützt...]. Über 300 Personen protestieren vor der Stadtverwaltung Turin, es gibt eine Demonstration zum Bahnhof Termini in Rom: das Gleis des Luxusschnellzugs Frecciarossa wird besetzt.
Anonymous blockiert zum Zeichen der Solidarität mit No-TAV die Webseite der italienischen Polizei und der Carabinieri.
In Bologna werden die ersten drei Gleise des Hauptbahnhofs besetzt. In Palermo und Genova wird versucht, die Gleise zu besetzen. Ein Eurostar-Zug kann erst mit halbstündiger Verspätung und mit dem Schriftzug „No Tav“ auf der Front der Lokomotive abfahren.

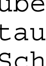
Trotz Cs-Gas und Schlagstockgewitter – No Tav ungebrochen

Die drei Tage gehaltene Blockade der Hauptverkehrsadern des Tals wurde am 29.2. von einem ungeheuer massiven Polizei- und Carabinieri-Aufgebot gebrochen. Die Räumung der Autobahnblockade bei Bussoleno im niederen Susatal ging zunächst eher unblutig vonstatten. Nach Anbruch der Dunkelheit entlud sich jedoch rohe Gewalt gegen die Menschenmengen, die im Bereich der Zubringer geschlossen vor Ort geblieben waren.
Die Ordnungskräfte starteten am späten Nachmittag ihre Räumungsaktion, die bis zu den Abendnachrichten zunächst eher unblutig verlief. Danach änderte sich das Vorgehen. Neben unglaublich massiven Tränengassalven gab es im Schutz der Dunkelheit wiederholt brutale Schlagstockeinsätze. Auch kam es zu regelrechten Menschenjagdszenen in Gassen, Straßen, Bars und Höfen.
Die Vertreibung der Menschen dauerte insgesamt 5 Stunden. Eine Vorstellung von deren Intensität liefern Berichte, die besagen, dass Carabinieri sich gegen 22 Uhr daran machten, die am Rand einer langen Straße zum nahe gelegenen Dorf geparkten Autos der Blockierer_innen reihenweise zu beschädigen. Wer sich näherte, wurde vom Wasserwerfer vertrieben. Es sollen auch Autos aufgebrochen worden sein. Die Gewalt am Abend schockierte Reporter des Senders SkyTV24 so sehr, dass sie berichteten: „Wir haben Szenen von unsäglicher Gewalt gesehen“. Die Blockierenden machten auch Bekanntschaft mit einem Farbwasser versprühenden Wasserwerfer. Diese Neuigkeit im italienischen Einsatzmittelrepertoire hatte Italiens Polizeichef eine Woche vorher stolz präsentiert.



Die längste Straßen- bzw. Talblockade aller Zeiten dürfte jedoch trotz allem als Erfolg bewertet werden. Im ganzen Land verfolgten unzählige Menschen die engmaschige Berichterstattung unabhängiger Radiosender, die wahre Fluten von Nachrichten erhielten, die Solidarität mit den Blockierenden bekundeten.
Im Tal wird unter reger Beteiligung die Bestellung von Lucas Feldern organisiert, um seine Existenzgrundlage zu bewahren.

Die Lungen voll Cs-Gas, die Kleider nass, die Haut durch Capsaicin-Beimischung im Wasserwerferwasser gereizt, mit wunden und schmerzenden Köpfen, Rümpfen und Gliedern - die No-TAV-Aktivist_innen im Tal konnten sogar schon wieder lachen, so wird berichtet, als sie in einer Eilversammlung die Ereignisse der vorangegangenen Stunden bewerteten. Über tausend Leute nahmen an der Vollversammlung teil. Der Befund ist an diesem Abend eindeutig: was mit ihnen ein weiteres Mal gemacht wurde, ist nicht hinnehmbar - der Widerstand wird um so entschlossener weiter gehen.
Es gab seitdem viele Aktionen gegen TAV. Vom Guerilla Gardening bis zu direkten Aktionen gegen den Bau der Trasse. Diese Bericht ist unvollständig, das wissen wir. Erstrecht fehlen politische Einschätzungen, die wir aber nicht leisten können – und auf deutsch liegt nicht viel vor. Wir bleiben aber am Ball und versuchen bis zur nächsten Ausgabe mehr zu erfahren, Aktivist_innen zu befragen und spannende Widersprüche zu entdecken. Vielleicht übersetzt ja auch ein/e Leser_in einen tauglichen Text aus dem italienischen? Schön wär's.



AB

*Keine Gewalt ist auch keine L**ö**sung...*

Seit dem letzten Castortransport ins Wendland und den z.T. heftigen Auseinandersetzungen zwischen AtomkraftgegnerInnen und der Polizei gibt es sie wieder: die Diskussion um Gewalt. Bisher kreist sie im Wesentlichen darum, ob das, was da zum größten Teil im Wald der Göhrde passiert ist, noch ok ist, oder ob hier der wendländische Widerstandskonsens verlassen wurde.

Die Auseinandersetzungen waren beim letzten Castortransport insofern anders als in den Jahren zuvor, als dass sie ein hohes Maß an Offensivität hatten und es wiederholt zu gezielten Angriffen auf die Polizei und ihre Infrastruktur kam. Ob dies eine neue Qualität ist, oder ob sich da eher auf eine z.T. verloren gegangene Praxis innerhalb der langen Geschichte der Antiatombewegung in der BRD bezogen wurde, sei einmal dahingestellt. Nach dem Transport gab es einige Stellungsnahmen dazu, in denen die Ablehnung gegenüber Angriffen auf die Polizei zum Ausdruck gebracht wurde. Wir finden es in diesem Zusammenhang wichtig zu erklären, warum Direkte Aktionen gegenüber der Polizei auch richtig sein können. Denn auch diese Position gibt es innerhalb der Antiatombewegung, sie äußert sich nur meistens nicht öffentlich.

Aus welcher Seite steht ihr denn? Die Polizei als Erfüllungsgehilfe der Atommafia

Nicht erst der Castor 2010 mit einem äußerst brutalen Polizeieinsatz, sondern die gesamte Geschichte der Antiatombewegung zeigen, dass die Polizei mehr ist als eine neutrale Instanz zwischen Atommafia und der Bewegung: Brokdorf, Grohnde, Kalkar und auch das Wendland, die Polizei war und ist das Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie. Auch wenn die Staatsmacht an ihrem Auftreten und Image erheblich gearbeitet hat, KonfliktmanagerInnen viel quatschen, es Bürgerinformationsmobile gibt, das Zertrümmern von Kinderwägen kein durchgängiges Phänomen mehr ist. Wenn es drauf ankommt, ist jede Akzeptanzstrategie vergessen und die Verhältnisse klar.

Kein Castor hätte je das sogenannte Zwischenlager in Gorleben erreicht, wäre er nicht von zehntausenden PolizistInnen unter dem Einsatz z.T. schwerster Gewalt und eines ganzen Arsenals von Waffen im wahrsten Sinne des Wortes durchgeprügelt worden. Die Polizei ist also ein ganz entscheidender Faktor in der Auseinandersetzung. Sie sind keine neutrale Partei in einem Konflikt, mit dem sie sonst nichts zu tun haben, sondern im Endeffekt durch das Gewaltmonopol ein effektives Mittel zur Durchsetzung von Regierungsinteressen. Und auch wenn sie es nicht gerne machen (wie sie nicht müde werden immer weiter zu betonen) gehören sie durch ihre Funktion zu anderen Seite. KeinE PolizistIn muss im Wendland im Einsatz sein!

Erfüllungsgehilfen sind die PolizistInnen in diesem Konflikt nicht nur in ihrer Rolle als Prügelbullen. Auch wenn gerade keine große Aktion angesagt ist, schnüffelt und überwacht die Staatsmacht auf allen Ebenen, wer gerade wo im Widerstand aktiv ist, schüchtert AktivistInnen ein, legt seitenweise Dossiers an und füllt ihre Dateien. Aus diesen „Gefahrenanalysen" speist sich das Wissen für die Einsätze vor Ort, Kriminalisierung und Repression gegenüber AktivistInnen folgen.



Gegen eine militärische Logik! – Für den Erhalt und die Erweiterung von Handlungsspielräumen!

Die Auseinandersetzung um Atomkraft und hier speziell um das sogenannte Zwischenlager in Gorleben ist ein politischer Konflikt, der von uns nicht militärisch gewonnen werden kann. Es geht nicht darum, die große, alles entscheidende Schlacht vorzubereiten, in der wir gegen die Bullen gewinnen und alles ist gut. Wir wissen auch - da würden wir schnell ganz alt bei aussehen. Das ist auch nicht der Punkt. Vielmehr muss es uns darum gehen, Situationen herzustellen, in denen Atomtransporte wie ins Wendland nicht mehr durchsetzbar sind: Der politische Sachschaden (also materieller Schaden sowie Verlust von staatlicher Glaubwürdigkeit) muss so hoch sein, dass ein endgültiger, nicht rückgängig machbarer Atomausstieg und das Ende von Gorleben als Endlager für den Staat billiger sind. Dafür ist allerdings noch einiges nötig!

Die Möglichkeiten für Direkte Aktionen sind dabei eingeschränkt. Ob der Bauzaun in Brokdorf oder die Schiene in der Göhrde: Wenn wir uns unseren Weg

bahnen, versuchen sie uns aufzuhalten, wenn wir versuchen, die Straße zu blockieren, wollen sie die Wege wieder frei machen, wenn wir die Polizei sabotieren, versucht sie, das zu verhindern. Es gibt Situationen, in denen es ohne den Einsatz von Hilfsmitteln und dem verantwortungsvollen Einsatz von Gewalt kein (vertretbares) Weiter für den Widerstand gibt. Der Castor 2010 ist ein gutes Beispiel dafür. Mehrere tausend Menschen scheiterten weitestgehend bei dem Versuch, die Gleise überhaupt zu erreichen an einem immensen Polizeiaufgebot, eine ernsthafte Beschädigung der Gleise war erst recht nicht möglich. Das lag sicher auch an der Berechenbarkeit der Aktionen. Dabei es mangelte es den AtomkraftgegnerInnen nicht an Entschlossenheit, aber sie hatten sich zuvor vollkommen "selbstentwaffnet" durch die vorherige Ankündigung, sich nicht offensiv zu verteidigen.

Die Auseinandersetzungen 2011 waren auch eine Konsequenz aus der von vielen AktivistInnen erlebten Ohnmacht gegenüber diesem Polizeiapparat, und dem Wunsch diese Erfahrung nicht zu wiederholen. Der Wunsch war, trotz der Anwesenheit der Polizei an die Schiene kommen, sie zu verbiegen und unbrauchbar zu machen. Das heißt, es nicht bei selbst auferlegten Beschränkungen zu belassen, sondern auch militante Mittel zu nutzen. Hierzu gab es auch einen eigenen Aufruf, der sowohl die Strategie, die politische Absicht wie auch den verantwortungsvollen Umgang mit militanten Mitteln thematisiert hat. In der Konsequenz kann es darum gehen, eine Lücke zu schaffen, wenn es keine gibt. Uns wäre es lieber, die Bullen würden nach einer unmissverständlichen Aufforderung unsererseits gehen, doch da sie das Gewaltmonopol des Staates (in diesem Fall die Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie) um jeden Preis verteidigen wollen, greifen wir nicht nur dieses an, sondern sie auch direkt. Ziel ist dabei nicht, PolizistInnen zu verletzen, sondern Ziel ist die jeweilige Aktion. Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, dass genau das passiert und dessen sind wir uns bewusst. Verantwortliche Militanz ist kein Selbstzweck und jede Aktion muss sowohl im Vorfeld wie auch anschließend auch unter dem Gesichtspunkt der gewählten Mittel diskutiert und gegebenenfalls





auch kritisiert werden.

Ein weiteres, ebenso wichtiges Ziel war es, an den Orten, an denen sich die Möglichkeit bietet, die Infrastruktur der Polizei anzugreifen und wenn möglich zu zerstören. Denn ohne ihren Riesenapparat ist solch einen Einsatz wie im Wendland gar nicht aufrecht zu erhalten. Wie dieses Jahr gezeigt hat, können dadurch Lücken entstehen, die dem gesamten Widerstand zugute kommen und von diesem ja auch genutzt wurden.

Dass die Polizei in ihrer PR-Strategie dramatisiert und den Rest des Widerstandes verunsichern will, ist nicht neu. Bei vielen Gelegenheiten hat sie die Möglichkeiten der Desinformation bewusst genutzt. Beim letzten Transport waren es mit Schrauben versetzte Golfbälle, die angeblich als Wurfgeschosse eingesetzt werden sollten, die aber nichts weiter waren als eine Weiterentwicklung der alt bekannten Krähenfüße. Bei anderen Gelegenheiten waren es Clowns mit gefährlichen Chemikalien oder vermeintliche Messerangriffe, die in der Realität nie stattgefunden haben. Das die Staatsmacht diese Strategie einsetzt, ist also nicht weiter erstaunlich, dennoch überrascht es manchmal, wie hoch das Vertrauen nach wie vor ist, dass gerade die Polizei in solchen Momenten die Wahrheit sagt, geschweige denn das Misstrauen groß genug ist, daran zu denken, dass es sich hierbei um bewusste Verunsicherungsstrategien handelt.
Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung lautet ein Argument derer, die direkte und militante Aktionen ablehnen und fordern, vom Widerstand darf keine Gewalt ausgehen. Hierbei bleibt unberücksichtigt, dass Gewalt immer auch ein Mittel der Politik ist. Uns geht es nicht darum, möglichst viele Bullen zu verletzen. Wir wollen den politischen Sachschaden so hoch wie möglich zu machen und stellen dabei das Gewaltmonopol des Staates in Frage.

In diesem Sinne: Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand!

Einige Renitente aus der Kampagne „Atomstaat stilllegen"

Nachrichtenlage F.

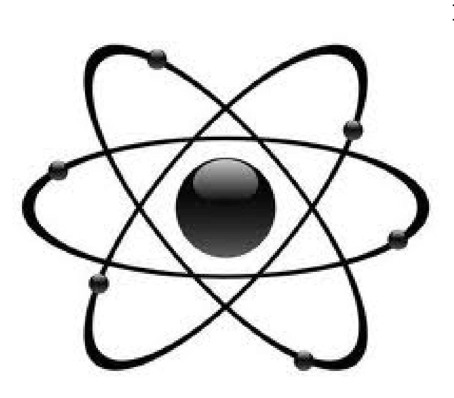
Über ein Jahr ist vergangen, seit Erdbeben, Tsunami und die Machenschaften der Atomlobby zu Zerstörung und Verstrahlung in Japan geführt haben. Heute ist wieder alles gut. Für wen? Dies ist kein politischer Text. Nur ein Blinzeln auf wenige Zahlen und ein Lauschen auf wenig Gesagtes.

Nach einer Studie der Uni Tokio wird es in den kommenden 4 Jahren mit 75%er Wahrscheinlichkeit zu einem schweren Beben in Japan kommen. Nach dieser Studie sind die japanischen AKWs nicht dafür ausgelegt, weil die Berechnungen der Betreiberkonzerne falsch sind. Die wissen das. Folgenlos.

Frage: Wie soll Fukushima vor einem starken Beben geschützt werden?
Antwort: Das Becken mit den Brennstäben muss mit Stützpfeilern gestützt werden. Die werden gerade aufgebaut.
Bemerkung des Fragenden: Aber schon das heile Atomkraftwerk hat dem Beben nicht stand gehalten!
Antwort: Schweigen
Frage: Was macht Sie sicher, dass ein neues Beben nicht die Reste des AKW schwer beschädigt?
Antwort (zögerlich): Darauf kann ich nicht antworten.
Frage: Ist Tepco darauf vorbereitet, AKWs in Japan zu betreiben?
Antwort nach 30 Sekunden hilflosen Schweigens... dreißig Sekunden... lies!
1.....2.....3.....4.....5.....6.....7.....8.....9.....10.....11.....12.....13.....14.....15.....16.....17.....18.....19.....20.....21.....22.....23.....24.....25.....26.....27.....28.....29.....30...
Antwort: Das ist schwer zu beantworten.

Diese Antworten gab der Verantwortliche für Katastrophenbekämpfung von Tepco. In einem TV-Interview im Februar 2012. Der ist auch für die Stabilisierung der Situation in Fukushima verantwortlich. Er sah nicht glücklich aus.

Das Atomdorf. Das Atomdorf besteht aus Tepco, Vertretern der Regierung und den wissenschaftlichen Eliten an den Unis. Das Atomdorf fällt alle wichtigen Entscheidungen zur Atompolitik. Das Dorf gibt es auf keiner Landkarte. In Japan wissen trotzdem alle, wo es zu finden ist.



Der ehemalige japanische Ministerpräsident Kan, der, der es zur Zeit des S-GAUs war, sagt, er sei vom Atomdorf zum Rücktritt genötigt worden. Er sagt, wenn Leute an den Unis sagten, dass es Gefahren durch Atomkraft gebe, dann hätten sie keine Karrierechancen mehr. Viele Politiker bekämen Geld von den Energieunternehmen. Das verliere man, wenn man sich kritisch äußere. Im Parlament bekämen 100 Abgeordnete Geld von Tepco. Wer der Atomenergie zustimme, bekomme großzügige Spenden. Das beträfe auch die Kultur, den Sport und die Medien. Es könne keine Kritik geäußert werden. Das Atomdorf umfasse das ganze Land. Sagt Kan, ein Jahr nach dem S-GAU von Fukushima.



Kan sagt, die Notfallzentrale in Fukushima hätte nicht eine Minute funktioniert. Noch eine Stunde nach der Explosion hätte er überhaupt keine Infos gehabt. Vier Tage nach dem Tsunami, am 10. März 2011 sagt Tepco zu Kan: Alle Mitarbeiter müssen evakuiert werden, weil sie sonst sterben. Kan lehnt ab, weil sonst große Teile Japans verstrahlt würden. Bis dahin hat ihm niemand was von einer Kernschmelze erzählt. Tepco wusste es bereits.
Frage 2012: Seit wann wusste Tepco von der Kernschmelze?
Antwort des Pressesprechers: Die Kernschmelze ist erst Anfang Mai 2011 erkannt worden.

Nach offiziellen Angaben ist ein Arbeiter gestorben. Einer. Seit 50 Jahren werden Tepco-Präsidenten aus dem für die Atomaufsicht zuständigen Ministerium besetzt. Manchmal auch umgekehrt.

Antwort 2012: Kühlwasser verschwindet, weil Leitungen von wachsendem Gras durchlöchert werden.
Nachfrage: Haben Sie gerade gesagt, dass Kühlwasser verschwindet, weil Leitungen von Gras durchlöchert werden?
Antwort: Wir haben wohl noch zu wenig Erfahrung mit Leitungen über Gras.
Antworten: Tepco-Pressesprecher zur Situation in Fukushima.

Der ehemalige Gouverneuer der Provinz Fukushima, Sato, sagt, er hätte 20 Faxe von Informanten gehabt, dass es Mängel im AKW gebe. Die Berichte wurden aber von Tepco gefälscht. Der Herr Gouverneur beschwert sich. Daraufhin wird er durch Intrigen von Tepco zum Rücktritt gezwungen, das war 2004. 200 Personen aus seinem Umfeld wurden unter Druck gesetzt, Falschaussagen gegen ihn zu machen. Atomdorf. Schon vor 30 Jahren gab es in F. eine Kernschmelze. Das hatte keine personellen Konsequenzen gehabt.

Falsch: Der Tepco-Verantwortliche wurde zum Präsidenten des Konzerns befördert.

Der Chef einer Firma, die seit Jahrzehnten für Tepco arbeitet (anonym): Es gibt bald keine Fachkräfte mehr, die in F. arbeiten können, weil die meisten bald die Strahlenhöchstdosis erreicht haben. Ich weiß nicht, wo die herkommen sollen. Ohne Facharbeiter wird es unmöglich, Fukushima unter Kontrolle zu halten.

Im Block 4 sind 1300 benutzte Brennstäbe und eine unbekannte Anzahl neuer. Bei einem Erdbeben würde das Lager, dass sich auf dem Dach von Block 4 befindet, zusammenbrechen und eine neue Kettenreaktion würde starten. Dann würden auch die anderen Reaktoren nicht mehr gesichert werden können. Japan würde zu einem großen Teil verstrahlt. Tokio auch. Bis heute weiß niemand, wo sich der Reaktorkern des Block 2 befindet. Die Aufräumarbeiten werden, ohne Zwischenfälle, Jahrzehnte dauern.

Nach dem GAU wurden viele Obdachlose aus den großen Städten nach Fukushima gebracht, damit sie die Ruinen und den Schrott abtragen. Sie hatten noch nie in einem AKW gearbeitet und bekamen weder eine Maske noch Dosimeter, um die Strahlenbelastung zu messen. Als sie abzogen, wurden sie als Helden gefeiert.

Im März 2012 wird bekannt, dass der Wasserstand des Kühlwassers in Reaktor 2 nur 60 Zentimeter beträgt. Niemand weiß, wo der Rest hin ist. Das Wasser, es gibt jetzt erste Messungen, ist über zehn mal so radioaktiv, wie man bisher angenommen hatte. Es liegt kein Bericht über den Gesundheitszustand der obdachlosen Arbeiter vor.

Japan? Es gibt keine Geheimnisse. Wie geht Solidarität? Was ist Widerstand? Was wäre hier anders? Es gibt kein Kirschblütenfest, zum Beispiel.

Verstrahlter Fernseher



Bundesweites Antifa-Camp in Dortmund

Vom 24.08. - 02.09.2012 soll in Dortmund ein bundesweites, antifaschistisches Aktionscamp stattfinden. Für ein Antifa-Camp in Dortmund gibt es viele Gründe. Einige wollen wir hier nennen.
In Dortmund gibt es seit Jahren eine starke Naziszene die immer wieder durch gewalttätige Überfälle und Mordanschläge auf sich aufmerksam macht. Im Jahr 2005 ermordete der zur Skinheadfront Dortfeld gehörende Neonazi Sven Kahlin den Punk Thomas Schulz. Kurz nach seiner vorzeitigen Haftentlassung Ende 2010 beteiligte sich Kahlin an einem Überfall auf die alternative Kneipe Hirsch-Q. Die dortmunder Neonazis haben die Hirsch-Q seit 2006 bereits sechsmal überfallen.
Im Stadtteil Dorstfeld konnten sie dank eines „nationalen Zentrums" und mehrerer Nazis-WGs, Fuß fassen und sich eine Basis für Überfälle aufbauen. Die Stadt Dortmund hat in den vergangenen Jahren mit ihrem Verhalten zu einem Wohlfühlklima für Neonazis beigetragen. So hat die Stadt Dortmund jahrelang die Machenschaften der dortmunder Naziszene kleingeredet und teilweise sogar gefördert, nur um gleichzeitig antifaschistischen Widerstand zu kriminalisierten. Die Dortmunder Polizei hat im Jahr 2002 auf den vermieter eines Veranstaltungsortes derart Druck ausgeübt, dass dieser ein Blood & Honour Konzert mit 1200 Nazis als Gästen nicht (sic!) absagte. An dieser Situation hat sich seit 2002 trotz antifqaschistischer Intervention nicht viel verbessert. Die Stadt Dortmund sieht inzwischen ein, dass sie ein Naziproblem hat.

Die Camporga ist sich darüber im klaren, „dass ein antifaschistisches Camp in Dortmund alles andere als eine leichte Sache ist. Alle sind sich einig, dass ein Camp eine gewisse Mindestgröße und -struktur haben muss, um durchgesetzt werden zu können und um die von dort aus gehenden Aktivitäten gegenüber Angriffen von Neonazis und Polizei eine Woche lang zu verteidigen ohne, dass die eigenen inhaltlichen Schwerpunkte dabei untergehen. Wir setzen dabei auf eine bundesweite Beteiligung von 500+ Teilnehmer_innen."

Mehr Infos und den kompletten Aufruf zum Camp findet ihr auf:

www.antifacamp.org

Die (Un)Coolness von sozialen Kämpfen

„Die Linke braucht immer ein paar Reflexe: Wenn sie sieht, da besetzen jetzt 1 500 Leute ein Werk wie 2004 bei Opel in Bochum und es wird mit der Hundertschaft gedroht, versteht sie das, weil das Formen sind, mit denen sie etwas anfangen kann. Aber gleichzeitig merkt man, wie sehr sie von diesen Kämpfen getrennt ist. Wenn du dir Berlin als ein politisches Zentrum auch der autonomen Linken anguckst: Die können sich wunderbar selbst organisieren in Hausprojekten und Anti-Gipfel-Camps. Aber dann wird hier 2006 mit BSH eine Waschmaschinen-Fabrik dicht gemacht, mit einer migrantischen Arbeitskraft mit viel Kampferfahrung, also nicht der klassische, deutsche Facharbeiter, von dem man sich immer distanzieren will. Und die ArbeiterInnen überlegen, das Werk zu besetzen, und werden von der Gewerkschaft verschaukelt. Dass die Linke dazu so wenig zu sagen hat, dass nichts entsteht, macht einem noch schmerzhafter bewusst, wie weit die Welten auseinander liegen. Wo ist denn diese selbstorganisierte Linke, die mit 300 Leuten zusammen in einem Raum diskutieren kann […], wenn sie gebraucht wird?“. (Arranca! Nr.39).



Was soll uns dies Zitat jetzt sagen? Es geht jedenfalls nicht darum einfache Lösungen einzufordern („wenn wir wirklich was bewegen wollen, müssen wir in die Betriebe gehen“), vielmehr sollen Fragen aufgeworfen werden. Der folgende Beitrag widmet sich der Bedeutung der „Sozialen Frage“ für die linke Szene, er ist als ein Aufruf zu verstehen, nach Handlungsansätzen zu suchen. Damit wollen wir zu einer Diskussion und (selbst)kritischen Hinterfragung der derzeitigen politischen Praxis beitragen.

Die Außenwelt

In der jetzigen Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich erneut, was spätestens seit den 1990er Jahren beobachtbar ist, dass es der Radikalen Linken schwer fällt, auf Verschärfungen der sozialen Lage zu reagieren und eigene kapitalismuskritische Themen öffentlich wahrnehmbar zu machen. Vielleicht war dies für uns schon immer schwierig, weil die „linke Szene“ eher als Subkultur, denn als soziale Bewegung zu verstehen ist? Eine Möglichkeit sichtbar zu werden, lag in der Einführung von Hartz IV. In Hannover gab es Montagsdemonstrationen und die Aktion „Zahltag“ am ersten Tag der Auszahlung. Ansonsten ist diese Entwicklung weitgehend unbeantwortet geblieben. Dann 2009 organisierten sich im Zuge der Krise in einigen Städten Krisenbündnisse sowie größere Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ – ohne dass sich daraufhin eine kontinuierliche effektive Praxis ergeben hätte. Dabei hätte diese Krise ein besonderes Potenzial. Ein Potenzial, welches in ganz Europa und weltweit zu beobachten ist (wenn auch in höchst unterschiedlichem Ausmaß). Mehr und mehr Menschen sind bereit gegen die Unzumutbarkeiten des neoliberalen Kapitalismus ihre Stimme zu erheben. Das Potenzial dieser Krise besteht darin, dass sie die Ungerechtigkeiten dieser Wirtschaftsform bewusst macht. Der Begriff Kapitalismus gelangt vermehrt in gesellschaftliche Debatten und Menschen diskutieren über Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen. Auch hier zu Lande mehren sich die Streiks. Parallel ist ein Trend zur Einforderung von Teilhabe erkennbar, der sich in Massenmobilisierungen zu Stuttgart 21 und den Castortransporten äußert – dabei sind die Interessen im bürgerlichen Teil dieser Protestspektren sicher sehr unterschiedlich und es ist auffällig, dass ein Teil derer die hier auf die Straße gehen die Hartz-Reformen ignorierte oder guthieß. Dennoch ist davon auszugehen, dass derzeit wieder mehr Menschen bewusst ist, dass der neoliberale Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist Wie einige nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 glauben machen wollten.

Die Innenwelt der Szene…

Was heißt das für die Radikale Linke? Diese Krise hat die Radikale Linke kalt erwischt. Es fehlen die Strukturen und das Interesse die Unzufriedenheit aufzugreifen und zu intervenieren. Einen ähnlichen Fall, wie bei dem eingangs zitierten BSH Waschmaschienenbetrieb 2006, haben wir hier in Hannover erlebt: Im März 2009 traten 10 LeiharbeiterInnen von VW Nutzfahrzeuge in Hannover in den Hungerstreik, um gegen ihre Entlassung und jene von 213 LeiharbeiterInnen zu protestieren. 100 von ihnen demonstrierten in der Innenstadt, vorbei an der IG-Metall und warfen den FunktionärInnen ihre Mitgliedsausweise vor die Füße. Die Entlassungen waren ein Ergebnis dieser Krise. Die FAU sowie einige Einzelne solidarisierten sich. Hätte es da nicht mehr geben können? Was wäre über kurzfristig-symbolisches hinaus sinnvoll und möglich?

Aber wir müssen ja gar nicht mal neidvoll(?) auf die Kämpfe der Anderen schauen. Betrachten wir uns selbst: Der Schwerpunkt liegt auf antimilitaristischem, antifaschistischem z.T. feministischem Engagement oder auf der Unterstützung von Flüchtlingen gegen rassistische Verhältnisse oder gegen Umweltzerstörung (v.a. Atomkraft). Zweifelsfrei wichtige Handlungsfelder (auch wenn diese leider zumeist nur in punktuellem Reagieren bearbeitet werden können). Aber was ist mit den Orten

an denen wir viele Stunden verbringen: dem Arbeitsplatz, der Universität, dem Arbeitsamt, sozialpädagogischen Vereinen, der Nachbarschaft etc.
Warum die Trennung bzw. Ferne unserer Politikansätze zu diesen Bereichen? Ist es einfacher, dass wir uns in Themenfelder stürzen, die von unserer eigenen Lohnabhängigkeit entfernt sind.
Die soziale Frage sowie eine antikapitalistische Perspektive spielt für die Praxis kaum eine Rolle. Vermittelbare Forderungen und eine Strategie, wie wir gemeinsam diese kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben, umkrempeln können, gibt es kaum. In Gesprächen mit FreundInnen, mit den Eltern und mit Bekannten erleben wir es immer wieder, dass die Notwendigkeit gesehen wird, diese Gesellschaft zu verändern. Spätestens aber bei der Frage des „Wie" herrscht Achselzucken. Was haben wir denn eigentlich sichtbar anzubieten (außer einem gewiss coolen radikalen Chic)? Es gibt einen gewissen Widerspruch: Auf der einen Seite gibt es in Hannover Orte, wo täglich von vielen Menschen zumindest Stückchen an Alternativen gelebt werden. Auf der anderen Seite gelingt es nicht andere Leute für diese Orte zu begeistern und zwar so zu begeistern, dass sie sich selbst auch diese Orte schaffen wollen. Müssten wir uns nicht viel mehr öffnen und unsere Ideen zu den Leuten tragen? Müssen wir nicht unsere Isolierung aufgeben und gesellschaftliche Mehrheiten organisieren (so absurd das für viele unser Anliegen gegenwärtig scheinen mag)? Oder wollen wir lieber im exklusiven Kreis bleiben, wobei für Viele das politische Engagement nur ein kurzes Intermezzo in der Biographie bleibt?
Es müsste eine Debatte zu gemeinsamen Strategien geben. Wollen wir die Gesellschaft verändern? Wollen wir lieber uns unsere Räume schaffen, in denen wir uns Wohlfühlen können, weil wir ohnehin nicht glauben, dass wir die Menschen um uns herum bewegen können? Vielleicht finden wir eine sinnvolle Lösung für den Widerspruch zwischen eigener Subkultur in der wir uns Wohlfühlen wollen und dem Anspruch mit Anderen subkultur-fernen Menschen gemeinsam an der Überwindung dieser unsolidarischen Gesellschaft zu arbeiten. Warum funktioniert dies nicht? Mangelt es an der Zeit, an dem Interesse oder an der Fähigkeit uns auf andere soziale Kämpfe einzulassen? So entstünde ein Teufelskreislauf, weniger Zeit gleich weniger Widerstand gleich weitere Verschärfung gleich noch weniger Zeit. Ein Beispiel ist der Leistungs- und Karrieredruck unter den neuen Bachelor-Studiengängen (es stellt sich jedoch die Frage, wie es früher die ArbeiterInnen mit 10 Stunden-Tagen hingekriegt haben).



Trennung von Außen- und Innenwelt

Die linke Szene ist viel Subkultur. Das ist gut so, wenn es ein Ort ist, an dem neue Lebensformen gelebt und ausprobiert werden, jenseits vorgefertigter patriarchal-kapitalistischer Lebensentwürfe. Nur was ist, wenn die Gesellschaft unsere Lebensentwürfe integriert? Ein Beispiel: früher war es radikal als Punk zu provozieren. Die Abgrenzung mit eigen Codes, Musik und Lifestyle hat aber nur so solange Widerstandspotential, wie sie die Verhältnisse in Frage stellen. Wenn aber private Unternehmen mittlerweile ein alternatives Umfeld eben nicht meiden (Beispiel: die allseits beliebten Gentrifizierungshochburgen), dann ist die Frage angebracht, was die Subkultur und die damit bezweckte Abgrenzung taugt. Warum eigentlich Abgrenzung? Es wäre doch interessant, wenn die protestierenden LeiharbeiterInnen von VW-N Forderungen nach einem schönen Leben stellten. Wir hätten sie in die Kornstraße einladen können. Gemeinsam mit uns und nicht arrogant von oben herab (Stichwort Checkertum). Gerade die Kritik an der Zurichtung der Menschen im Kapitalismus könnte doch eine Stärke der radikalen Linken sein. Sie geht über bloße Lohnforderungen hinaus. Gemeinsam mit den LeiharbeiterInnen hätten Strategien gegen neoliberale Arbeitsorganisation entwickelt werden können. Ein einfaches Kochrezept fehlt uns auch. Es wäre aber höchste Zeit, dass sich die Radikale Linke darauf einlässt, gemeinsam mit Anderen Perspektiven jenseits von Kapitalismus zu entwickeln. Es geht um Perspektiven, die niemanden außen vor lassen und nicht ausschließlich die Sache weißer Männer vorantreibt, sondern eine Kritik am Kapitalismus mit einer Kritik an anderen Herrschaftsformen verbindet. Nicht abstrakt akademisch (wie auf vielen Treffen und Kongressen, die mittlerweile auch in der Korn stattfinden), sondern konkret-praktisch und vermittelbar statt nur verbalradikal. Die soziale Frage muss dabei mehr sein als Kapitalismuskritik, aber auch beim Thema Patriarchat ist eher Verbalradikalismus zu beobachten. Nicht das es falsch wäre, neue Formen der politisch korrekten Schreibweisen zu entwickeln. Nur für eine antipatriarchale (Alltags)organisation ist damit noch wenig gewonnen (uncoole Stichworte: Hinterfragung eigener männlicher Privilegien, Kinderfeindlichkeit etc).

Was Tun?

Damit es nicht bei einem „schön, dass wie mal drüber geredet haben", verharrt: Nieder mit … Arroganz und Besserwisserei: eine ernsthafte Beschäftigung mit der sozialen Frage, setzt ein miteinander reden und miteinander organisieren

unterschiedlicher sozialer Milieus voraus. Dem steht die Einstellung im Wege „Alle anderen außer mir haben sowieso ein falsches Bewusstsein" und „Ich muss die anderen aufklären". Warum? Weil es ein hierarchisches Konzept von Bildung und des Überzeugen-Wollens verfolgt, welches Menschen als passive Empfänger von Wissensvermittlung und Agitation begreift. Warum? Weil es einem pädagogischen Verhältnis entspricht des Lehrenden-Belehrten, das überall in unserer Gesellschaft existiert (in der Schule, im Jobcenter, in der Familie sowie in den Veranstaltungen und bei den Belehrungen in der linken Szene) und auf das alle mit Abwehr reagieren, weil sie es kennen und lange darunter gelitten haben. Wir müssen lernen anders zu reden, unsere Ideen erklären zu können und auch zuzuhören. Die Leute mit denen wir uns organisieren wollen, sind nicht blöd. Auch Andere haben etwas zu erzählen und Erfahrungen, die wir ernst nehmen müssen, wenn wir eine soziale Bewegung wollen. Kampf dem …Verzetteln. Es braucht eine langfristige Ausrichtung, die zu einem Anwachsen einer Gegenmacht von unten führt und sofern dies Anwachsen ausbleibt, muss eben was anderes ausprobiert werden. Die Erkenntnis, dass wir uns zu oft durch den vermeintlichen Zwang auf alles Mögliche reagieren zu müssen, verzetteln, sollte dazu führen, dass wir bewusster und zielgerichteter mit unseren begrenzten Handlungsmöglichkeiten umgehen – auch wenn es manchmal mühsamer sein mag einen kontinuierlichen Aufbau und die Kommunikation mit „Anderen" zu verfolgen als sich von Event zu Event zu hangeln.
Hoch die … vermittelbaren Ziele. Für die ich selbst den Nachbar und die Nachbarin begeistern kann. Vermutlich müssen diese Ziele mit konkreten Forderungen verbunden werden, weil sie ansonsten zu weit weg erscheinen. Welche Forderungen gibt es, die konkret sind, aber gleichzeitig auch das große Ganze an der Wurzel packen? So könnten solche Forderungen gemeinsam mit den Menschen zusammengetragen werden, mit denen wir uns organisieren wollen. Schon weil sie bestimmte Probleme umtreiben, an die wir vielleicht erst einmal gar nicht denken. Um den Weg gemeinsam zu gehen, stellt sich die Frage nach dem Ort und der Form des Zusammentreffens.
Bliebe als Fazit: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Damit diese Hoffnungen sich nicht als trügerisch herausstellen, wäre ein wichtiger Schritt, dass sich die linke Szene schon mal selber ernst nimmt.

Käpt'n Blaubär und Himbär

Für Kritik und Anregungen:
un_cool-hannover@gmx.de

Literatur: Arranca! Nr.39: Den Blick auf allen Ebenen schweifen lassen. Untersuchung und Organisierung im Call-Center

Das staatliche Strafen

In regelmäßigen Abständen ist hierzulande Kriminalität ein Thema – ebenso regelmäßig wird darüber diskutiert, wie Kriminalität denn am besten zu verhindern sei. Man ist sich zwar in Politik und Öffentlichkeit über die konkreten Schritte zur Bekämpfung von Verbrechen selten einig, aber dass man überhaupt Strafen und staatliche Gewalt braucht, darüber herrscht Einigkeit von rechts bis links.[1] Staatliche Gewalt zur Durchsetzung von gesellschaftlichen „Regeln" und zum Schutz wichtiger Rechtsgüter – wie etwa das Recht auf Eigentum oder die Freiheit der eigenen Person – , sei unverzichtbar. Ohne Strafen gäbe es keinen ordentlichen Schutz der Bürger und ihrer Rechte. Zwar fällt es einigen Menschen durchaus auf, dass (mehr) Strafen bzw. härtere Strafen Verbrechen nicht verhindern. Und es wird gelegentlich zugestanden, dass der Nutzen von Strafen - etwa für die Opfer von Straftaten - fraglich ist. Schließlich machen Strafen das Geschehene für diese Opfer nicht wieder gut, sondern fügen der Gewalt der Straftat bloß weitere Gewalt hinzu. Trotzdem wird immer wieder auf die Unverzichtbarkeit einer abschreckenden Wirkung von Strafen hingewiesen: Ohne Sanktionen und deren abschreckende Wirkung funktioniere ein soziales Zusammenleben „leider" nicht. Die durchgesetzte Vorstellung über das Strafrecht, besagt, es diene dazu, ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. „Das Strafrecht dient [...] dem [...] Rechtsgüterschutz und ist in seiner Existenz demzufolge gerechtfertigt, wenn das friedliche und materiell gesicherte Zusammenleben der Bürger nur durch eine Strafandrohung bewahrt werden kann. " (Roxin u.a.: „Einführung in das Strafprozessrecht", 5 Auflage, S. 4). Gegen die Vorstellung, dass Strafrecht sei so eine Art selbstloser Dienstleistung des Staates für seiner Bürger in Sachen friedliches Zusammenleben sollen im folgenden einige Einwände formuliert werden.[2]



1 Auch manche Linksradikale finden Strafen gut, wenn diese Strafen sich gegen die „Richtigen" wenden, z.B. Nazis oder Steuerhinterzieher.

2 Im folgenden geht es um das staatliche Strafen in Gesellschaften mit kapitalistischer Wirtschaftsweise und einem demokratischen Rechtsstaat. Es geht in diesem Text also nicht um die Frage, wie man in einer befreiten Gesellschaft mit Menschen umgeht, die anderen Menschen Gewalt antun. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wir schließen nicht aus, dass es in einer befreiten Gesellschaft Übergriffe auf Leib und Leben anderer Menschen geben wird. Zum Schutz vor einzelnen mag auch dann hin und wieder irgendeine Form von Zwang nötig sein – ansonsten wäre man jeglicher Gewalt einfach ausgesetzt. Allerdings sehen wir einen Unterschied zwischen zeitweiligem Zwang oder dauernder Notwendigkeit eines staatlichen Strafwesens.

1. Zum Unterschied zwischen Rechtsgüterschutz und dem Schutz von materiellen Interessen

Die Existenz oder ein wahrgenommener Anstieg von Kriminalität lösen bei vielen Menschen Ängste aus. Strafen begrenzen Kriminalität. Dies und der Umstand, dass Verbrechen oft Schäden für die Betroffenen beinhalten, legt ein weit verbreitetes Missverständnis nahe: Handlungen seien deshalb unter Strafe gestellt, weil durch sie Menschen in ihrer Gesundheit geschädigt oder der Mittel ihres Unterhalts beraubt würden. Die damit mitunter verbundene Unterstellung, es ginge dem Staat mit seinem Strafrecht entscheidend um die Gesundheit oder die Mittel des Einzelnen zum Leben, ist aber falsch.

Klaut jemand ein Auto, dann ist das Diebstahl. Entlässt dagegen ein Unternehmen 2.000 seiner „Beschäftigten", weil in einem anderen Land billiger und damit rentabler zu produzieren ist, dann ist das rechtens. Unabhängig davon, was das für die entlassenen Menschen bedeutet, ihr Einkommen zu verlieren und damit die Mittel ihres Unterhalts. Das Unternehmen nimmt einfach und brutal sein Recht als Eigentümer wahr, während der Dieb den Willen zur Achtung vor dem Eigentum und damit vor dem Recht vermissen lässt.

Das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" gilt für alle: Auf den Schutz seiner Person kann ein Arbeitnehmer sich berufen, wenn er von seinem Chef geschlagen wird – aber nicht, wenn er sich kaputt gearbeitet hat. Während „Körperverletzung" als Delikt mit empfindlichen Strafen geahndet wird, ist die Zerstörung von Körper, Geist und Psyche in kapitalistischen Fabriken im Strafgesetzbuch nicht zu finden. (Wenn sie ein durchschnittliches und als solches sogar erlaubtes Maß übersteigt, hat das Unternehmen allenfalls mit einer Buße zu rechnen.)

Es gibt Handlungen, bei denen niemand geschädigt wird und die dennoch bestraft werden, z.B. einvernehmlicher Inzest. (Das dürfte daran liegen, dass dieser der aktuell vorherrschenden Vorstellung von der bevölkerungspolitischen Aufgabe der Familie widerspricht.)



Hieran zeigt sich: Mit dem Strafrecht wird an das Handeln der Privatsubjekte ein Maßstab angelegt, für den es nicht entscheidend ist, dass es durch eine Tat zu einer Schädigung kommt. (Weder kommt es bei jeder „kriminellen" Tat zu einem Schaden, noch ist jede Schädigung verboten.) Es gibt noch einen gravierenden Unterschied zwischen Rechtsgüterschutz[3] und dem Schutz vor Schädigung: Wenn Verbrechen bestraft werden, reagiert der (Rechts-)Staat als Betroffener. Wo er auf eine Schädigung durch Verbrechen mit seinem Strafrecht reagiert, interessiert diese den Staat von vornherein nur unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt, nämlich als Verletzung von Rechtsgütern. Für den Staat ist mit dem Autodiebstahl nicht die Sache weg, auf die man angewiesen ist, um zur Arbeit zu kommen. Für den Staat ist mit dem Autodiebstahl etwas ganz anderes geschädigt: Das von ihm etablierte Rechtsgut namens Eigentum. Das Eigentum und mein Auto sind verschiedene Sachen. Der Unterschied macht sich für mich als Geschädigten darin bemerkbar, dass die Reaktion auf die Verletzung eines Rechtsgutes mittels des Strafrechts einen anderen Zweck verfolgt als den Schadensausgleich. Dem Zwecke der Strafe bezogen auf die Straftat ist dann genüge getan, wenn der Täter die verdiente Strafe erhalten hat.

2. Warum Rechtsbruch und bürgerliche Ordnung zusammen gehören

Eigentum: Eine wesentliche Grundlage für Massenkriminalität[4]

Auch wenn sie selbst ihren Mangel nicht so sehen mögen: Durch das Privateigentum sind die meisten Menschen von vielen Dingen erst mal ausgeschlossen, die sie für ihre Bedürfnisbefriedigung benötigen würden.

Der Ausschluss der meisten Menschen von vielen Mitteln des Bedarfs durch die Eigentumsgarantie sind immer wieder Anlass dafür, das Recht auf Privateigentum oder andere Rechte zu verletzen, um auf diese Weise die eigenen materiellen Interessen besser durchzusetzen oder überhaupt zu verwirklichen.

Hierbei muss man weder zuerst an spektakuläre Banküberfälle denken, noch an Delikte wie Kohlenklau oder ähnliche Diebstähle in Osteuropa oder Drittweltländern, die dem nackten Überleben dienen. Taten wie beispielhaft die folgenden geschehen auch in erfolgreicheren kapitalistischen Nationen wie der BRD täglich und zwar zum Teil massenhaft: Menschen besorgen sich illegale Kopien von Musik, Spielen und anderen digitalen

3 Rechtsgut zu sein bedeutet, dass etwas eine besondere ideelle Qualität hat, z.B. hat ein Auto außer seinem konkreten Nutzen als Transportmittel noch die Qualität Eigentum zu sein. Die Qualität Rechtsgut zu sein beinhaltet die Selbstverpflichtung des Staates, diese Güter zu schützen.

4 Wir gehen im Folgenden vor allem auf „Delikte" ein, in denen es in irgendeiner Weise um die illegale Erlangung materiellen Reichtums geht. Hierzu müssen auch viele „Delikte" gezählt werden, in denen Gewalt angewandt wird, wie z.B. Erpressung oder Raub, die aber in der Öffentlichkeit nicht als „Eigentumsdelikt" eingeordnet und besprochen werden. Zwar haben nicht alle Formen von Kriminalität ihren Existenzgrund in der Abhängigkeit von Eigentum und Lohnarbeit. Allerdings hat der größte Teil der Kriminalität den materiellen Mangel, der mit der Abhängigkeit von Lohnarbeit verbunden ist, zur Voraussetzung. In dieser Massenkriminalität, und nicht in den Gewalttaten, die in der Öffentlichkeit den größten Platz einnehmen (Vergewaltigungen, Amokläufe, Gewalttaten von „psychisch Kranken"), ist die Notwendigkeit eines Strafsystems in bürgerlichen Gesellschaften begründet.

Gütern, weil das „kostenlos“ ist. Menschen fahren „schwarz“ und wandern dafür in den Knast, weil sie es zum wiederholten mal getan haben und das Bußgeld nicht bezahlen können
Menschen betrügen bei der Steuererklärung. Menschen „betrügen“ den Staat beim Bezug von Sozialleistungen, indem sie Arbeitseinkommen oder Vermögen verheimlichen.

Diese Beispiele für „Kriminalität“ sind u.a. ein Hinweis darauf, dass auch das Leben in kapitalistisch vergleichsweise erfolgreichen Staaten wie der BRD zumindest für die meisten abhängig Beschäftigten kein Leben ist, in dem es wesentlich um ihre Bedürfnisse ginge.

Keine Kriminalität ohne Recht
Anders als unterstellt, reagiert der Staat mit seinem Recht bzw. seinem Strafrecht nicht auf Verletzungen von Interessen, die er in der Gesellschaft vorfindet. Er trägt entscheidend mit dazu bei, dass es diese Interessenverletzungen überhaupt gibt: Die Garantie etwa des Rechts auf Eigentum zwingt nämlich jeden, mit seinem Eigentum sein „Glück“ auf dem Markt bzw. in einer kapitalistischen Ökonomie zu suchen. Die materiellen Ursachen für die massenhafte Verletzung von Eigentum bringt der Staat insofern selbst hervor, als er alle auf die Existenz als Eigentümer und damit als Marktteilnehmer verpflichtet und sie den Marktgesetzen aussetzt. Das bürgerliche Recht unterstellt damit eine Notwendigkeit verschiedener Interessenverletzungen im menschlichen Zusammenleben, die es ohne das bürgerliche Recht selbst nicht geben müsste.

3. Die Notwendigkeit des bürgerlichen Rechts

Begrenzung der Interessendurchsetzung von Eigentümern ...
Der Staat weiß, dass das wirtschaftliche Leben von Interessengegensätzen durchzogen ist, deren ungeordnete Austragung das dauerhafte Funktionieren von kapitalistischem Wachstum in Frage stellt. Mit seinem Recht und seinem Gewaltmonopol sorgt er dafür, dass die Austragung dieser Interessengegensätze so abläuft, dass die Verfolgung der Interessen das Wachstum befördert oder diesem zumindest nicht widerspricht.

Im Zivilrecht regelt er das Verhältnis der Bürger untereinander. U.a. wird darin geregelt, welche Ansprüche die Bürger als Vertragspartner gegeneinander haben können und wie sie diese Ansprüchen rechtmäßig durchsetzen dürfen. Unter der Bedingung, dass ihre Ansprüche sich vor Gericht als rechtmäßig erweisen, können sie diese gegen die andere Partei gegebenenfalls mit Hilfe der Staatsgewalt durchsetzen (sei es durch Zwangsräumung, Pfändung oder Zwangsversteigerung)
Mit dem Strafrecht legt der Staat u.a. fest, welche Verstöße gegen seine



Rechtsordnung er als so schwerwiegend ansieht, dass er sie mit Sanktionen in Form von Strafen ahnden will und er legt fest, wie schwer diese ausfallen. Zwar erwartet der Staat unbedingte Unterwerfung aller Bürger unter das Recht. Er geht aber davon aus, dass die freiwillige Unterordnung der Mehrheit der Bürger immer auch Resultat von Berechnung ist, wie gut ihnen ihre Rechtstreue bekommt. Er setzt darauf, dass diese Berechnung in aller Regel für die Einhaltung der Gesetze ausfällt. Allerdings geht er auch davon aus, dass die Berechnung der Bürger wie gut ihnen unbedingte Rechtstreue bekommt bei einer mehr oder großen einer Minderheit zuungunsten dieser Rechtstreue ausfällt.
Dass der Staat das Verhältnis seiner Bürger zum Recht in der eben beschriebenen Weise einschätzt, zeigt sich in seiner Nutzung des Strafrechts und der Strafverfolgungsbehörden. Der Staat nutzt die Strafgesetzgebung - neben der Steigerung der Effektivität der Strafverfolgungsbehörden – um, z.B. durch Strafmaßverschärfung, in seinem Sinne Einfluss auf die von ihm allen Bürgern unterstellten Berechnungen zu nehmen: Die potentiellen Rechtsbrecher unter den Bürgern sollen durch ihre Interesse an Schadensvermeidung von Rechtsbrüchen abgehalten werden. Den Bürgern, die sich deswegen an das Recht halten, weil sie sie einen Nutzen darin sehen, soll signalisiert werden: Rechtsverletzer haben von ihrer Rechtsverletzung keine Vorteile.
Funktioniert die Kalkulation des Staates bezüglich der Wirkung seines Strafrechtes bzw. der verhängten Strafen gesamtgesellschaftlich, dann kann sich jeder Bürger darauf verlassen: Schwarzfahren, Autodiebstahl und Steuerbetrug bleiben Ausnahmen.

… damit deren Interessengegensätze produktiv werden für das nationale Wirtschaftswachstum
Wenn Strafrecht gerechtfertigt werden soll, dann ist in der Regel von deren gesellschaftlicher Leistung die Rede. Sie begrenze Kriminalität. Die Existenz oder ein wahrgenommener Anstieg von Kriminalität lösen bei vielen Men-

schen Ängste aus. Den Bürgern erscheinen Strafen als Maßnahmen des Staates für ein „menschliches" Zusammenleben schlechthin. Die meisten Menschen wissen in der Regel schon aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit der Knappheit ihrer finanziellen Mittel, dass sie selber im Kaufhaus mehr oder weniger häufig nicht bezahlen würden, wenn es keine Polizei und keine Strafen für Diebstähle gäbe. Sie können sich denken, dass für die Benutzung von Bussen und Bahnen viele Menschen keine Tickets kaufen würden, gäbe es keine Kontrollen und keine Bußgelder. Bei solchen Gedankengängen gehen die, die sie anstellen, von den Verhältnissen in einer bürgerlichen Gesellschaft aus und überlegen sich dann, wie denn wohl „die Welt" aussähe, wenn es kein staatliches Gewaltmonopol und keine staatlichen Bußgelder und Strafen gäbe. Übrig bleiben in ihrer Vorstellung Verhältnisse, in denen Rechte niemand mehr ernst nimmt und in denen daher Chaos und Not herrschen.[5] Kaufhäuser müssten dicht machen und Verkehrsbetriebe ihren Betrieb einstellen, weil sich Geschäfte nicht rentieren würden. Angesichts einer solchen Alternative erscheinen den Menschen das staatliche Gewaltmonopol und Sanktionen für menschliches Zusammenleben schlechthin als unverzichtbar. Wenn durch solche Gedankenexperimente aber überhaupt etwas „bewiesen" wird, dann der Umstand, dass ein halbwegs friedliches Zusammenleben in einer Welt mit Eigentum, Konkurrenz und dem dazugehörigen Mangel ohne Gewalt nicht geht. Der zentrale Fehler bei dieser Art von „Begründung" staatlichen Strafens mit der Bedrohung von Rechten durch Rechtsverletzer besteht darin, sich die überhaupt erst durch den Staat eingerichteten Verhältnisse einfach ohne den Staat zu denken. Die Konkurrenz aller gegen alle und der daran hängende materiellen Mangel werden dann als vorstaatliche gedacht. Das Ausmalen einer „Welt" ohne Strafrecht soll „begründen", wofür Strafe notwendig sei: Strafe gäbe es um, „ein friedliches und materiell gesichertes Zusammenleben" zu ermöglichen. Dieses Urteil trifft aber nicht den Zweck, zu dem es Recht bzw. Strafen in einer bürgerlichen Gesellschaft gibt. „Rechtsgüterschutz" mittels Recht bzw. Strafrecht schließt die systematische wechselseitige Verletzungen von Interessen gar nicht aus. Im Gegenteil: Schädigungen, die für das Funktionieren von Staat und kapitalistischer Wirtschaft als unerlässlich oder produktiv angesehen werden, sind mit dem Recht in gewissen Grenzen erlaubt und gewollt. Das erklärt, warum es nicht verboten ist, Leute zu entlassen bzw. sie mittels Kündigung aus dem eigenen Wohnraum zu entfernen, sehr wohl aber so zu streiken, dass die Existenz eines Unternehmens auf dem Spiel steht.

4. Das Strafrecht: Nicht die Verwirklichung eines Ideals von Gerechtigkeit, ...

Verschiedene Formen von Kriminalität haben nur eins gemeinsam: Sie sind staatlicherseits verboten und mit Strafandrohung belegt. Das erscheint zunächst vielleicht banal. Klar: Ohne Eigentum keine Diebstahl. Aber der Zusammenhang zwischen „Kriminalität" und Recht ist noch enger: Die staatliche Festsetzung, was als Rechtsgut und was als Rechtsgutsverletzung gilt, sorgt nämlich ganz entscheidend dafür, dass es die Formen von Interessenverletzungen gibt, die ein Strafrecht nötig machen.
Bei der Festlegung von Straftatbeständen und der Festlegung des jeweiligen Strafrahmens geht der Staat in seiner Funktion als Gesetzgeber folgendermaßen vor: Alles, was die Leute tun – oder tun könnten – bezieht er auf seine grundlegenden Rechtsgüter. Er entscheidet einfach anhand seiner politischen Interessen, welche dieser Taten er als grundsätzliche Gefährdung der Rechtsordnung bestraft sehen will und in welchem Maße. Er folgt hierbei nicht einem überzeitlichen Ideal von Gerechtigkeit. Allein der Umstand, dass eine Vielzahl von Strafgesetzen Eigentum voraussetzen, zeigt, dass die Kriterien, nach denen die Auswahl von schützenswerten Gütern geschieht, nicht von (überzeitlichen) Maßstäben herrühren, sondern von solchen, die für eine bürgerliche Gesellschaft maßgeblich und funktional sind. Das Strafrecht ist wie das Recht überhaupt die Verkörperung des politischen Willens eines bürgerlichen Staates. Es zeigt sich daher auch im Strafrecht, was ein solcher Staat seinen Bürgern erwartet. Dass es darüber innerhalb der Parteien auch mal unterschiedliche Meinungen gibt und sich die „gültige Meinung" im Streit der Parteien durchsetzen muss, stimmt. Das ändert aber an den grundlegenden Maßstäben der Beurteilung vom Strafrecht insgesamt nichts Wesentliches.

...sondern Ausdruck der Herrschaftsinteressen eines bürgerlichen Staates...
Friedliche Fabrikbesetzungen im Rahmen „wilder" Streiks zur Durchsetzungen von Lohnerhöhungen etwa fallen in der BRD unter den Tatbestand der Nötigung, während der Einsatz von Polizeigewalt gegen solche Besetzungen oder Aussperrungen erlaubt ist. Die Tätigkeiten von Schleppern oder Schleusern gilt in bürgerlichen Staaten nicht als Beruf wie jeder andere, sondern als Verbrechen. Während das StGB die vorsätzliche Tötung eines Menschen unter Strafe stellt, stellt die vorsätzliche Tötung anderer

5 Anlass zur Bestätigung und zum Ausmalen dieser Auffassung bieten regelmäßig Medienberichte über Plünderungen und Gewalt in Gegenden dieser Welt, in denen es kein staatliches Gewaltmonopol gibt oder dies vorübergehend außer Kraft gesetzt ist. Letzteres war z.B. 2005 in der überschwemmten und von Seiten des Staates vorübergehend nicht mehr kontrollierten Stadt New Orleans der Fall.

Menschen durch deutsche Soldaten keine Straftat dar, wenn sie mit ihrem Auftrag vereinbar ist. An den Kriterien dafür, was unter Strafe steht, wird auch deutlich: Schädigungen von Menschen stehen nur dann unter Strafe, wenn sie von einem Staat als Gefahr für sich, für die bürgerliche Ordnung oder für das „friedliche" Zusammenleben der Konkurrenzsubjekte in ihr eingeschätzt werden.[6]

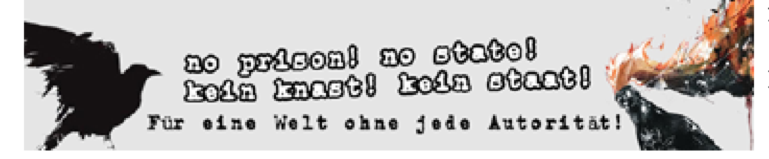
...woran Strafrechtsreformen auch nichts ändern

Ändern sich die Einschätzungen über die Folgen, die von sanktionierten Handlungen für ein schützenswert erachtetes Rechtsgut (z.B. Ehe und Familie) und für das Zusammenleben in einer bürgerlichen Gesellschaft ausgehen, dann kann dies auch zu Veränderungen im Strafrecht führen. Das kann für Einzelne – etwa im Bereich des Sexualstrafrechts - eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bedeuten, ändert aber nichts grundsätzliches an den Beurteilungsmaßstäben. „Bis etwa zum 2. Weltkrieg betrachtete der bürgerliche Staat Sexualität als Gefahr für die Gesellschaft. Er forderte Unterordnung, Verzicht, Bescheidenheit und Unterwerfung; auch in Sachen Sexualität. Da passte eine Sexualität, die nur auf Lust aus war, nicht recht ins moralische System. Entsprechend ging der Staat dagegen vor und eröffnete nur eine alternativlose Weise, die Sexualität sozial anerkannt und staatsdienlich auszuüben: die Ehe." „Abweichende" Formen der Sexualität wurden kriminalisiert und sanktioniert. So galt etwa in Deutschland bis 1969 die Homosexualität als Straftatbestand (§ 175 StGB). Ebenfalls bis 1969 existierte der sogenannte Kuppeleiparagraph (§ 180 StGB). Der stellte es unter Strafe, einem Mann und einer Frau ohne Trauschein eine Gelegenheit zur „Unzucht" zu verschaffen.[7] In dem Maße, in dem sich bei den Regierungsparteien und in der Öffentlichkeit die Einschätzung durchsetzte, dass „abweichende Formen" der Sexualität die Ehe und ihre Aufgaben – nämlich den Zwang zur wechselseitigen Versorgung und Verpflichtung zur Erziehung des Nachwuchses – nicht gefährden, sondern eher stabilisieren, hat der Staat Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre eine ganze Reihe von Gesetzen abgeschafft, mit denen er früher seinen Bürgern das Leben schwerer gemacht hat.

junge Linke gegen Kapital und Nation

6 Im Strafrecht spiegelt sich daher immer auch wider, was für ein Umgang der Menschen miteinander in bürgerlichen Staaten allgemein üblich ist.

7 z.B. konnten sich Vermieter der „Kuppelei" strafbar machen, wenn sie nicht-eheliche Sexualität in ihren Wohnungen ermöglichten.



Abschiebung – Rassistischem Pack entgegen!!!

Anlässlich der letzten Abschiebung aus Freiburg und der in Kürze noch bevorstehenden, beziehen wir, die PHA, Stellung zu diesem Thema, da wir als Freiraumkampagne entschieden gegen Ausgrenzung und Verdrängung vorgehen und für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.

Abschiebungen sind rassistisch und fundamentaler Bestandteil des kapitalistischen Nationalstaats, damit liegen die Ursachen dafür in der Mitte der Gesellschaft.

Nationalbewusstsein stützt sich auf eine Abgrenzung der Menschen die „dazugehören" von denen die „nicht dazugehören". Es wird immer ein „Innen" und „Außen" festgelegt. Diese Abgrenzung findet aufgrund willkürlicher Merkmale, die den Menschen zu- oder abgeschrieben werden, statt. Damit ist offensichtlich, dass es sich bei der Nation um ein konstruiertes Kollektiv handelt. Menschen außerhalb dieses Kollektivs werden ausgegrenzt. In Deutschland stützt sich das Nationalbewusstsein oftmals auf das Blut. Das „deutsche Blut" hat mensch, oder hat es nicht, gehört also dazu, oder nicht. Solch ein Zugehörigkeitskriterium ist die Spitze der Absurdität und stellt Rassismus par excellence dar.

Was den Staat anbelangt, gibt es mittlerweile weitere Kriterien, wer hier leben „darf" und wer unerwünscht ist, also nicht dazugehört – es ist die hoch gefeierte Integration. Wer sich also als Nichtzugehörige*r dennoch in Deutschland aufhalten will, muss sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einpassen. Dabei wird Deutschland als ein homogenes Kollektiv dargestellt, welches es angesichts der vielfältigen Lebensformen gar nicht gibt. Dies ist aber von den Akteuren der Debatte einkalkuliert, wenn es kein konsequentes völkisches Kollektiv gibt, wird halt ein konstruiert, um eine Abschottung gegen „Ausländer*innen" zu gewährleisten und das Kollektiv „sauber" zu halten und damit Fremdenhass zu schüren. Abgrenzung findet aber nicht nur auf nationaler Ebene statt, sondern seit einiger Zeit zunehmend auf EU-Ebene. Unter dem Vormachtanspruch Deutschlands ist hier ein Zusammenschluss von den wohlhabenderen „Vaterländern" zu beobachten, der zu gemeinsamen Außengrenzen führt, welche auf menschenverachtende Weise verteidigt werden, z.B. durch die private Sicherheitsagentur Frontex. Diese Agentur hat aufgrund ihrer Privatwirtschaftlichkeit mehr Rechte und weniger Pflichten als staatliche Verbände. Hier findet eine Abwälzung der Verantwortung der Staaten auf eine private Firma statt. Jetzt sind es nicht mehr staatliche Scherg*innen die menschenverachtend handeln, sondern private, von Staaten benutzte. Frontex unterstützt und bildet Sicherheitskräfte aus, die die Außengrenzen der EU auf brutale Weise sichern. In der Realität sieht das dann so aus, dass diese Scherg*innen vollbesetzte

Schlauchboote im Mittelmeer versenken oder riesige Zäune mit NATO-Draht bauen, an denen regelmäßig Menschen ihr Leben verlieren. Diese Menschenjagd ist Ausdruck der Verteidigung der ökonomisch überlegenen Position der EU als Teil des kapitalistischen Nordens. Alle die nicht „dazugehören", oder ökonomisch nicht „verwertbar" sind, werden militärisch an der Grenze bekämpft, eingesperrt, oder abgeschoben in gerade diese Länder, deren ökonomische Ausbeutung die Stellung der EU maßgeblich bedingt.
Das Asylrecht, welches 1993 im Zuge des deutschen Einheitstaumels der „Wiedervereinigung" faktisch abgeschafft wurde, besteht nur noch willkürlich und nach Verwertbarkeitskriterien meist auch nur für politisch Verfolgte. Die Geduldeten haben Residenzpflicht, was bedeutet, dass sie sich nur in bestimmten, vorgegebenen Gebieten aufhalten dürfen. Oft werden sie in menschenunwürdige Lager gesteckt und erhalten meist nur Sachleistungen.
Dies alles bedeutet krasse Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Nicht mehr Geduldete kommen in Abschiebehaft, werden also rein aufgrund ihrer Herkunft eingesperrt. Diese soziale Ausgrenzung zeigt die rassistischen Verfahrensweisen mit Flüchtlingen sehr deutlich.
Für den möglichst unkomfortablen Aufenthalt in Deutschland wird ein enormer bürokratischer und finanzieller Aufwand betrieben. Ob nun ein Flüchtling abgeschoben wird in ein Land, in dem Menschen Folter und Tod droht, liegt meist im Ermessen der Abschiebebehörden. Die bestehenden Duldungen sind Ausdruck für einen verlogenen Humanismus, den sich westliche Staaten auf die Fahnen geschrieben haben. In Wahrheit soll dieser Pseudo-Humanismus den offen rassistischen Praktiken der Staaten einen menschlichen Anstrich geben. Doch es ist offensichtlich, dass es sich hier um Aussortierungen handelt, die eine rassistisch motivierte Vormachtstellung der wohlhabenden Staaten der EU sichern sollen.
„Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen."
Albert Memmi, <Racisme>, 1972
Wir, die PHA, verurteilen jegliche Abschiebungen aufs schärfste und begreifen sie als Teil der unsolidarischen Gesellschaftsordnung, die es zu bekämpfen gilt. Wir treten dieser mit der Parole Plätze, Häuser, Alles entgegen und fordern einen solidarischen Umgang mit allen Menschen. Auch Abschiebungen sind Teil der Verdrängungsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft. Wir aber fordern immer noch eine Stadt, ein Kontinent, eine Welt für alle! Werdet aktiv für eine solidarische Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Rassismus. Macht was, seid kreativ!
Solidarität muss praktisch werden.
Feuer und Flamme den Abschiebebhörden!

Plätze.Häuser.Alles

Ein antifaschistischer Roman in den Top Ten?

Hans Fallada, Jeder stirbt für sich allein

Vor nicht allzu langer Zeit war der Roman von Hans Fallada „Jeder stirbt für sich allein" in den Top Ten der Bestsellerlisten. Das ist aus mehreren Gründen bemerkenswert! Zum einen: der Roman wurde 1946 abgeschlossen, war die letzte Arbeit Falladas. Er starb im Februar 1947, kommt also posthum zu Ehren und Umsatz. Weiter: Gemessen an literarischen (und insbesondere politischen) Kriterien ist dieser Roman nicht sein bester, wirkt bisweilen merkwürdig konstruiert. Krampfig werden Szenarien aneinandergereiht, um soziale und politische Konstellationen zu durchleuchten. Als Grundlage wird die Geschichte des ältlichen Ehepaars Hempel erzählt, „kleinen Leuten" aus dem Arbeitermilieu Berlins (dem – ehemals – „roten Wedding"), die sich, nachdem ihr Sohn an der Westfront den „Heldentod" gestorben war, entschlossen, der Nazi-Diktatur etwas entgegenzusetzen. Damit wird in Falladas Roman eine Facette des antifaschistischen Widerstands aufgegriffen, die (bis heutzutage) wenig Beachtung gefunden hat. „Zwei bedeutungslose Einzelwesen im Norden Berlins…nehmen eines Tages den Kampf auf gegen die ungeheuere Maschinerie des Nazistaates, und das Groteske geschieht: der Elefant fühlt sich von der Maus bedroht." (H.F. in einem Brief an den Herausgeber). Hinsichtlich des aktuellen öffentlichen Interesses an diesem Werk, dürfte das Bemerkenswerteste allerdings darin liegen, dass es sich dabei um eine Auftragsarbeit des Aufbauverlags (Berlin Ost) handelt, also unter Initiative (und Kontrolle) der Administration der von der Sowjetunion verwalteten Zone, der späteren DDR also, geschrieben wurde. „Antifaschismus" wurde Staatsdoktrin im real existierenden Sozialismus, zentrales Elixier dieses Antifaschismus war, personelle Kontinuitäten im Herrschafts- und Regierungsapparats im „Westen" zu entlarven, natürlich unter der Prämisse, dass im real existierenden Sozialismus diese nicht vorkämen, was so nie gänzlich zutraf. Dieser propagierte Antifaschismus galt als Bildungsauftrag. Es wäre zu überprüfen, ob Fallada diesem Ansinnen gerecht wurde. Und wenn ja, was unter dieser Art Antifaschismus zu verstehen ist. Fallada sträubte sich auch lange, die Arbeit anzunehmen. Beklagt wurde von ihm (in einem Brief) „die völlige Trostlosigkeit des Stoffes: zwei ältere Leute, ein von vorn herein aussichtsloser Kampf, Verbitterung, Haß, Gemeinheit…das völlige Fehlen von Aussichten auf Zukunft." Er schrieb den Roman (668 Seiten) dann doch in vier Wochen nieder. Der finanzielle Anreiz

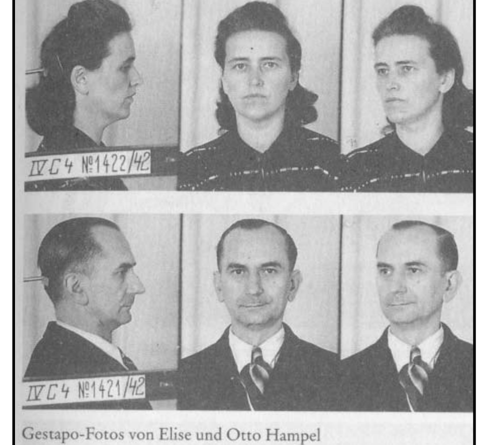
dürfte den Ausschlag gegeben haben; Geld brauchte F. insbesondere, um seinen Konsum an Alkohol, Kokain, Morphium, Opium und Schlafmitteln zu finanzieren. Überredet hat ihn letztendlich sein (ehemaliger) Literatenkollege Wolfgang R. Becher, bekannt als ungestümer, alle literarischen Konventionen zertrümmernder Expressionist in der Literatenszene der Vornazizeit, der im Moskauer Exil zum Literaturfunktionär umfunktioniert worden war, später dann auch Kultusminister der DDR wurde. Als historische Essenz lagen Fallada Akten der Gestapo und des Volksgerichtshofs über die Familie Hempel (im Roman dann Quangel benannt) vor. Allerdings waren diese von den Auftraggebern „gesäubert" worden, sodass F. in dem irrigen Glauben lebte, die gegenseitigen Anschuldigungen und Denunziationen der Eheleute Quangel vor Gericht seien eine Erfindung der faschistischen Justiz gewesen, um deren Nimbus als lautere Widerständler, als solche sie denn auch im Roman wieder auferstehen, verächtlich zu machen. In den Akten ist nachgezeichnet, wie die Quangels auf eigene Faust gegen die „Bonzen", den „Schurken Hitler" vorgingen. Sie beschrieben Karten in ungelenker Schrift mit antifaschistischen Parolen: „Es ist höchste Zeit dass wir nun endlich den Mut aufbringen der Hitler Regierung die Zähne zu zeigen." „Wo ist unsere erkämpfte Freiheit geblieben!!!!", „Deutsche Past auf! Last euch nicht unter kriegen was sind wir noch! Dass Stumme Vieh! Gegen diese Fesseln müssen wir uns wehren sonst ist es zu spät!" Die Karten legten sie ab, in Treppenhäusern, Toiletten, auf Parkbänken, darauf vertrauend, dass diese weitergegeben und zum Widerstand ermuntern würden. 285 dieser Karten wurden postwendend der Polizei übergeben. Nur 18 waren nicht den Häschern in die ände gefallen..Akten gefallen. Die Quangels machten das über zwei Jahren lang, erst dann wurden sie gefasst, vor Freislers Volksgerichtshof gezerrt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Herausgekommen ist ein für Fallada typischer Berliner Milieuroman in den Anfängen der 40iger Jahre, also in der Phase der expandierenden Eroberungskriege des faschistischen Deutschlands bis hin zu der sich abzeichnenden militärischen Niederlage (1942) an der Ostfront in der Sowjetunion. Die wichtigsten Orte der Handlung sind ein Wohnhaus, eine Möbelmanufaktur, die, kriegsbedingt, auf Massenproduktion von Särgen umgestellt worden war, die Gestapo-Zentrale, der Knast in Moabit, die Guillotine dort und der Volksgerichtshof. Dabei agieren die Bewohner des Hauses im Wedding: ein Kammergerichtsrat a.D., eine Nazi-Familie, eine sehr alte jüdische Geschäftsfrau (ihr Mann ist bereits „abgeholt" worden), Familie Quangel (Otto ist Vorarbeiter in der Möbelfabrik, Anna Hausfrau), und (im Hinterhaus) die Persikes, sie hat „Männerbesuche" und finanziert darüber den Haushalt, er ist meist arbeitslos. Außerdem taucht da eine Briefträgerin auf, die in Trennung lebt, aber von ihrem Exmann, einem als „arbeitsscheu" deklariertem Subjekt, immer wieder heimgesucht wird. Im Verlauf der Handlung werden noch Mitglieder einer „kommunistischen Zelle", die im Untergrund gegen den Faschismus agieren, und zwei Witwen, deren Männer Kommunisten gewesen waren, in das Handlungsgestrüpp des Romans eingebaut. Als einziger Akteur des Romans wird der Präsident des Volksgerichtshof mit seinem originären Familiennamen benannt: Freisler. Zwischen diesen Akteuren entwickeln sich, in der für Fallada typischen Erzählform (sich wenig um geschichtliche Authentizität kümmernd) zahlreiche Interaktionen, die Spannungsverhältnisse der verschiedenen Milieus, die sich da begegnen, ziehen sich durch den ganzen Roman, wollen Zeugnis geben über Lebenswelten im Faschismus. Fallada versucht also die Dialektik zwischen Terror und Widerstand am Beispiel der Proletarierfamilie Quangel, darzustellen. Es gibt zweifellos zahlreiche faszinierende Passagen in dem Roman, die die Lektüre spannend machen, bei allen Verkürzungen und Mängeln, über die noch zu reden sein wird. Dargestellt wird ein Stück Alltag im Faschismus, aus den verschiedenen Perspektiven der vorgestellten Biographien. Auch wie es den Nazis gelingt, Angst als Garant der öffentlichen Ordnung und kollektivem Mitläufertums durchzusetzen, die Gestapo in den Hirnen zu verankern. Als Gegenpol werden die Quangels geschildert als typische Proletenfamilie, erstmals als ganz normale ZeitgenossInnen, durchaus auch mit kleinen Ämtern im Naziapparat, im Alltag erstarrt in sprachlosen Ritualen, wo sich alles um den in Arbeit und Brot stehenden patriarchalisch geprägten Mann zu drehen hatte, bis sie sich entschlossen, ihre Karten zu schreiben und sich dabei selbst änderten, partiarchale Strukturen aufbrachen, so was wie Zärtlichkeit füreinander entdeckten, Neugier entwickelten, ein Gefühl von Befreiung zuließen, auch ihrer Rollenfixierung.

Vom Ehepaar Hampel geschriebene und abgelegte Karte mit Fundortvermerk durch die Gestapo

Wie kommt es, dass Fallada, nach über einem halben Jahrhundert, sich in die bundesrepublikanische Bücherregale einnisten kann? Welcher antifaschistische Bildungsauftrag trifft da die Seelen des deutschen Bürgertums, welche Art von geschichtlicher Aufarbeitung des deutschen Nationalsozialismus geschieht hier?

Der bürgerliche Antifaschismus Falladas
Der Antifaschismus in Falladas Roman greift zu kurz, umfasst nur die nationalsozialistischen Eliten und deren lautstarke Mitläufer, ausschließlich uniformierte Nazis. Faschisten hier sind zumeist betrunken, höchst unsympathische Zeitgenossen, deren Bösartigkeit als zufällige Deformation zivilisatorischen Normalzustands dargestellt wird. Geschildert werden sie als grimassierende Ungeheuer, die pathologischen Persönlichkeitsstrukturen von Unholden, randalierende Schlägertypen. Gewiss solche gab es viel zu viele, die ihren kranken Menschenhass an allem „Artfremden" ausließen. Sie waren auch maßgeblich beteiligt an der Verfestigung der Macht der Nationalsozialisten. Aber sie waren nicht die einzigen Träger der faschistischen Diktatur. Faschismus war auch der eiskalt geplante und organisierte Massenmord, der vornehmlich das Werk von Bürokraten war, die imperialistische Strategie der militärischen Schaffung eines Großdeutschlands, das dem „Volk ohne Raum" außer den Zugriff auf Ressourcen, Weltmachts- und Überlegenheitsgefühle, nationalistischen Wahn, bescheren wollte, die Bestechung der Menschen durch Kaufkraft und Konsum, das damit verbundene Modell fordistischer Massenproduktion, nicht nur von Kriegsgerät, sondern auch Kosumtionsmitteln. Faschismus war auch jenes opportunistische Mitläufertum der Eliten, die unter dem herrschenden Verwaltungsapparat günstige Arbeitsbedingungen und Privilegien genossen. Faschismus war der Garant für Produktionszuwächse und ungeahnter Gewinnmargen für das Kapital und deren Protagonisten, die den Nationalsozialismus aus wohlkalkulierten Gründen ganz massiv unterstützten. Faschismus war insbesondere das spießige Duckmäusertum der „Unpolitischen", die sich durch Brot und Spiele und Siege gängeln ließen und pflichtgemäß gelernt hatten, wenn schon nicht fasziniert zuzusehen, dann wenigstens wegzusehen von den Gräueln der Nazis.



Gestapo-Fotos von Elise und Otto Hampel

Die guten Deutschen bei Fallada
Da ist der ermittelnde Gestapo-Kommissar Escherich, der rechtsstaatsgläubig seine Ermittlungen führen möchte und die von ihm als „außergesetzlichen" gebrandmarkten Maßnahmen und Exzesse der SS-Mitarbeiter verabscheut und deshalb, nun selbst Opfer der SS, misshandelt wird und – nachdem er seinen Job abgeschlossen und die Quangels als „Hochverräter" festgenommen hat - aus lauter Ekel vor seinen Kollegen („Mühsame, sorgfältige kriminalistische Arbeit vor die Schweine geworfen!") und, quasi agitiert von der politischen Redlichkeit der Quangels, sich selber umbringt. Da ist ein SS-Mann, der – wider alle Prinzipien seiner Zurichtung als „Arier" - ein barmherziges Herz gegenüber den gefangenen Frauen im Gestapo-Knast entdeckt, selber Hand anlegt, um eine bereits verwesende Leiche aus deren Gefängniszelle zu transportieren und den geschundenen Frauen frische Luft zukommen lässt. Da ist ein Kammergerichtsrat außer Dienst, der früher, als amtierender Jurist, wegen seiner Todesurteile als „Blutsrichter" sich eine Ruf gemacht hatte, der nun (a.D.) die Jüdin aus dem gemeinsamen Wohnhaus vor dem Zugriff der Nazis zu verstecken trachtet, später dann den gefangenen Quangels Cyankali in den Knast schmuggelt, damit die selbstbestimmt ihren Sterbetermin bestimmen möchten, um der Exekution zuvorzukommen. Da ist eine Briefträgerin (auch Parteimitglied), die sich – ohne behördliche Genehmigung und amtliche Ummeldung – aufs Land zurückzieht, um dort ein stressfreieres Landleben zu verbringen, dann einen Straßenjungen („eine Art Räuber") aufnimmt und zu einem guten und insbesondere arbeitsamen Menschen erzieht. Da sind zwei ältere Frauen, für die es ganz selbstverständlich ist, politisch Verfolgte zu verstecken und durchzufüttern. Und da sind die Quangels, die gegen die Nazis agitieren. Diese Anhäufung von Gutmenschentum suggeriert, dass die Barbarei im Faschismus überall durchbrochen war durch Mitgefühl, Solidarität und „Menschlichkeit", als hätte der Nationalsozialismus keinerlei Massenbasis besessen.

„Arbeitsscheue" Schmarotzer
„Gemeinschaftsfremde", das war ein Kampfbegriff der Nazis gegen alle, die aus der Volksgemeinschaft auszugrenzen waren, insbesondere die als „Juden" ausgemacht wurden, KommunistInnen und die Linken sowieso, aber auch die sog „Arbeitsscheuen", Arbeits- und Wohnungslose also, die Armen und alle „unproduktiven", nicht verwertbare Menschen. Wer nicht als „Krieger", „Arbeiter" oder „Mutter" taugte, wurde erbarmungslos verfolgt, gedemütigt, umerzogen, in Lagern konzentriert und ermordet. Fallada, durch dessen distanzierte Betrachtungsweise die agierenden Menschen sich zu präzisen Portraits

verdichten (dadurch Einblicke in die Lebenswelten insbesondere der „kleine" Leute ermöglicht, deren Darstellung einen solidarische Grundtenor transportiert), greift bei seinen Schilderungen der sog. „Arbeitsscheuen" voll in die vorgegebenen Ideologiekonglomerate, reproduziert Klischees, womit diese Menschen denunziert werden. Sie werden als hinterhältig, schmarotzend, unehrlich und unmoralisch, Abbilder des Unsolidarischen, beschrieben und - getreu dem faschistischen Rechtsbegriff - als „arbeitsscheu" beschimpft („das ist ein Penner, ein Verkommener, ein Lump" H.F.). Die Ideologie des „Volksschädlings" feiert im Roman eine Wiederauferstehung. Klar doch, dass sie des eigenen Vorteils wegen mit den Nazis kooperieren, wenn es z.B. darum geht, die alte jüdische Mitbewohnerin zu beklauen. Doch: Waren nicht die ersten durch Nazis organisierten Lager für „Arbeitsscheue", dort mit „schwarzen Wimpeln" markiert, bestimmt?

Der gute Arbeiter

Otto Quangel ist dagegen der Prototyp des grundsoliden, zuverlässigen und mit großer Arbeitsdisziplin zuwerke gehender Proletariers. Er setzt bei seinen Kollegen jede
Intensivierung der Produktionstätigkeit durch, die von der faschistische Verwaltung vorgegeben und aufgezwungen wird. Die Umstellung von hochqualifizierter Möbel- in standardisierte Massenproduktion von Särgen widerstrebt zwar seiner Berufsehre, wird aber mit Genauigkeit und Arbeitsethos, wie vordem die Möbeltischlerei, umgesetzt. Otto Quangel wird als Idealbild des „sauberen" Arbeiters mit „schaffenden Händen" dargestellt. Dass Ausscheren aus dem Arbeitszwang, oder gar Akte von Sabotage, auch ein Beitrag zu Zersetzung der faschistischen Diktatur sein könnten, passt nicht in das Weltbild dieses Arbeiters, selbst als er angefangen hatte, seine Freizeit als Widerstandspraxis gegen „Hitler" zu begreifen. Diese Idealisierung des „deutschen Arbeiters" ist kongruent mit dem Image, das die Nazis persiflierten.

Dass Widerstand eine erfolgreiche Strategie sein könnte, wagt Fallada nicht zu denken

Das Treffen einer Untergrundzelle wird ausgerechnet inmitten einer Siegesfeier der Nazis zur Kapitulation Frankreichs im Tanzsaal angesiedelt. Sie müssen allein schon als die einzigen Nichtuniformierten auffallen, zumal sie, gemessen an gebotenen subversiven Spielregeln, ein dermaßen stümperhaftes Verhalten zutage legen, dass sie notwendigerweise prompt enttarnt werden. Diese Szenerie ist nicht nur abstrus, sondern transportiert eine Verächtlichmachung derer, die organisiert und subversiv den Naziapparat zu bekämpftenversuchten. Dieses Szenario ist ein Beispiel für Falladas irreales Fabulieren über historische Fakten. Es verweist aber vor allem auf eine tiefsitzende Abneigung gegen Praktiken, die Widerstand als organisierte Gegenwehr, dabei auch die Machtfrage stellend, begreifen. Fallada denunziert sie indirekt als stümperhafte und zum Scheitern verurteilte Aktivitäten, deren (männliche) Akteure durchweg negativ abgebildet werden. Ganz anders als die Quangels, deren in Literatur gegossene Faszination darin liegt, dass sie aus einer unsäglichen Naivität heraus ihren Kampf führen, deren Widerstand aber nichtsdestoweniger wirkungslos verpufft. Hierbei wird die Botschaft vermittelt: sie sind nicht ehrlos, aber wehrlos. Geschichte ist ein nicht zu beeinflussender Prozess, Faschismus als unabwendbares Schicksal?

Kitsch als Utopie

Der Roman Falladas endet erstmals mit dem Tod der beiden Hauptakteure, Otto unterm Fallbeil, Anna durch einstürzende Gefängnismauern nach einem Bombenangriff. Die Hoffnung, sich noch einmal nach der Gerichtsverhandlung sehen zu können oder gar gemeinsam zu sterben, erweist sich als Illusion. Während Otto im Habitus des aufrechten Mannes die Prozedur der Hinrichtutung erwartet (den Ruf „Leb wohl, Genosse!" aus einer Zelle wird gleichlautend zurückgegeben, dem geschäftsführenden Henker reicht er, von Mann zu Mann, die Hand), vergisst vor lauter Coolheit und Neugier auf die Prozeduren der Hinrichtung das Zyankali in den Backen zu zerbeißen, zergeht Anna vor Sehnsucht und Vorfreude, ihren Otto wieder zu sehen, der in einem Maße idealisiert wird, dass es in der Seele wehtut. Sie, die anfangs auch im Knast sehr widerspenstig war, wandelt sich zu einem engelsgleichen Wesen, beliebt bei Mitgefangenen und Wärterinnen gleichermaßen, arbeitsam und freundlich, versöhnt mit allen und allem. „Sie benutzt diese Stunden, in denen sie doch nicht schlafen kann, zum Stricken. Und beim Stricken träumt sie. Sie träumt vom Wiedersehen mit Otto, und in einem solchen Traum bricht ohrenzerreißend die Mine ein, die diesen Teil des Gefängnisses in Schutt und Asche legt. Frau Anna Quangel hat keine Zeit mehr gehabt aus diesem Wiedersehenstraum aufzuwachen. Sie ist schon bei ihm. Wo immer das auch sein mag." So endet der Roman, erstmals: Kitsch für die Pralinenpresse?
„Aber nicht mit dem Tode wollen wir dieses Buch beschließen, es ist dem Leben geweiht, dem unbezwinglichen, immer von neuem über Schmach und Tränen, über Elend und Tod triumphierenden Leben." Also fügte Fallada einen Epilog bei, angesiedelt irgendwann nach Beendigung des Krieges.. Und das sieht dann so aus: „Ja, sie sind schön vorangekommen…sie haben im vorigen Jahr Land bekommen, sie sind selbständige Leute…Das Leben macht ihm Spaß, er wird den Hof schon in die

Höhe bringen, das tut er!“ Die kleinbäuerliche Idylle: – entleert von gesellschaftlichen Formbestimmungen, außer der Verheißung, dass, nach der militärischen Niederlage des Faschismus imaginären 1945, Paradiesisches sich ausbreiten werde. Die Tatsache, dass die als Briefträgerin aus dem Wedding in den Roman eingeführte Frau (jetzt wieder verheiratet und mit dem inzwischen adoptierten Straßenräuber als Sohn zusammenlebend) , in den Genuss einer Landschenkung gekommen ist, deutet darauf hin, dass die Szenerie im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands angesiedelt ist. Das ist eigentlich egal. Es wird die entpolitisierte (und entpolitisierende) Ideologie thematisiert, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sein könne, wenn er nur wolle. Passen würde auch der (später) im Wirtschaftswunderlandteil kursierende Slogan:
„Schaffe! schaffe! Häusle baue!“ Doch damit ist der Epilog des Romans noch nicht zu Ende. Es taucht da noch ein Störfaktor auf, der den Landfrieden bricht: der„arbeitsscheue“ (Ex-)Vater des adoptierten (Ex-)Sohnes möchte teilhaben an dem neuen Glück. Er wird von diesem mit der Peitsche vertrieben, unter Androhung, bei nochmaligem Auftauchen, ihn der Polizeigewalt zu überantworten. Welch gesellschaftliche Programmatik deutet sich hier für das kommende Deutschland an, gleichermaßen in Ost und West?

Fallada: Sozialdemokrat, idealistischer „Utopist“

Woher rührt diese - an den hohen Auflagezahlen gemessen - Hochachtung eines „antifaschistischen Romans“ über Widerstand im Nationalsozialismus. Wo doch die BRD in ihren Anfangsjahren den Anti-Anti-Faschismus als Staatsdoktrin durchgesetzt hatte und alle, die auf die personellen Kontinuitäten in der neugegründeten Republik hinwiesen, als Nestbeschmutzer beschimpfte oder gar als bolschewistisch indoktrinierte Staatsfeinde in die Knäste schickte. Es hat wohl mit der „Gnade der Geburt“ zu tun, mit der abgehende Kanzler Schmidt (selbst noch, als ehemaliger Scharführer einer Hitlerjugend-Gruppe, belastet) den nachfolgenden Kohl gesegnet sah, dass inzwischen die Scheu, offiziell den Widerstand gegen den Nationalsozialismus als deutsche Tugend zu würdigen und die Gräuel der Nazis zuzugeben, als ideologische Selbstverständlichkeit sich mehr und mehr durchsetzte. Es hat ja die „guten Deutschen“ gegeben, die schon immer dagegen waren, nicht nur die Stauffenbergs (denen vor allem daran lag, einen aussichtslosen Weltkrieges zu beenden), die Bonhoefers (die aus christlich-ethischen Gründen dem Morden ein Ende bereiten wollten), die Scholls (die den guten Ruf Deutschlands retten wollten), sondern auch die ganz normalen kleinen Leute, die Quangels. Diese werden in Falladas Roman aufpoliert. Vom SS-Mann, über Briefträger_innen, Arbeiter_innen, Hausfrauen bis hin zu höheren Beamten alle geben sie Kunde vom „guten Deutschen“, den es damals gab und natürlich immer noch gibt. Faschismus wird zum singulären Epochenbruch einer bösen Mafia abgewertet. Jetzt, wo die Altnazis aus den Verwaltungs- und Regierungsapparaten (weil ausgestorben oder in Rente) verschwunden sind, wird eine staatliche Erinnerungskultur entdeckt. Diese ist allerdings mehr eine Kultur des Entsorgens des historischen Faschismus als des Trauerns über die „deutschen Zustände“. Die Studentische Revolte 1967/68 hatte eine starken antifaschistischen Impuls gesetzt, der aber nicht (nur) rückwirkend erinnern wollte, sondern die historische Kontinuität zu verdeutlichen suchte. Die Ratifizierung der sog. Notstandgesetze war Exempel, dass im Falle des übergesetzlichehn Notstands, bei Naturkatastrophen und Inneren Unruhen gleichermaßen, die (formal)demokratische Fassade geschleift werden würde und die Stunde der Exekutive eingeläutet werden könne. Auf der Straße wurden skandiert „Staat und Bullen üben fleißig für ein neues 33“. 1968 war die Ohrfeige, die Beate Klarsfeld dem damaligen Bundeskanzler verpasste, ein Skandal, nicht aber, dass Kiesinger als Leiter der Rundfunkabteilung des Außenministeriums als wichtiger Propagandist tätig war, wo, in engster Zusammenarbeit mit Goebbels Propagandaministerium, der Ätherkrieg gegen die Antihitlerkoalition zur Unterjochung Europas geführt und die Eroberungspolitik der Nazis verherrlicht wurde. Diese Beate Klarsfeld kandidierte diese Tage für den Job einer Bundespräsidentin, den sie aber nicht bekam, aber viel Anerkennung ihrer Lebensleistung als „kritische Journalistin“. Im Rahmen des Vereidigungsbrimboriums wurde sie von dem letztendlich gewählten neuen Präsidenten Gauck unter dem Beifall des Hohen Hauses wegen ihrer Zugehörigkeit zur 68iger-Beweguing gelobt. Die 68iger-Revolte habe die BRD nachhaltig erneuert, „sehen wir von einigen Irrtümern ab“, habe einen gründlichen Schub an Modernisierung bewirkt. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die von Gauck als Irrtümer deklarierten Geschehnisse der 68iger sind das, was geblieben ist, wenn auch nicht in derer gradlinigen Form wie seinerzeit erhofft, nämlich, dass es möglich und zur unbändigen Notwendigkeit geworden ist, nicht nur zu revoltieren, sondern jenseits der herrschenden Waren- und Unterdrückungskultur des Kapitalismus die einzig lebbare Alternative zu sehen, die zu erkämpfen ist. Solche Tendenzen sind nicht modernisierbar und auch nicht durch innere Notstandsszenarien zu vernichten. Diese Art von Antifaschismus ist nicht denkmalgeschützt.

AB

Eins ist die Summe unendlich vieler kleinerer Zahlen

Wer nur Eins sieht, übersieht unendlich viel

Gegen jeden Antisemitismus! – Gegen jeden Staat! – Gegen jeden Krieg!

Wie sollen wir bloß anfangen, einen Beitrag zu einer Debatte zu schreiben, zu der zwar schon viel geschrieben wurde, innerhalb derer viele Akteur_innen aber anderen als ihren eigenen Sichtweisen und Argumenten gar nicht zugänglich scheinen? Wir tun uns schwer damit, Positionen auszuformulieren. Denn wir befürchten, dass unser Anliegen von denjenigen, die sich auf beiden Seiten um einfache Antworten und Positionierungen bemühen, denunziert werden wird. Wir wollen uns jedoch nicht einem der vereinfachten Weltbilder anschließen bzw. innerhalb einer kriegerischen/bipolaren Ordnung einsortieren. Deshalb halten wir es für nötig, uns um eine differenzierte Positionierung zu bemühen.

Vor dem Hintergrund einer immer wahrscheinlicher werdenden kriegerischen Eskalation des Konfliktes zwischen Israel, den USA, der EU und dem Iran befürchten wir eine weitere Zuspitzung innerlinker Konflikte als Folge eines Bedürfnisses nach einfachen Antworten und einer Positionierung „auf der richtigen Seite". Dies geht einher mit einem erstaunlichem Desinteresse an den Verhältnissen in der Region.

Wir fürchten uns vor dem Umschwenken des latent in Deutschland und Europa grassierenden Antisemitismus zu offen ausgelebten antisemitischen Denkmustern, Gewalt und Vernichtungswünschen, wir fürchten uns vor Positionierungen von Teilen der Linken und der Friedensbewegung, die dem Antisemitismus zumindest Anknüpfungspunkte bieten, wir fürchten uns aber auch vor der ideologischen Legitimation von Krieg durch die Positionierung anderer Teile der Linken an der Seite einer Kriegspartei.

Lange haben wir unseren Mund gehalten – nicht weil wir keine Meinung hätten, sondern weil wir schlicht nicht wissen, wie wir sie so ausformulieren können, dass sie dazu anregt, Positionen zu überdenken und zu diskutieren, anstatt in Abwehrreflexen verkürzte Weltbilder zu verteidigen oder uns innerhalb dieser einzusortieren und anzufeinden.

Wir hoffen, wir können einen kleinen Beitrag zur Findung differenzierter Positionen leisten und würden uns freuen, wenn dies bei Anderen auf Interesse stößt.

Gegen jeden Antisemitismus!

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen Antisemitismus kann gerade in Deutschland nicht oft genug betont werden. Wir leben in dem Land, in dem der industrielle Massenmord an Jüdinnen und Juden geplant und von dem aus er umgesetzt wurde. Wir leben in der BRD, die nicht nur die Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches ist, sondern auch bis heute die Auslieferung verurteilter NS-Verbrecher verhindert und sich weigert Reparationen u.a. an Griechenland und Italien zu zahlen.

Anfang 2012 hat eine Studie im Auftrag des deutschen Bundestages bei 20% der deutschen Bevölkerung antisemitische Denkmuster festgestellt. Dieser Wert hält sich seit Jahrzehnten konstant.

Es ist unsere historische Verpflichtung, einer „Normalisierung" der deutschen Geschichte und des deutschen Staates entgegenzutreten, die Erinnerung wach zu halten und allen Formen des Antisemitismus entgegenzutreten.

Dazu reicht die Auseinandersetzung mit der Geschichte und das Wachhalten der Erinnerung bei weitem nicht aus. Denn der Antisemitismus hat eine lange Geschichte und antisemitische Denkmuster haben ihre große Wandelbarkeit immer wieder unter Beweis gestellt.

Wir müssen feststellen, dass es in Deutschland nach 1945 auch linke Grupp-ierungen waren, die zum Teil offen antisemitisch dachten und handelten. Und auch wenn wir viele der Schlüsse, die so genannte antideutsche Gruppen daraus zogen und ziehen, für falsch und teilweise reaktionär halten, müssen wir feststellen, dass die Zäsur der von ihnen angestoßenen Debatte in den 1990er Jahren in der radikalen Linken überfällig war. Es ist beschämend, wie geschichtsvergessen Teile der radikalen Linken in Deutschland nach 1945 agierten.

Wir müssen außerdem feststellen, dass es auch weiterhin in der Linken Denkmuster gibt, die dem Antisemitismus zumindest Anknüpfungspunkte bieten. Sowohl in Teilen der Friedensbewegung, als auch in Teilen der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken wird Israel in einer Art und Weise angegriffen, die schwerlich anders zu erklären ist, als mit einer antisemitischen Motivation. Von noch größeren Teilen wird berechtigte Kritik an der Politik des Staates Israel derart einseitig und unreflektiert formuliert und artikuliert, dass die Flanke zum Antisemitismus weit offen steht.

Denn Israel ist in einer Hinsicht kein Staat wie jeder andere. Die Existenz Israels garantiert/e sowohl im historischen Kontext als auch in der aktuellen Konstellation der Staaten im nahen Osten den Schutz vieler Jüdinnen und Juden. Deshalb ist es für uns nicht

hinnehmbar, wenn in Deutschland Symbole des israelischen Staates angegriffen werden oder sich Teile der deutschen Linken und Friedensbewegte anlässlich kriegerischer Eskalationen nur gegen die israelische Politik aber nicht gegen die der anderen Akteur_innen wenden. Wenn ständig einseitig Israel kritisiert wird, während zu anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteur_innen geschwiegen wird, liegt eine antisemitische Motivation nahe. Spätestens wenn ausgerechnet Israel vernichtet werden soll, ist eine antisemitische Motivation nicht mehr zu leugnen. Wir wenden uns explizit gegen ein Denken und Handeln, das sich einseitig gegen die israelische Politik wendet.
Auch treten wir einer verkürzten Kapitalismuskritik, wie sie z.B. aktuell in der Occupy-Bewegung praktiziert wird, entgegen. Bei Parolen wie „Wir sind die 99%" (im Gegensatz zu den 1% Superreichen, Bänkern, Spekulanten u.ä.) ist, neben dem augenscheinlichen Unverständnis der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie, auch der Anknüpfungspunkt für verschwörungstheoretische und eben oft auch antisemitische Bilder offensichtlich.
Die Beschäftigung mit und der Kampf gegen Antisemitismus muss unabdingbarer Teil linker und emanzipator ischer Theorie und Praxis sein.

Gegen jeden Staat!

Der Staat ist eine Organisationsform der Gesellschaft, die niemals zu emanzipatorischen Formen des Zusammenlebens der Menschen führen wird. Jeder Staat muss darauf bedacht sein, sein Gewaltmonopol effektiv durchzusetzen. Dazu gibt es in jedem Staat Bullen, Knäste, Gerichte, Geheimdienste uvm.
Die Interessen der einzelnen Individuen müssen sich innerhalb von Staaten immer den Interessen des Staates unterordnen. Außerdem haben rassistische, patriarchale, heterosexistische Denkmuster und weitere Formen der Unterdrückung und Ungleichheit immer auch Rückwirkungen auf staatliches Handeln und manifestieren sich in Ungleichbehandlungen, Gesetzen, Kriegen und vielem weiteren. Innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie muss der Staat darüber hinaus immer auch die Verwertungsbedingungen der Arbeitskräfte garantieren.
Dies alles ist bei weitem keine fundierte Kritik an Staatlichkeit. Und doch reicht es schon aus, um festzustellen, dass eine grundlegend emanzipatorische Position niemals die eines Staates sein kann, auch wenn es sehr wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten gibt.
Auch unabhängig von der oben ausgeführten besonderen Rolle Israels ist Vorsicht geboten, wenn innerhalb eines militarisierten Konfliktes nur eine der Parteien kritisiert wird. Unerträglich wird es, wenn zu der Politik des „eigenen" Staates geschwiegen wird, während andere oder ein anderer Staat angegriffen werden soll/en. Linke Kritik an Staatlichkeit und Nation sollte sich selbstverständlich zunächst gegen den „eigenen" Staat richten. Denn es macht aus einer emanzipatorischen und antistaatlichen Perspektive überhaupt keinen Sinn nur einen (fremden) Staat zu kritisieren.
Nun existieren alle Staaten allerdings vollkommen unabhängig davon, ob wir mit ihrer Existenz einverstanden sind oder nicht. Sie werden so lange existieren, wie ihre Existenz mit Gewalt durchgesetzt werden kann. Wenn ihre Existenz aufgrund einer anderen Gewalt - sei es nun von einer äußeren oder von einer inneren – beendet wird, tritt meist ein anderer Staat an ihre Stelle.
Für eine Gesellschaft jenseits der Staatlichkeit zu kämpfen und mit Formen der nichtstaatlichen, unhierarchischen Gesellschaftsorganisation zu experimentieren, halten wir für eine der dringlichsten Aufgaben emanzipatorisch denkender und handelnder Menschen.
Jeder Mensch hat das Recht zu existieren. Dies muss viel zu oft gegen Staaten verteidigt werden, die ihre Existenz auf Kosten des „Existenzrechtes" von Menschen durchsetzen. Deshalb weigern wir uns über so etwas wie das „Existenzrecht" eines Staates zu reden. Wir beharren darauf, dass überhaupt kein Staat nirgendwo existieren sollte und die Verwendung staatlicher Symbole zum Transport emanzipatorischer Inhalte nicht nur ungeeignet ist, sondern sogar das „Existenzrecht" aller zur Durchsetzung seiner Existenz unterdrückten, eingeknasteten und ermordeten Menschen verhöhnt.

Gegen jeden Krieg!

Eine Gesellschaft, die bereit sein soll Kriege zu führen, muss darauf eingestimmt werden, dass Gewaltanwendung nicht nur nötig, sondern sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei. Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig, andere Standpunkte, Probleme und Lösungsansätze auszublenden. Sowohl die ideologische, religiöse, ethnische und/ oder nationale Einheitlichkeit der eigenen (Kriegs-)Partei, als auch die dem gegenüberstehende Andersartigkeit der Gegner_innen sind notwendige Konstrukt-

ionen, um die Bereitschaft einer Gesellschaft zum Krieg und der Soldat_innen zum Töten herzustellen. Diejenigen, deren Tötung (im Krieg) legitim sein soll, müssen ganz anders sein als man selbst ist. Sie müssen als nicht gleichwertige Menschen oder besser noch gar nicht als Menschen wahrgenommen werden. Die Leben die vernichtet werden, können gar keine Leben sein. Deshalb werden die zu Bekämpfenden zu einer Einheit der Anderen konstruiert.
Es sind keine Menschen mit individuellen Geschichten, Familien, Freund_innen, Gedanken und Wünschen, sondern zu vernichtende Gegner_innen. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg!
Dies gelingt durch die Herstellung vermeintlicher Dualismen. Es gibt nur (noch) richtig und falsch, Freund und Feind, Frauen und Männer; oder je nach politischer Ausrichtung: imperialistische Mächte und unterdrückte Völker, gierige Kapitalist_innen und edle Befreiungsbewegungen oder eben Demokratie und islamistische Diktatur, Zivilisation und Barbarei, eliminatorische Antisemit_innen und jüdische Selbstverteidigung. Durch die Herstellung dualer Pole erscheint Krieg als legitimes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder zwischenstaatlicher Konflikte. Militarisierung und Krieg führen zur Zuspitzung sowieso vorhandener Formen von Herrschaft und Unterdrückung - zu diametral gegenüberstehenden Polen. Patriarchale, antisemitische, rassistische und weitere Strukturen und Denkmuster der Ungleichheit werden einerseits genutzt, um reaktionäre Legitimationsmuster herzustellen, andererseits werden sie bei zunehmender Militarisierung durch diese verstärkt. Konflikte bestehen aber nicht aus zwei Polen, sondern werden nur nachvollziehbar, wenn sie als komplexe Verflechtungen begriffen werden.

Die aktuellen Kriege der sogenannten westlichen Staatengemeinschaft werden z.B. mit der Verbreitung von Demokratie und Frauen- bzw. Menschenrechten legitimiert. Auch wenn es zu einem Krieg gegen den Iran kommt, werden uns diese Legitimationsmuster wieder begegnen. Diese Begründungen sind nicht nur als Vorwand zu verstehen, um ökonomische Interessen durchzusetzen. Sie sind immer auch Ausdruck einer postkolonialen Weltsicht, die die eigenen Werte für überlegen hält. Unabhängig davon, ob wir die westliche Demokratie für nachahmenswert halten, impliziert die Annahme, dass sie zu verbreiten sei, immer eine Hierarchie zwischen „dem Westen" und „den Anderen". Das Menschenbild, das sich u.a. in diesen Demokratisierungsbestrebungen ausdrückt weist in seinen Begründungsmustern unmittelbare Überschneidungen mit den Ideologien der Sklaverei und des Kolonialismus auf. Ausgangspunkt ist die Annahme, eine eigenständige Entwicklung „der Anderen" sei unmöglich, weshalb aufklärerisch eingegriffen werden müsse. Damals waren „die Wilden" angeblich nicht in der Lage, ein zivilisiertes (Über-)Leben zu führen und bedurften westlicher/weißer Führung. Heute bräuchten die Gesellschaften der sog. Schurkenstaaten die Befreiung/Hilfe des Westens, um Demokratie, Schulen und Brunnen aufzubauen. Dieser postkolonialen Ideologie dienen die westlichen Werte nicht nur als Vorwand - sie sind gleichzeitig auch ihr integraler Bestandteil. Somit sind postkoloniale Rassismen untrennbar mit der westlichen Außen- und Kriegspolitik verknüpft.

Die Militarisierung einer Gesellschaft ist zudem nicht von ihrer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen. Militär ist überall ein Männerbund, der sich und seine Männlichkeit in seinen Ritualen und Hierarchien entsprechend seiner Ideale inszeniert. Ihm kommt grundsätzlich, durch die Legitimation und Legalisierung von Gewalt als einzige Form der Auseinandersetzung, eine fundamentale Bedeutung bei der Konstituierung und Aufrechterhaltung einer gewaltausübenden Männerrolle zu.
Zudem gehen sexualisierte Gewalt und Kriegseinsätze schon immer Hand in Hand. Das Aufeinander treffen bewaffneter Männerhorden beinhaltet, dass der Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig Anderen gebrochen werden soll. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt als auch eine Schutzanmaßung für bzw. über die „eigenen Frauen" beinhaltet, sind die Erniedrigung der Zivilbevölkerung des Gegners, Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen, aber auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene, in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Einerseits verstärkt Militarisierung immer eine patriarchale und bipolare Geschlechterordnung, andererseits werden diese Strukturen auch benötigt, um Kriege zu rechtfertigen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische Kräfte eine größere Rolle spielen, sinkt, je weiter eine Gesellschaft militarisiert wird. Denn einerseits werden, wie beschrieben, vorhandene Strukturen der Ungleichheit massiv zugespitzt. Andererseits wird auch die direkte Repression gegen alle innenpolitsischen Widersprüche verschärft. Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position

gegen jeden Krieg beziehen.
Wer dies nicht tut, bleibt in bipolaren also geschichts- bzw. kontextlosen und paternalistischen Weltbildern verhangen. Es gilt stattdessen Standpunkte zu entwickeln, die verschiedene Kämpfe und Positionen einbeziehen und versuchen der Komplexität historischer und aktueller Verhältnisse gerecht zu werden.

Die ideologische Legitimierung von Krieg im Speziellen: Israel und Iran

Wie vor jedem Krieg werden auch zur Legitimierung der militärischen Eskalation des Konfliktes zwischen Israel und dem Iran von allen Seiten zu Dualismen zugespitzte „Argumente" in Stellung gebracht. Teile der iranischen Führung leugnen die Shoa und arbeiten an einer Gleichsetzung Israels mit dem Judentum, um an antisemitische Bilder anknüpfen zu können. In Israel ist eine rechte und rassistische Partei in die Regierung gewählt worden, die von dem demographischen Problem der kinderreichen Araberfamilien und den rückständigen, unzivilisierten Moslems redet. Uns geht es nicht darum, Rassismus und Antisemitismus gleichzusetzen – denn es gibt unbestreitbar wesentliche Unterschiede.
Es geht uns erst recht nicht darum, den Antisemitismus Ahmadinejad und weiterer Teile der iranischen Führung und Bevölkerung mit dem antimuslimischen Rassismus, der von Teilen der israelischen Regierung und Bevölkerung propagiert wird, gleich zu setzen.
Wir wollen aber festhalten, dass auch die Militarisierung dieses Konfliktes auf beiden Seiten die reaktionärsten Tendenzen stärkt.
Dass Teile der Linken sich wahlweise auf antisemitische oder rassistische Zuspitzungen einlassen, ist erschreckend. Zu den antisemitischen Tendenzen von Teilen der Linken und der Friedensbewegung haben wir ja bereits weiter oben etwas geschrieben.
Es ist uns noch niemand untergekommen, der die iranische Führung verteidigt – es soll auch solche Leute geben, doch diese Positionierung an der Seite einer religiösen Diktatur scheint uns so offensichtlich antiemanzipatorisch, dass wir es nicht für nötig halten ihr hier argumentativ zu widersprechen. Deshalb führen wir nicht weiter aus, weshalb die Positionierung an der Seite der islamischen Republik Iran nicht emanzipatorisch ist. Darum wollen wir an dieser Stelle hauptsächlich den Teilen der Linken, die aufgrund ihrer Positionierung an der Seite Israels notwendiger Weise wichtige Aspekte des Konfliktes ausblenden, widersprechen. Dazu werden wir einige Aspekte, die in Diskussionen immer wieder auftauchen, etwas ausführlicher behandeln und versuchen die zur Legitimierung von Krieg verbreiteten vermeintlichen Eindeutigkeiten und vereinfachten Lösungen zu dekonstruieren.

Des öfteren wird Israel - erschreckend ähnlich wie in antisemitischen Denkweisen – mit den Jüdinnen und Juden gleichgesetzt. So wird die erwähnte, notwendige Einheitlichkeit der Kriegspartei auf deren Seite man Position bezieht, konstruiert. Alle historischen und gesellschaftlichen Widersprüche, die es zu und innerhalb Israels gibt, fallen der Vereinfachung zum Opfer. Weder jüdische Kommunist_innen und Partisan_innenverbände während des 2. Weltkrieges, die weder wehrlos waren noch sich einen kapitalistischen Staat gewünscht haben, passen ins Bild, noch die tief greifenden Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft. Dass 20% der Menschen in Israel keine Jüdinnen und Juden sind und Israel ein laizistischer Staat ist, bleibt ebenso unerwähnt, wie die Positionen linker und emanzipatorischer Kräfte in Israel. Es gibt in Israel antimilitaristische Gruppen und Kriegsgegner_innen, es gibt religiöse Fundamentalisten, die u.a. versuchen, Geschlechtertrennung in allen öffentlichen Bereichen durchzusetzen und linke, laizistische Bestrebungen, die dies bekämpfen, es gibt seit letztem Sommer eine riesige soziale Bewegung, die gegen Mietsteigerungen und Gentrifizierung und für Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kämpft – um nur ein paar der aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb israelischen Gesellschaft zu erwähnen. Die Positionen der israelischen Regierung, auf deren Seite sich Teile der deutschen Linken schlagen, ist in diesen Konflikten keine fortschrittliche. Wie in allen Staaten werden linke Bewegungen mit polizeilichen, geheimdienstlichen und juristischen Mitteln bekämpft.
Wir werden uns nie anmaßen, jüdischen Menschen vorzuwerfen, dass sie aus der historischen Erfahrung der Shoa den Schuss ziehen, Israel sei der einzige Garant für ihre Sicherheit. Doch im Kampf gegen den Antisemitismus ist nichts gewonnen, wenn deutsche Linke die Bevölkerung mit dem Staat Israel gleichsetzen, die Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft ignorieren und die reaktionärsten Positionen, die innerhalb Israels vertreten werden, übernehmen.
Unser Interesse gilt den Positionen derjenigen Menschen in Israel, die für emanzipatorische Veränderungen kämpfen. Unsere Solidarität gilt ihren Kämpfen und nicht einer reaktionären Regierung.

Damit die bedingungslose, gegen jede Kritik erhabene Solidarität mit dem israelischen Staat und die Kriegsbefürwortung, die in linken Kreisen ja nicht so einfach zu vertreten sind, als linke Positionen daher kommen können, muss aber nicht nur die Einheitlichkeit der israelischen bzw. innerhalb dieser Konstruktion jüdischen Position, konstruiert werden, sondern auch die einheitliche Böshaftigkeit der Gegner_innen.
Die Konstruktion eines Bildes, in dem die Feinde Israels einheitlich als Vertreter_innen eines eliminatorischen Antisemitismus gezeichnet werden, hilft weder den Konflikt zu verstehen, noch den Antisemitismus vieler Feinde Israels erkennen und bekämpfen zu können.
Denn der Antisemitismus einiger Feinde Israels ist nicht zu unterschätzen und soll nicht im geringsten verharmlost werden. Um ihn bekämpfen zu können hilft es aber nicht, undifferenziert all denen, die Widerstand gegen israelische Kriegspolitik leisten, Antisemitismus vorzuwerfen. Wenn man sich die Verhältnisse anguckt, wird man feststellen, dass es auch sehr viele Menschen gibt, die die israelische Politik bekämpfen und keine antisemitischen Motivationen haben. Wir zitieren an dieser Stelle einen längeren Ausschnitt des Gaza Youth Manifests von Ende 2010, weil er unserer Meinung nach eine solche Position darstellt.

„Fuck Hamas. Fuck Israel. Fuck Fatah. Fuck UN. Fuck UNRWA. Fuck USA!
Wir sind es Leid in diesem politischen Kampf gefangen zu sein. Wir sind es Leid als Terroristen dargestellt zu werden, als hausgemachte Fanatiker mit Sprengstoff in den Taschen und dem bösen Blick in unseren Augen. Wir leben wirklich einen Alptraum in einem Alptraum. Es ist schwierig Worte für den Druck zu finden, der auf uns lastet. Wir überlebten knapp die Operation "Gegossenes Blei", als Israel wirkungsvoll die Scheiße aus uns heraus bombardierte, viele Tausend Wohnhäuser zerstörte und noch mehr Leben und Träume. Israel konnte die Hamas nicht beseitigen, wie sie vorhatte, aber sie haben uns für immer in Angst versetzt und jedem ein Trauma verursacht, weil es keinen Ort gab, an den man sich flüchten konnte.
Während der letzten Jahre tat die Hamas alles um unsere Gedanken, Verhaltensweisen und Sehnsüchte zu kontrollieren. [Sie hat] sich in unserer Gesellschaft wie ein bösartiges Krebsgeschwür ausgebreitet, das alle Zellen, Gedanken und Träume tötet und die Menschen mit seinem Terrorregime lähmt. Nicht zu vergessen das Gefängnis in dem wir leben, ein Knast der uns von einem so genannten demokratischen Land [Israel] aufgezwungen wurde. Hier in Gaza haben wir Angst davor eingesperrt, verhört, geschlagen, gefoltert, bombardiert, getötet zu werden.
Wir wollen nicht hassen, wir wollen nicht all diese Gefühle fühlen, wir wollen keine Opfer mehr sein. Genug! Genug Schmerz, genug Tränen, genug Leiden, genug Kontrolle, Einschränkungen, falsche Rechtfertigungen, Terror, Folter, Entschuldigungen, Bombardierungen, schlaflose Nächte, tote Zivilisten, schwarze Erinnerungen, düstere Zukunft, herzzerreißende Gegenwart, gestörte Politik, fanatische Politiker, religiöser Bullshit, genug Inhaftierungen! Wir sagen Stopp! Das ist nicht die Zukunft die wir wollen!
Wir wollen drei Dinge.
Wir wollen frei sein. Wir wollen leben.
Wir wollen Frieden.
Ist das zu viel verlangt?"
Wohl kaum.

Selbst die religiösen Fanatiker, die den Iran regieren, sind nicht als Einheit zu verstehen. Zunächst hilft es zum Verständnis der Verhältnisse im Iran reichlich wenig in bester Bildzeitungsmanier Ahmadinejad einfach nur als irren Antisemiten zu sehen. Wie jede_r Antisemit_in ist zwar auch Ahmadinejad von irrationalen Projektionen besessen, doch hat sein Antisemitismus gleichzeitig auch eine rationale Funktion. Die Zeitpunkte zu denen er seine Hasstiraden loslässt, verdeutlichen, dass es immer auch um die Ablenkung von innenpolitischen Widersprüchen und die Stärkung des Nationalismus durch einen konstruierten äußeren Feind geht. Die Pathologisierung politischer Gegner_innen ist lediglich Teil der Entmenschlichung und damit Kriegsvorbereitung.
Gleichzeitig gibt es selbst innerhalb der Führungsclique im Iran deutliche Unterschiede.
Der oberste religiöse Führer des Iran, Khameini, erklärt als Reaktion auf Achmadineschads Leugnung der Shoa, dass es am Holocaust und am grausamen Unrecht, das die Europäer den Juden angetan haben, keinen Zweifel geben dürfe. Der schiitische Islam iranischer Prägung erkennt die jüdische Religion als eine Religion des Buches an und stellt sie deshalb unter Schutz. Die iranische Verfassung garantiert Juden und Jüdinnen eine eigene politische (parlamentarische) Repräsentation und die Ausübung ihrer Religion und Kultur. Alleine in Teheran gibt es über 20 Synagogen, von denen 11 noch genutzt werden

und auch sonst gibt es im Iran relativ viele jüdische Einrichtungen. Die 25.000 - 35.000 iranischen Juden und Jüdinnen können ihre Verwandten in Israel ebenso besuchen, wie umgekehrt nach Israel Ausgewanderte ihre alte Heimat besuchen können.
Mit all dem wollen wir nicht den Antisemitismus im Iran verharmlosen, aber feststellen, dass es ein Vergleich mit dem eliminatorischen Antisemitismus des deutschen Nationalsozialismus nicht nur unangebracht ist, sondern sogar indirekt die Shoa relativiert. Es ist traurig zu sehen, wie kriegerisch zugespitzte Dualismen nicht nur die Sicht auf die reale Situation vernebeln, sondern auch die historische Einmaligkeit der Shoa und der nationalsozialistischen Verbrechen relativieren.

Kein Krieg gegen Israel - Kein Krieg gegen den Iran!

Wir weigern uns, innerhalb einer konstruieren, bipolaren Logik, zu Gunsten Israels oder des Iran Position zu beziehen und einen Krieg gut zu heißen. Es ist kein Geheimnis, dass das Interesse von Staaten immer ihr jeweiliger Einfluss ist.
Daraus zu schließen, dass jede Kriegsplanung und -führung ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienen, wäre allerdings viel zu kurz gegriffen.
So wäre es reichlich verfehlt, Israel den Griff nach dem iranischen Öl und Gas zu unterstellen.
Auch die iranische Führung wäre reichlich schlecht beraten, wenn sie sich von dem Aggressionskurs gegen Israel ökonomische Vorteile erhoffen würde. Schon die Sanktionen aufgrund des Nuklearprogrammes, die von der EU und den USA verhängt wurden, haben dazu geführt, dass die iranische Währung massiv an Wert verliert und lebenswichtige Produkte wie Treibstoffe (der Iran hat zwar Öl aber zu wenige eigene Raffinerien) uvm. knapp werden. Die iranische Regierung wird abwägen müssen, wie hoch der Preis für die äußere Unangreifbarkeit, die sie sich von dem Besitz von Atomwaffen verspricht, sein kann. Denn wirtschaftlich führt dieser Kurs, bei sowieso schon großen ökonomischen Problemen, gerade ins Desaster und könnte auch zu weiteren Aufständen der Bevölkerung führen. Andererseits kann sie Teile der Bevölkerung mit Verweis auf die Sanktionen über ihre Unfähigkeit wirtschaftliche Probleme (wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit) zu lösen, hinwegtäuschen. Dabei dient die Konstruktion einer Verschwörung von äußeren Feinden unter der Leitung von Zionisten nicht zuletzt der Stärkung nationalistischer Positionen und soll innere Widersprüche, wie die Massenproteste nach dem Wahlbetrug 2009, verdecken bzw. mundtot machen. Dies und vor allem die massiven Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Menschen im Iran, die zunehmend keinen Zugang zu lebenswichtigen Produkten haben oder sie sich nicht mehr leisten können, spricht für uns eindeutig gegen die Sanktionen. Die iranische Bevölkerung wird für die Aggressionspolitik der Führung, die sie nicht mal gewählt hat, bestraft. Wenn man sich zudem vor Augen hält, dass z.B. Siemens trotz der Sanktionen - nach dem Aufstand 2009 - massiv Technologie zur Überwachung Oppositioneller an den Iran liefern konnte, wird offensichtlich, dass auch dieses Mittel der Einflussnahme durch die sog. westliche Staatengemeinschaft, nach Interessenlage erfolgt und nicht einem fortschrittlichen Ziel dient.



Nun geht es der israelischen Regierung bei den Kriegsdrohungen gegen den Iran tatsächlich vor allem darum, die nukleare Bewaffnung des Iran zu verhindern. Sie will Israel und seine Stellung als einzige Atommacht in der Region verteidigen. Doch eine weitere kriegerische Eskalation wird für die Menschen auf allen Seiten schreckliche Folgen haben und emanzipatorische Bestrebungen in allen beteiligten Ländern nachhaltig schwächen. Damit meinen wir ausdrücklich auch die Menschen in Israel.

Wenn wir uns als emanzipatorische Linke politische Handlungsoptionen erarbeiten wollen, können wir nicht auf die Positionen von Staaten setzen, sondern werden mit den Leuten vor Ort in Kontakt treten müssen. Diejenigen, die Sanktionen oder sogar einen Krieg gegen den Iran gutheißen, müssen sich fragen lassen, wieso sie sich denn nicht für eine Stärkung der iranischen Opposition stark gemacht haben oder wenigstens jetzt damit anfangen. Die Schwächung bzw. der Sturz der iranischen Diktatur durch den Widerstand der Bevölkerung würde nicht nur der Emanzipation der Iraner_innen dienen, sondern auch weitere kriegerische Eskalationen in der gesamten Region unwahrscheinlicher machen. Gleiches gilt übriges für die Unterstützung der Aufständischen in Syrien. Wenn Assads Regime, als einer der letzten Verbündeten des Irans, gestürzt würde, wäre nicht nur die syrische Bevölkerung ihren Despoten los, sondern auch die Position der iranischen Führung in der Region wäre nachhaltig geschwächt.

Die Welt ist keine Scheibe – man kann über den Rand gucken ohne herunter zu fallen

Wer sich den vereinfachten Weltbildern und ihren Dualismen anschließt, fällt allen um Emanzipation kämpfenden Menschen in Israel, im Iran in den palästinensischen Gebieten und allen weiteren Kriegsschauplätzen in den Rücken. Es ist kaum zu ertragen, mit welcher Leichtigkeit sich Teile der Linken Ideologien der Ungleichheit zu eigen machen und staatlichen Positionen bis hin zur Kriegsbefürwortung anschließen. Es spricht nicht für eine emanzipatorische Haltung über statt mit den Menschen zu reden, die im Falle weiterer kriegerischer Eskalation die Leidtragenden sein werden. Möglichkeiten, die Verhältnisse und verschiedene Positionen von Menschen in den einzelnen Ländern besser einschätzen zu können, gibt es genügend. Übers Internet lassen sich die verschiedensten Positionen aus den einzelnen Ländern nachvollziehen. Wer will kann sich ohne all zu viel Aufwand auch abseits der bürgerlichen Medien und beidseitiger Kriegspropaganda informieren oder selbst Kontakt zu Menschen vor Ort aufnehmen. In allen hier genannten Ländern gibt es linke Gruppen, die zum Teil auch viel veröffentlichen. Auch hier in der BRD gibt es sowohl Angriffspunkte für direkte Interventionen, wie z.B. Firmen, die den Iran oder Syrien mit Herrschaftstechnologie beliefern, als auch Möglichkeiten der Kontaktaufnahme - zum Beispiel iranische und syrische Linke mit denen wir uns vernetzen könnten.

Wir kommen zum Ende, obwohl unser Text an einigen Stellen offensichtliche Mängel hat. Argumentationen könnten an einigen Stellen weiter ausgeführt werden, an anderen Stellen gibt es inhaltliche Brüche.
Doch jeder Versuch, der Komplexität der Verhältnisse in einem kurzen Text gerecht zu werden, ist zum Scheitern verurteilt. Denn genauso, wie die Eins die Summe unendlich vieler anderer Zahlen ist, ist auch die Realität die Summe (nahezu) unendlich vieler Zusammenhänge. Deshalb geht es uns nicht darum, die perfekte Kritik zu finden oder eine gegen alle Widersprüche abgesicherte Argumentation darzulegen, sondern erstmal nur darum, eben diese Komplexität aufzuzeigen und gegen die Vereinfachung zu argumentieren.
Wir hoffen, wir konnten einige Denkanstöße geben und freuen uns über Kritiken, die sich weder an einzelnen Formulierungsschwächen abarbeiten, noch uns der Einfachheit halber innerhalb einer bipolaren/kriegerischen Logik angreifen.

Wir stellen zum Schluss eine kleine Auswahl von Links zur Verfügung. Wir teilen sicher nicht alle Positionen, die in den von uns empfohlenen Lesetipps vertreten werden und sicher gibt es noch sehr viel mehr Lesenswertes. Aber um eigene Positionen zu entwickeln, die der Komplexität der Verhältnisse gerecht werden, ist es notwendig, sich wenigstens für die Positionen unterschiedlicher Akteur_innen zu interessieren.

Temporäre autonome Zelle

Jüdische Gemeinde im Iran:
http://www.iranjewish.com/English.htm

Anarchists against the wall (englisch):
http://www.awalls.org/

Die Israelischen Sozialproteste von 2011 sind so weit gefächert, dass wir keine Gruppe besonders herausstellen wollen. Deswegen hier nur der englische Wikipedia Artikel:
https://en.wikipedia.org/wiki/2011_Israeli_social_justice_protests

Sammelseite verschiedener linker Organisationen und Gruppen in Israel:
http://israeli-left-archive.org

Matzpen / Marxisti Israel:
http://www.matzpen.org/

Deutsche Übersetzung des Free Gaza Youth Manifests:
http://uprising.blogsport.de/2011/03/16/gazas-youth-manifesto-for-change/#more-49

Israelisch-Kurdisches Netzwerk (englisch und leider lange nicht aktualisiert)
http://israelkurdistannetwork.blogspot.com/

Nationalen Widerstandsrates Irans (NWRI) - Auswärtiger Ausschuss
http://www.ncr-iran.org/de/

Mission free working for freedom & equality in iran (englisch, zu vielen Themen u.a. zur Situation von Frauen, politischen Gefangenen, Flüchtlingen, LesbianBiGayTrans/LBGT)
http://missionfreeiran.org/

Politische Gefangene im Iran
http://www.iranpoliticalprisoners.org/

Local Coordination Commitees Syria (englisch):
http://www.lccsyria.org/

Den syrischen Frühling unterstützen:
https://www.adoptrevolution.org

Nachrichten und Hintergründe rund um den Nahen und Mittleren Osten -
Von Mauretanien bis Iran, von Aleppo bis Sanaa
http://www.alsharq.de/

Rechercheblog zu den Aufständen im arabischen Raum:
http://uprising.blogsport.de

Wer unendlich viel sieht, übersieht das Wesentliche

Dieser Text ist eine Antwort auf den Beitrag »Wer nur Eins sieht, übersieht unendlich viel« von »Temporäre autonome Zelle«.

Wir wollen eingangs festhalten, dass wir bisher zu diesem Themenkomplex weitaus verschrobenere Beiträge gelesen haben und halten eurem Text zugute, dass er sich durch seine Formulierungen und seinen Ton scheinbar ernsthaft um eine Diskussion bemüht. Trotzdem haben wir massive Kritik an euren Thesen und Ausführungen und uns stellenweise sehr über eure Heran- und Vorgehensweise geärgert. Im Wesentlichen lässt sich unsere Kritik an eurem Text auf einen Punkt zuspitzen: Wir halten eurer Verständnis von der Funktionsweise von Antisemitismus für fehlerhaft und darauf aufbauend eure Analyse der Situation für eine Fehleinschätzung. Ihr formuliert das Ziel, mit eurem Debattenbeitrag eine (Neu)Positionierung in Teilen der radikalen Linken hinsichtlich des Irankonfliktes erreichen zu wollen und schlagt in diesem Zuge de facto einen »dritten Weg« vor. Wir halten dies für äußerst problematisch und nur gangbar, wenn der Fokus in unsachlicher Art und Weise von der eigentlich zentralen Fragestellung entkoppelt wird.

Von einfachen Antworten und einem „differenzierten" Blick

Einfach habt ihr es euch mit euren Ausführungen wahrlich nicht gemacht und wer mag schon der Feststellung widersprechen, dass Staaten scheiße sind, »Bullen Knäste, Gerichte, Geheimdienste uvm.« zur Aufrechterhaltung einer Ordnung beitragen, die unseren Vorstellungen einer anarchistischen, befreiten Gesellschaft diametral entgegenstehen. Wer mag den theoretischen Ausführungen zu Krieg und seinen Vorzeichen widersprechen, den Ausführungen zur Fixierung heterosexistischer, patriarchaler und gewaltförmiger Zustände durch Krieg, sowie der These, dass den von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffenen Menschen Leid geschehen wird. Wir teilen viele der von euch angerissenen theoretischen Feststellungen und gruseln uns trotzdem ob des Kontextes, in dem ihr sie macht. Es geht in eurem Text nicht um den Versuch einen differenzierten Blick auf eine, ohne Frage mehr als komplexe Problemstellung zu gewinnen, sondern die Beweisführung zu erbringen, dass sich eine israelsolidarische Haltung verbietet. Unter Zuhilfenahme vieler Aspekte und langer Ausführungen gebt ihr unterschiedliche Dinge zu bedenken, die letztendlich einem Ziel dienen – der »Demaskierung« Israels.

Euer Vorgehen ist dabei gekennzeichnet von dem Versuch, euren israelsolidarischen Adressat_innen unter Vortäuschung von Sachlichkeit zu erklären, wie Israel und seine Nachbarstaaten „wirklich" sind. Israel hat mit Sicherheit gesellschaftliche Widersprüche noch und nöcher; hier leben progressive, emanzipatorische sowie reaktionäre Menschen, hier treffen Positionen aufeinander, die uns nahestehen und welche, die wir zum Kotzen finden. Doch das ist nicht der springende Punkt. Unsere israelsolidarische Haltung speist sich nicht aus der Hoffnung, endlich einen »guten« Staat gefunden zu haben, den auch wir, als antinationale, radikale Linke bejubeln, mit dem wir uns hemmungslos identifizieren können. Unsere Analyse von Antisemitismus und seiner Wirkkraft ist der Grund, warum wir derzeit für ein bedingungsloses Existenzrecht Israels eintreten. Das ist für uns mit Sicherheit keine Position, die frei von Widersprüchen, Problemen und Unwohlsein ist. Israelsolidarischen Menschen allerdings perse vorzuwerfen, sich unüberlegt in einem dualistischen Weltbild zu verorten, um sich nicht mit komplexen Fragestellungen auseinandersetzen zu müssen, klingt radikal, bleibt aber inhaltslos. Vor dem Kontext des deutschen Nationalsozialismus, einer antisemitischen Grundstimmung unter einem großen Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung und auch und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der geschichtsvergessenen Haltung eines Teils der radikalen Linken, halten wir es dennoch für notwendig, diese Position einzunehmen. Da wir darüber hinaus derzeit auch nicht von einer weltweiten, grundlegenden, emanzipatorischen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse ausgehen können, halten wir an dem Schlagwort des »Existenzrechtes« fest.

In puncto Existenzrecht mussten wir übrigens herzlich lachen, als wir euren Text lasen und an die Passage kamen, in der ihr euch bemüht herzuleiten, warum ihr keinem Staat (in eurem Kontext insbesondere Israel) ein Existenzrecht zubilligt. Herausstechend ist dabei der Punkt, an dem ihr euch des Kunstgriffes bedient, allen Menschen ein Existenzrecht zuzusprechen – eine Aussage die ebenso basal ist wie die Menschenrechtscharta. Auch an dieser Stelle trefft ihr wieder eine Aussage, die sich zwar gut liest und gefühlsmäßig vor dem Kontext libertärer Ideen auch scheinbar Sinn macht, aber hier nur dazu dient, einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der Situation Israels

aus dem Weg zu gehen. Ihr bleibt trotz eurer Feststellung »die Existenz Israels garantiert/e sowohl im historischen Kontext als auch in der aktuellen Konstellation der Staaten im nahen Osten den Schutz vieler Jüdinnen und Juden« die Antwort schuldig, wie diese durchaus richtige Feststellung denn aktuell umgesetzt werden soll, wenn dies nicht durch Israel selbst geschehen kann.

Vom Versuch, Wurzeln zu ziehen, ohne das Einmaleins zu beherrschen

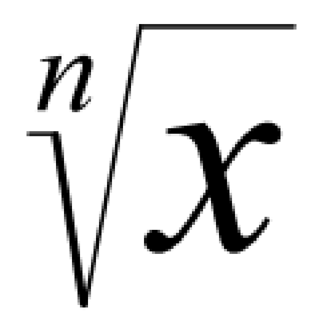
Wir wollen und werden hier nicht wieder bei A anfangen und sämtliche Details der Antisemitismusforschung, die Unterscheidung zwischen primärem und sekundärem Antisemitismus, usw. usf. wiederkäuen. Dazu ist in den letzten Jahrzehnten jede Menge geschrieben und publiziert worden, dazu gab es unzählige wissenschaftliche und szeneinterne Diskussionen und vieles davon ausführlicher und treffender als das, was wir hier schreiben könnten.

Wir sind der Ansicht, dass eine zielführende und pointierte Auseinandersetzung mit dem Thema Israel und der Konflikte im Nahen Osten nicht ohne ein halbwegs fundiertes Wissen vom Antisemitismus und seiner Wirkkraft stattfinden kann. Dabei reicht ein ungesundes Halbwissen mitnichten aus und führt stattdessen zu verkürzten Argumentationslinien. Und trotzdem sehen wir uns gezwungen, an dieser Stelle einige grundlegende Ausführungen zu machen. Im Hinblick auf antisemitische Argumentations- und Begründungsmuster lässt sich grob zwischen zwei Spielarten unterscheiden.

Dem religiös begründeten Antisemitismus und dem »modernen« Antisemitismus, der rassistisch argumentiert. Beide Spielarten verwenden im Großen und Ganzen die gleichen paranoiden Wahnvorstellungen, die eine angenommene Allmacht der Jüd_innen als zentralen Glaubenssatz enthalten. Während bei dem religiös argumentierenden Antisemitismus die zugeschriebenen negativen Eigenschaften an der Religionszugehörigkeit festgemacht werden und mit einem »Abschwören« vom Judentum diese auch hinfällig werden können, geht der »moderne« Antisemitismus von einer »jüdischen Rasse« aus. Ein Entkommen aus dieser herbei phantasierten »Rassenzugehörigkeit« gibt es nicht. Im Rahmen einer modernen kapitalistischen Vergesellschaftung verschwimmen klare Hierarchien und werden durch weitaus komplexere Strukturen ersetzt. In Unverständnis Mdieser Komplexität und auf der Suche nach jemanden, der für das Schlechte verantwortlich gemacht werden kann, werden die Jüd_innen für Antisemit_innen zur Projektionsfläche ihrer autoritären und falschen Deutung der Phänomene der Moderne.

Die Jüd_innen werden zum Entwurf der »Anti-Rasse« schlechthin, auf die das ganze Unwohlsein und Unverständnis projiziert werden kann. Dabei brauchen Antisemit_innen keine nachvollziehbaren oder gar wissenschaftlichen Begründungen für ihren Hass. Ihnen reicht das Wissen zu einer Gruppe »Eingeweihter« zu gehören, die Kraft ihres Wissens »hinter die Kulissen« schauen können. Es braucht für Antisemit_innen nicht einmal mehr reale Jüd_innen, bedeutet doch das »nicht Sehen« der Jüd_innen im Kontext eines antisemitischen Weltbildes nur, dass diese sich noch besser »versteckt« haben. Es wäre an dieser Stelle zu kurz gegriffen, ausschließlich einen derart virulenten Antisemitismus zu erwähnen. Lassen sich doch antisemitische Argumentationsmuster spielend leicht variieren und übertragen. Eine Kritik an Israel oder dem Zionismus kann genauso mit antisemitischen Argumentationslinien aufgeladen sein, oftmals auch ohne das sich die Sprecher_in darüber bewusst ist. Detlef Claussen schreibt in diesem Zusammenhang in »Grenzen der Aufklärung« von einem »Ja-Aber-Antisemitismus«.

Doch warum dieser winzige Exkurs zu den Grundlagen des Antisemitismus? Uns scheint dies notwendig zu sein, um einen der elementarsten Fehler in eurer Argumentation aufzeigen zu können. Wenn ihr in eurem Text von Antisemitismus schreibt, drängt sich uns das Gefühl auf, dass ihr dessen Funktionsweise mit der Funktionsweise von Rassismus gleichsetzt. Es mag sicherlich Überschneidungen geben, aber dennoch verweisen wir hier auf unsere vorangegangen Ausführungen. Geht es bei den meisten Rassismen in erster Linie darum, bestimmte territoriale Besitzansprüche oder Vorherrschaftsansprüche gegen als »fremd« und vor allem »minderwertig« definierte Menschen durchzusetzen, haben es die Antisemit_innen mit vermeintlich übermächtigen Gegenspieler_innen zu tun. Jüd_innen sind hier »minderwertig« und schier »übermächtig« zugleich. Durch diese herbei phantasierte Allmacht der Jüd_innen kann es für Antisemit_innen nur eine Lösung dieses Problems geben – eine vollständige Vernichtung des Gegners. Auch wenn Rassismus ebenso Tötungsphantasien enthält, geht es hier nicht um die völlige und weltweite Ausrottung. Wer im Zusammenhang mit Antisemitismus und der Situation Israels dieses Spezifikum aus den Augen lässt, läuft Gefahr, eine verharmlosende Argumentationslinie zu verwenden.



Ihr schreibt an einer Stelle, dass die iranische Führung an einer »Gleichsetzung Israels mit dem Judentum« arbeiten würde und werft darüber hinaus israelsolidarischen Menschen vor »Israel – erschreckend ähnlich wie in an-

tisemitischen Denkweisen – mit den Jüdinnen und Juden« gleichzusetzen. Diese Ausführungen sind entweder dumm oder infam. Denn zum einen versteht sich der israelische Staat selbst als »Heimstätte« von Jüd_innen und zum anderen macht diese scheinbar feinsinnige Unterscheidung vor dem Hintergrund eines antisemitischen Weltbildes keinen Sinn. Israel, mit seiner überwiegend jüdischen Bevölkerung, dient in einem antisemitischen Weltbild als Projektionsfläche für die ganze Bandbreite an antisemitischen Ressentiments und Stereotypen. Wenn nicht das religiöse Judentum im Mittelpunkt der Projektion steht, dann der Zionismus, der mit den gleichen Attributen assoziiert wird. »Moderner«, europäisch geprägter Antisemitismus, wie ihn u.a. auch Ahmadinedschad verwendet, braucht diese Religionszugehörigkeit nicht, um sich seines Feindes zu versichern.

Ein weiteres Spezifikum des Antisemitismus ist die Wandelbarkeit und Übertragbarkeit der Klischees und Stereotype, die im Kern dennoch immer die gleiche Konstitution und Argumentationsstruktur aufweisen. Seit der Staatsgründung Israels sind unterschiedliche Staaten und Gruppierungen mit dem Ziel angetreten, Israel oder wahlweise »die Juden« von der Landkarte zu tilgen, sie »ins Mittelmeer zu treiben«. Die Begriffe sind dabei variabel und können beliebig ausgetauscht werden, ohne ihren eigentlichen Sinn, ihr eigentliches Ziel zu verlieren.

Noch ärgerlicher finden wir eure Ausführungen zu der angeblich einheitlichen Konstruktion der »Feinde Israels [...] als Vertreter_innen eines eliminatorischen Antisemitismus«. Dazu verquickt ihr auf der einen Seite die Feststellung, dass nicht allen, »die Widerstand gegen israelische Kriegspolitik leisten«, Antisemitismus vorgeworfen werden kann, mit den kurz darauf folgenden wilden Thesen zur Genese des Antisemitismus Ahmadinedschads. Zum einen ist eine solche Aneinanderreihung von Feststellungen und Thesen verharmlosend und gefährlich und zum anderen ist es völlig schnuppe ob Ahmadinedschad »pathologischer Antisemit« oder lediglich »politisch versierter Antisemit« ist, der damit politisch rationale Motive verfolgt. Das Ergebnis ist schlussendlich genau dasselbe.

Eure »differenzierten« Ausführungen zur antisemitischen Lage im Iran gehen im Folgenden ähnlich aufschlussreich weiter. So erfahren wir von euch, dass es im Iran zwischen 25.000 - 30.000 Jüd_innen gibt, dass diese sogar als »Religion des Buches« anerkannt sind, obendrein sogar unter Schutz stehen und elf Synagogen in Benutzung sind. Wir erfahren derweilen nicht, dass im Iran sämtliche religiösen Minderheiten gesellschaftlich massiv unterdrückt werden und die Anerkennung der Jüd_innen durch Chamene'i als Schachzug auf massiven internationalen Druck gewertet werden kann. Um uns dann wirklich letztendlich davon zu überzeugen, dass im Iran alles halb so wild ist, verweist ihr darauf, dass auf die Holocaustleugnung Ahmadinedschad die Feststellung Chamene'is folgte, der Holocaust sei grausames Unrecht gewesen, welches die »Europäer« den Jüd_innen angetan haben. Und wieder erfahren wir nur die Hälfte. Wir erfahren von euch nicht, dass Chamene'i in seinen sonstigen Aussagen zwischen den Forderungen nach einer »Eliminierung«, »Zerschlagung und Vernichtung« oder wahlweise - recht demokratisch - nach der »Auflösung Israels durch eine Volksabstimmung« schwankt. Und um nochmal auf unsere Ausführungen zum Antisemitismus zurück zu kommen, es ist irrelevant ob Chamene'i durch eine Fatwa das Judentum als eine »Religion des Buches« anerkennt. Der politische, „moderne" Antisemitismus wird dadurch nicht in seiner Wirkmächtigkeit gehemmt und verliert auch nicht sein wie auch immer benanntes Ziel aus den Augen. Ihr macht diese Äußerungen im Zusammenhang mit eurem Versuch darzulegen, dass der Iran eine vielschichtige Gesellschaft ist. Auch wenn wir euch keine Bösartigkeit unterstellen möchten, erscheint uns eine solche Aneinanderreihung von Aussagen und Thesen extrem unsachlich und ziemlich gewollt.

Hinsichtlich einer von euch verwendeten Begrifflichkeit sind wir uns unsicher, wie ihr diese genau fasst. Es handelt sich hierbei um den Begriff des »eliminatorischen Antisemitismus«. Dieser wurde von Daniel Goldhagen zur Beschreibung einer spezifisch deutschen Haltung während des Nationalsozialismus verwendet. Wir würden euch Recht geben, dass die Entkontextualisierung dieser Begrifflichkeit und Neu-Anwendung auf den Iran mehr als problematisch ist und nahezu zwangsweise zu einer Verkürzung führt. Allerdings sind wir uns nicht sicher, ob ihr mit dem Aufgreifen dieser Begrifflichkeit einen bestimmten Text oder eine bestimmte Äußerung irgendwelcher Gruppen oder Einzelpersonen kritisiert oder ob ihr die Begrifflichkeit selbst gewählt habt, um die von israelsolidarischen Menschen geäußerte Befürchtung hinsichtlich der Bedrohung Israels durch den Iran zu fassen. Falls ihr mit diesem Aufgreifen der Begrifflichkeit Kritik an einem bestimmten Text oder einer bestimmten Äußerung übt, hätten wir uns doch sehr gewünscht dies kenntlich zu machen, um nachvollziehen zu können, auf was ihr euch da genau bezieht. Falls ihr den Begriff selbst gewählt habt, würden wir euch Recht geben, dass dies unangebracht und irritierend ist, ohne dabei jedoch euren Ausführungen zu folgen, die eine Bedrohung Israels durch antisemitische Ressentiments im Iran bagatellisieren.

Auch wenn wir der Verwendung des Begriffs »eliminatorischer Antisemitismus« in diesem Kontext eine Absage erteilen würden, erscheint es uns doch nur schwerlich von der Hand zu weisen zu sein, mit welchen Vernichtungsphantasien die iranische Regierung hantiert und dies auch in den letzten Jahren immer und immer wiederholt. Wir wollen zu diesem Teil abschließend feststellen, dass wir eure Ausführungen zu Antisemitismus und der Bedrohung Israels durch den Iran inhaltlich als ziemlich schwach bewerten. Das Hauptproblem an eurem Text ist euer fehlender Begriff von Antisemitismus, dessen Wirkmächtigkeit und seiner inkludierten Zielsetzung – einer Vernichtung. Nur dadurch wird es euch möglich, diesen Konflikt als einen ganz »normalen« Konflikt erscheinen zu lassen und dessen Spezifika aus dem Fokus zu nehmen.

Wo war doch gleich die Wurzeltaste?

Nun geht es in eurem Text primär um den Versuch, eine Position zu einem eventuell drohenden Krieg zu finden. Eine Positionierung, die wir mal als den »dritten Weg« zwischen Bahamas und den Spinnern von »RSH« wahrnehmen würden. Dieser Wunsch ist für uns recht gut nachvollziehbar, bringt doch das andauernde Produzieren von pseudoradikalen Plattitüden nichts weiter als Selbstvergewisserung. Allerdings glauben wir nicht, dass ihr dies mit eurem Text wirklich erreichen könnt. Auch wenn der Text den Anschein erweckt, sich dem Gegenstand differenziert zu nähern, was sich vor allem in eurer Argumentationsstruktur niederschlägt. Auf jede Feststellung und jede These folgt ein inhaltliches »Aber«. Es wirkt teilweise schon fast so, als ob ihr eure pseudo-reflektierten Feststellungen als rhetorisches Mittel einsetzt, um eurer Argumentation mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Wir sind der Ansicht, dass dieses »Aber« nicht dazu führt, den Konflikt in seiner ganzen Komplexität wahrzunehmen, sondern entscheidende Punkte verschleiert. Wir sind uns im Klaren darüber, welche Problematiken eine militärische Aktion mit sich bringt, welches Leid sie auslöst. Uns ist bewusst, dass es sich bei »dem Iran« nicht um eine abstrakt böse Einheit handelt, sondern ebenfalls um ein Land mit Widersprüchen und divergierenden Einstellungen. Aus dem Irak-Iran-Krieg lässt sich vermutlich recht gut ableiten, dass Krieg eher die herrschenden Positionen und Systeme verfestigt, anstatt sie zu stürzen. Dergleichen haben wir auch nie in Frage gestellt. Eine israelsolidarische Position einzunehmen ist mitnichten, wie von euch suggeriert, die Übernahme »vereinfachter Weltbilder und ihrer Dualismen«. Wir nehmen diese Position ein, weil wir von den Funktionsweisen antisemitischer Ressentiments wissen.

Eure Positionierung finden wir hingegen äußerst problematisch, da sie unseres Erachtens dazu führt, sich in einen linksradikalen Elfenbeinturm zurückzuziehen und die Hoffnung auf eine irgendwie aufzubauende radikale Linke im Iran einem Aufschieben und Aussitzen von unangenehmen Positionierungen, gleichkommt. Wir haben nichts gegen eine Vernetzung mit progressiven, emanzipatorischen Menschen in der Region einzuwenden. Ganz im Gegenteil halten wir sie für sinnvoll. Wir können allerdings eure Hoffnung aktuell nicht teilen, dass sich durch diese Vernetzung kurzfristig ein Umbruch herbeiführen ließe, der eine Lösung der Problematik auf langfristige Sicht bedeuten würde. Auch Gespräche mit iranischen Genoss_innen lassen uns nicht zu dem Schluss kommen, dass sich eine linke oder linksradikale Opposition im Iran derzeit in einer handlungsfähigen Verfassung befindet. Das ist scheiße, aber bittere Realität. Ihr habt sicherlich Recht, wenn ihr fordert, lang fristig darauf hinzuarbeiten, progressive Menschen im Iran zu unterstützen und so vielleicht die Chance zu haben, eigene linke Akzente zu setzen. Eine israelsolidarische Haltung schafft keine eigene anarchistische Perspektive, sondern ist in der derzeitigen Situation eine Notwendigkeit, um einem antisemitischen Vernichtungswillen entgegen zu treten, auch wenn einen das in Konflikte mit eigenen Positionen bringen mag. Wir möchten hier gar nicht den Eindruck erwecken, dass unsere israelsolidarische Positionierung frei von Widersprüchen oder einfach ist, sie uns gar davon entbindet, uns mit unseren eigenen politischen Zerrissenheiten in diesem Konflikt auseinanderzusetzen. Solidarität gilt denen von Antisemitismus bedrohten und betroffenen Menschen, egal ob uns als deutsche Linke ihre politischen Positionen gefallen oder nicht. Dasselbe gilt für einen jüdischen Staat als beste aller schlechten Möglichkeiten, im Hier und Jetzt eine Zerschlagung der israelisch/jüdischen Gesellschaft im Nahen Osten zu verhindern.

Was wir in eurem Text außerdem kritisch finden, ist eure Hoffnung auf »emanzipatorische« Menschen und Gruppierungen, bei denen uns in der Regel gar nicht klar ist, um wen es sich dabei überhaupt handelt. Sind es die Protestierenden in Israel, die gegen Gentrifizierung und Verelendung auf die Straße gehen? Sind es die Student_innen im Iran,

die viel riskieren, um gegen Wahlfälschung und Repression zu demonstrieren? Was sind denn deren Inhalte, wo wollen sie hin und was für eine Vorstellung von »Emanzipation« haben sie? Nur um mal das Beispiel mit den Protestierenden im Iran aufzugreifen. Ein Großteil dieser Menschen war Anhänger_in von Mussawi, einem moderaten Anhänger der islamischen Republik und ehemaligen Premierminister. Besser als Ahmadinedschad, ja - aber gut?
Uns erscheint es nicht sehr sinnvoll in bester retrospektiver Manier eine recht wahllose Solidarität mit um Befreiung kämpfenden Menschen einzufordern, ohne sich dabei über deren Ziele und Inhalte Gedanken zu machen. Wir freuen uns, wenn die Ägypter_innen es schaffen, ihren Diktator loszuwerden und die Chance auf einen gesellschaftlichen Aufbruch haben, aber haben Bauschmerzen, wenn wir die Wahlergebnisse der Muslimbrüder sehen. Wir freuen uns, wenn Gaddafi nicht mehr an der Macht ist, aber haben Bauchschmerzen, wenn wir sehen, dass die Kämpfer_innen der Opposition mit der Fahne des lybischen Königreiches hantieren. Wir glauben, dass der von euch verwendete Dualismus zwischen den um »Befreiung kämpfenden Menschen« auf der einen Seite und den unkritischen Israelfreund_innen auf der anderen Seite dazu geeignet ist, mehr zu verwischen und zu verschleiern, als klar zu machen. Nicht jede Form von Umsturz führt zwangsweise zu einer progressiveren Gesellschaft oder löst bestehende Probleme. Es ist mit Sicherheit nicht sinnvoll auf romantisierte Vorstellungen zurückzugreifen, um sich auch endlich als Teil einer »Revolte« fühlen zu können. Darüber hinaus finden wir es falsch, die Sicherheit Israels vom Können und Wollen einer ominösen sozialen Bewegung in Syrien/ Iran etc. abhängig zu machen.

Eine linksradikale Position zu diesem Konflikt zu finden, die sich abseits von Plattitüden bewegt, finden wir äußerst wichtig. Dabei steht für uns die spezifische Rolle Israels im Mittelpunkt, deren Besonderheit wir versucht haben mit einem Rückgriff auf die Funktionsmechanismen von Antisemitismus deutlich zu machen. Wir haben versucht zu unterstreichen, dass wir uns durchaus im Klaren darüber sind, welche Auswirkungen eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung haben kann. Diese Realität von Krieg widerspricht aber nicht der Notwendigkeit einer israelsolidarischen Politik. Für uns konkret bedeutet das, in Diskussionen und im Hinblick auf einen öffentlichen Diskurs aufzuzeigen, warum wir der Ansicht sind, dass Israel aufgrund des weltweiten Antisemitismus derzeit eine wichtige Funktion zum Schutz von Menschen bietet.

Glück und Freiheit

alerta hannover

Wer sieht was?

Debattenbeitrag zu „Wer nur eins sieht, übersieht unendlich viel" bzw. „Wer unendlich viel sieht, übersieht das Wesentliche"

Wir hatten die Debatte vor einigen Wochen mit einem Text eröffnet, weil wir vor dem Hintergrund einer immer wahrscheinlicher werdenden Eskalation des Konfliktes zwischen Israel, den USA, der EU und dem Iran eine Zuspitzung innerlinker Zerwürfnisse als Folge eines Bedürfnisses nach einfachen Antworten befürchteten. Wir hofften einen kleinen Beitrag zur Findung differenzierter Positionen leisten zu können.
Es gab eine schriftliche Reaktion auf unseren Text, von der hannoverschen Gruppe Alerta.
Zunächst finden wir es erfreulich, dass tatsächlich eine halbwegs solidarische Kritik an unseren Positionen formuliert wurde und anscheinend Interesse an einer Debatte besteht.
Umso bedauerlicher ist es, dass der Text unsere Sorge bestätigt. Neben sinnvoller Kritik wird oft nicht auf das eingegangen, was wir geschrieben haben und Vorwürfe gegen uns in Stellung gebracht, die wenig mit unserem Text zu tun haben. Zudem werden wir in sehr überheblichem Tonfall als dumm, infam und ignorant beleidigt. Wir versuchen eine Antwort, die auf entsprechende Retourkutschen verzichtet. Neben konkreter Textkritik bemühen wir uns auch um eine darüber hinausweisende Klarstellung unserer Positionen. Dass wir weiterhin Interesse an reger Diskussion haben, dürfte klar sein. Schließlich haben wir sie uns ja eingebrockt.
Alle folgenden, kursiv gesetzten Zitate in Anführungszeichen sind aus dem Antworttext der Genoss_innen von Alerta, soweit sie nicht anders gekennzeichnet sind.

Zur Funktionsweise des Antisemitismus
Uns wird vorgeworfen, wir würden die *„Funktionsweise von Antisemitismus"* nicht verstehen und deshalb zu einer *„Fehleinschätzung"* der Situation kommen. Wesentlich erschreckender als dieser Vorwurf, ist allerdings der umgekehrt gezogene Schluss, dass das richtige Verständnis der *„Funktionsweise von Antisemitismus"* zu einer Kriegsbefürwortung führen müsse.
Doch bleiben wir zunächst bei der Kritik des Antisemitismus. Nichts von dem, was uns in dem *„Exkurs zu den Grundlagen des Antisemitismus"* erklärt wird, haben wir in unserem ersten Papier bestritten oder würden wir in Frage stellen. Das ist wohl auch der Grund, weshalb sich hier nicht auf Stellen in unserem Text bezogen wird. Stattdessen wird im Anschluss an den Exkurs bezuglos behauptet, es hätte sich *„das Gefühl"* aufgedrängt, wir hätten Antisemitis-

mus mit Rassismus gleichgesetzt. Dabei hatten wir mehrfach darauf hingewiesen, dass wir Unterschiede zu Rassismus für wesentlich halten. So haben wir in Bezug auf Zuspitzungen von vorhandenen Strukturen der Ungleichheit und Diskriminierung im Zuge der Militarisierung einer Gesellschaft festgehalten, dass es nicht darum gehen kann, Unterschiede zu verwischen. Auch haben wir z.B. bezüglich der Occupy-Bewegung auf die Anknüpfungsfähigkeit vieler ihrer Positionierungen zum Antisemitismus hingewiesen. Diese entsteht in diesem Punkt dadurch, dass Antisemit_innen im Gegensatz zu Rassist_innen *„vermeintlich übermächtige Gegenspieler_innen"* konstruieren. Der Vorwurf, wir würden unzulässige Gleichsetzungen betreiben, führt in dieser Form einerseits dazu, dass die Unterschiede innerhalb antisemitischer Konstruktionen verwischt und andererseits dazu, dass andere Formen der Ungleichheit und Diskriminierung verharmlost werden.

Wenn Alerta schreibt *„Eine Kritik an Israel und dem Zionismus kann genauso gut mit antisemitischen Argumentationslinien aufgeladen sein, oftmals auch ohne das sich die Sprecher_in darüber bewusst ist."*, ist das inhaltlich zweifellos richtig. Allerdings halten wir einen Aspekt für entscheidend, um daraus Schlüsse ziehen zu können: es kann so sein, muss es aber nicht. Also muss es im Zweifelsfall daraufhin überprüft werden. In unserem Text benennen wir ausdrücklich unsere Furcht vor bestimmten Positionen der Friedensbewegung und von Teilen der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken und sprechen uns genau deshalb explizit gegen eine einseitige Kritik an Israel und Aktionen gegen israelische Symbole aus.
Doch gleichzeitig geben wir mit dem Ausschnitt des Manifests des Gaza Youth Movements ein praktisches Beispiel dafür, dass nicht jede Kritik an israelischer Politik antisemitisch aufgeladen sein muss. Dazu schweigt Alerta lieber.

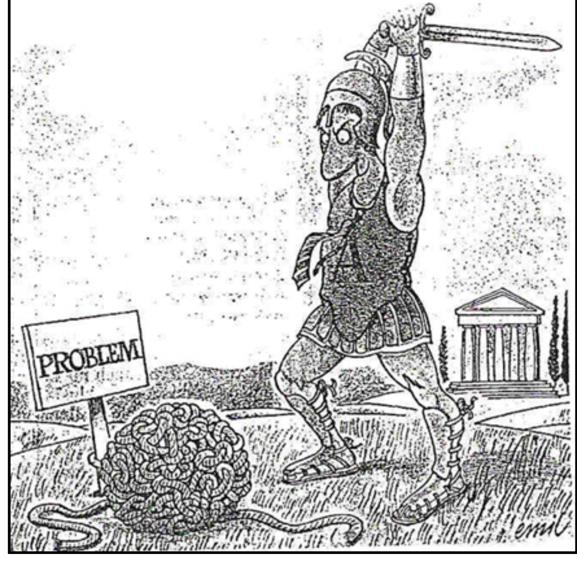
Zudem gibt es unterschiedliche Arten des Antisemitismus und eben nicht, wie behauptet wird, nur eine, deren Erscheinungs- und Ausdrucksformen auf eine *„völlige und weltweite Ausrottung"* von Juden und Jüdinnen abzielt. Mit eliminatorischen Antisemitismus meinen wir, in Abgrenzung zu anderen Formen, eine, die sich eine Vernichtung der Jüd_innen wünscht und/oder versucht sie umzusetzen.
Spätestens wenn Sprecher_innen sich ihrer antisemitischen Argumentationslinien nicht bewusst sind, ist offensichtlich, dass sie nicht von Vernichtungswünschen besessen sind. Deshalb ist es weder *„verharmlosend"* noch *„scheinbar feinsinnig"* und erst recht nicht *„dumm und infam"*, sondern notwendig, Unterschiede zu analysieren. Denn bekämpft werden müssen alle Formen des Antisemitismus, aber eben auf unterschiedliche Art und Weise. Die Ausführung darüber, dass die *„Unterscheidung [von Jüd_innen und Israel] vor dem Hintergrund eines antisemitischen Weltbildes keinen Sinn"* macht, teilen wir nicht. Denn vor dem Hintergrund der Suche nach effektiven Mitteln im Kampf gegen Antisemitismus macht sie sehr viel Sinn. Eine Kritik am Antisemitismus und die adäquaten Mittel gegen seine jeweiligen Ausprägungen lassen sich nur finden, wenn Unterschiede erkannt werden. Deshalb ist es rückschrittlich, Kritik am Antisemitismus so zu formulieren, dass einerseits wesentliche Unterschiede innerhalb antisemitischer Weltbilder verwischt werden und andererseits eine Abgrenzung zu anderen Formen der Ungleichheit und Verfolgung über eine Verharmlosung dieser geschieht.
Dies gilt auch für die Einordnung des Antisemitismus im Iran. Der iranischen Führung nutzen antisemitische Projektionen u.a. in Form der Konstruktion einer zionistischen Verschwörung zum Machterhalt. *„Das Ergebnis ist schlussendlich"* ganz und gar nicht *„genau das selbe"* wie wenn sie ausschließlich einen eliminatorischen Antisemitismus verfolgen würde. Denn dann wäre die Folge (zunächst) die Ermordung der Jüd_innen im eigenen Land. „Harmlos" ist der Antisemitismus der iranischen Führung und von Teilen der Bevölkerung trotzdem überhaupt nicht.
Die Beschwerde über unsere Aneinanderreihung von Absätzen zu Gaza Youth und der Situation im Iran ist berechtigt. Da wäre eine klarere Abgrenzung sinnvoll gewesen.
Außerdem: Wenn Alerta zur Abgrenzung schreibt, Rassismus habe keine Ausrottung zum Ziel, verklärt dies, dass eben auch Rassismus unterschiedliche Erscheinungsformen hat und einige davon durchaus das Ziel der Vernichtung „einer anderen Rasse" haben. Der Genozid an den Herero und Nama in den deutschen Kolonien, ist ein Beispiel dafür.

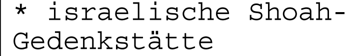
Zur Solidarität mit Israel

Den Vorwurf, wir blieben *„die Antwort schuldig"*, wie der Schutz vieler Juden und Jüdinnen zu garantieren sei, wenn *„nicht durch Israel selbst"*, wundert uns. Denn wir haben an mehreren

Stellen explizit geschrieben, dass wir uns niemals anmaßen werden, zu verurteilen, dass jüdische Menschen zu ihrem Schutz den Staat Israel verteidigen. Wir sind ganz sicher nicht dafür, dass die Existenz Israels von einer äußeren Gewalt beendet wird. Der Staat Israel existiert und er wird sich weiterhin selbst verteidigen.
Alerta nennt Detlev Claussen als Bezug, zitiert ihn aber nicht und führt nicht aus weshalb seine Position, als Vertreter der kritische Theorie, ihrer Meinung die Diskussion voranbringen würde.
Wir wollen trotzdem darauf und auf einige weitere Vorwürfe mit einem längeren Zitat des israelischen Soziologen Mosheh Tsukerman antworten.

„Israel war von Anbeginn mein Land; d.h. das Land, in dem ich geboren wurde und in das ich zurückgekehrt bin. Aber es ist gerade darin auch das Land der großen Desillusion meines Lebens geworden und kann, so besehen, schon deshalb nicht mehr „mein Land" in einem wie immer gearteten affirmativen Sinne werden. […] Und politisch? Ja, politisch bin ich in der Tat heimatlos, aber nicht nur in Israel und in Deutschland, sondern in der Welt. Die Welt, in der ich zu Hause, im wahren Sinne beheimatet wäre, ist ja noch nirgends historisch geworden. [..] [Auch lässt sich] Adornos Sicht der Shoah als ein menschheitsgeschichtliches Katastrophenereignis schlicht nicht auf die Ebene nationaler Staatsbildung reduzieren. Das zivilisationskritische Paradigma Adornos redet da eine diametral entgegengesetzte Sprache. [..]
Es ist schon schlimm genug, sich anhören zu müssen, wie sich intellektuelles Mittelmaß anmaßt, Adorno modifizieren zu wollen. Dass diese Wohlmeinenden darüber hinaus noch nicht begriffen haben, dass die Kategorien, mit denen sie operieren, gerade die nächste Kollektivkatastrophe der Juden zeitigen könnten, wenn sie auf längere Sicht zur Grundlage der realen Politik Israels werden würden, grenzt schon an himmelschreiende Verantwortungslosigkeit.
Denn nicht nur ist Israel heute der für die Existenz des Juden als Individuum bedrohlichste Ort der Welt; nicht nur hat selbst der Vorsitzende von Yad Vashem in Abrede gestellt, dass der Zionismus die einzige Antwort auf die Shoah, mithin auf den Antisemitismus sei; nicht nur würden sich die allermeisten Israelis dagegen wehren, ihren Staat als den „Staat der Shoahüberlebenden" apostrophiert zu sehen (und sie wissen sehr gut, warum - Lorbeeren hat sich dieser Staat im Umgang mit den Überlebenden wahrlich nicht verdient); sondern man muss schon blind sein, um nicht zu begreifen, dass die einzige Chance Israels, in dieser Region längerfristig zu überleben, der Frieden sein kann. Für diesen Frieden muss Israel zwar zur Selbstverteidigung fähig sein (und es ist es auch - da brauchen sich die deutschen Solidarisierer keine inadäquaten Sorgen zu machen). Aber es muss vor allem eine gänzlich andere Nahostpolitik führen. [...]*
Den Nachfahren der Opfer wird von den Nachfahren der Täter auferlegt, das aufzuheben, was die Täter-Ahnen an den Juden verbrochen haben, und zwar weit entfernt von Deutschland, eben im Nahen Osten. Es kümmert sie dabei einen Dreck, ob Israel mit seinem „knallharten sicherheitspolitischen Kurs" nicht nur die Palästinenser, sondern auch sich selbst zu Grunde richtet; ob die Israel von ihnen zugeschriebene Bollwerkfunktion dereinst Israels Untergang zeitigen könnte, wenn Israel in dieser seiner Funktion in alle Ewigkeit Fremdkörper in der Region und Hassobjekt seiner Nachbarn bleiben sollte.[...]
Die große Frage ist doch, bedroht der Iran Israel existenziell, kann er der Existenz Israels wirklich gefährlich werden? Meine Antwort ist: Nein. Wenn wir dieser Frage nachgehen, ist klar, dass der Iran Israel nur nuklear und nicht konventionell bedrohen könnte, und für dieses Szenario muss man einfach in Rechnung stellen, dass Israel, wie außerhalb Israels berichtet wird, ein hochgradig nuklear bewaffnetes Land ist. Es gibt heutzutage kein Land im Nahen Osten, das Israel bedrohen könnte, ohne seinen eignen Untergang damit festgeschrieben zu haben. Würde der Iran mit der existenziellen Bedrohung Israels ernst machen, würde er sich auch selbst existenziell bedrohen. Zur Zeit des Kalten Krieges hieß das „Gleichgewicht der Abschreckung" - und das gilt auch für den Nahen Osten, den Israel im äußersten Extremfalle eines Angriffs auf seine Existenz komplett in Schutt und Asche legen könnte. Insofern stellt der Iran ein Gefahrenpotential dar, aber es ist als solches nur dann bedrohlich, wenn man auf die Rhetorik des iranischen Staatspräsidenten fixiert bleibt. Eine existentielle Bedrohung stellt der Iran nicht dar."




* israelische Shoah-Gedenkstätte

Zu Solidarität und weltweiter, grundlegender, emanzipatorischer Umwälzung

Wenn Alerta erklärt, ihre Solidarität gelte *„denen von Antisemitismus bedrohten und betroffenen Menschen, egal ob uns als deutsche Linke ihre Positionen gefallen oder nicht"* und uns gleichzeitig vorwirft *„eine recht wahllose Solidarität mit um Befreiung kämpfenden Menschen"* zu fordern, ohne dass wir uns dabei *„über deren Ziele und Inhalte Gedanken"* machen würden, finden wir das absurd.
Die Erkenntnis, dass wir als radikale Linke dagegen sein sollten, dass irgendwer, unabhängig davon ob uns seine_ihre politischen Positionen gefallen, von Antisemitismus bedroht ist, ist genauso banal, wie die Erkenntnis, dass jeder Mensch ein „Existenzrecht" hat. Dies ist allerdings eine Feststellung, die Alerta zum Lachen findet. Antiautoritären Linken sollte klar sein, dass wir uns gegen alle Formen der Diskriminierung und Verfolgung von Menschen wenden.
So sind wir z.B. auch unabhängig davon, ob Menschen im Iran unsere Ziele teilen oder *„Anhänger_innen von Mussawi, einem moderaten Anhänger der islamischen Republik"* sind, dagegen, dass sie in einer klerikal-faschistischen Diktatur leben müssen. Ebenso aber auch, dass sie bombardiert werden.

Für die Frage, inwieweit wir mit wem aktiv solidarisch sind, spielen politische Positionen allerdings sehr wohl eine Rolle. Wir fordern keine *„wahllose Solidarität"* ein, sondern rufen dazu auf, sich mit den *„Zielen und Inhalten"* verschiedenster Akteure, in verschiedensten Kämpfen auseinander zu setzen. Wenn wir schreiben, dass wir die Positionen in den von uns empfohlenen Lesetipps nicht alle teilen, meinen wir das durchaus ernst. Wenn wir z.B. das Gaza Youth Movement zitieren, dann nicht weil wir *„wahllose Solidarität"* mit ihnen einfordern wollen, sondern weil wir denken, dass ihre Positionen wahrgenommen und durchaus auch kritisiert werden sollten. Unsere Solidarität beinhaltet immer die Kritik und ist nicht *„wahllos"*, gerade deshalb aber auch niemals *„bedingungslos"*. Eine Voraussetzung für kritische Solidarität ist es, herauszufinden, wer welche Positionen vertritt.
Dagegen erkennt Alerta zwar, dass es z.B. innerhalb Israels *„emanzipatorische und reaktionäre"* Positionen gibt, behauptet dann aber, dies sei *„nicht der springende Punkt"*. Was das konkret heißt, wird wohlweislich nicht ausgeführt. Die *„Sicherheit Israels"* ist *„vom Können und Wollen einer ominösen sozialen Bewegung in Syrien/Iran etc."* genauso wenig abhängig, wie von den Positionierungen der deutschen Linken. Einen Austausch oder sogar eine *„Vernetzung mit progressiven, emanzipatorischen Menschen in der Region"*, wird es aber wohl kaum geben, wenn ihre Kämpfe und Positionen für unwesentlich erklärt werden. Wie soll man sich z.B. mit der israelischen Linken vernetzen, wenn das Eintreten gegen einen Krieg gegen den Iran als Unverständnis der *„Funktionsweise des Antisemitismus"* gedeutet wird und ihre Kritiken am eigenen Staat *„nicht der springende Punkt"* sind?

Alerta redet davon, dass wir in einem *„linksradikalen Elfenbeinturm"* säßen, bekommt aber *„Bauchschmerzen"* wenn sie die *„Wahlergebnisse der Moslembrüder"* in Ägypten sieht.
Während Alerta sich um den eigenen Bauch sorgt, kämpfen in Ägypten tausende Menschen gegen die entstehende Militärdiktatur, das Wiedererstarken der alten Machteliten und religiösen Fundamentalismus. Hunderte sind in diesen Kämpfen eingeknastet, gefoltert und ermordet worden. Das Regime Mubarak wurde gestürzt, übrigens auch mit Hilfe von Teilen der Muslimbruderschaft. Die Auseinandersetzungen darüber, was folgt, werden weiter ausgetragen. Um bei dem Beispiel zu bleiben: dies gilt auch innerhalb der sehr unterschiedlichen Fraktionen der Muslimbruderschaft. Während Teile eine Zusammenarbeit mit dem Militärrat praktizieren und sich eine Stabilisierung des Staatsapparates wünschen, riefen z.B. die Vereinigungen der Frauen und die der Jugendlichen innerhalb der Muslimbruderschaft in jüngster Vergangenheit zur Beteiligung an Demonstrationen gegen den Militärrat auf.

Gesellschaftliche Veränderungen sind oftmals kleinschrittig und fast nie frei von Widersprüchen. Diejenigen, die für umfassende, emanzipatorische Veränderungen kämpfen, sind damit konfrontiert, dass es eben nicht so ist, dass eines schönen Tages eine *„weltweite, grundlegende, emanzipatorische Umwälzung"* alles hinwegfegt, sondern sie immer weiter kämpfen müssen. In Ägypten unter anderem gegen das Erstarken des Islamismus. Selbst der größte Sieg - und der Sturz einer 40-Jährigen Diktatur ist ein großer Sieg - schafft immer nur die Ausgangslage für die nächsten Kämpfe. Uns sind keine gesellschaftlichen Umwälzungen bekannt, die zu *„guten"* und nicht nur zu *„besseren"* Lebensbedingungen geführt haben. Verschiedenste Kämpfe mit all ihren Problemen, Rückschritten und Fehlern werden im hier und jetzt ausgetragen. Sie mit *„Bauchschmerzen"* in paternalistischer Art und Weise zu begutachten oder ihre Legitimität auf die *„romantisierte Vorstellung"* einer weltweiten Revolution zu verschieben,

wird *„eine Vernetzung mit progressiven, emanzipatorischen Menschen in der Region"* sicher nicht voranbringen. Denn eine derart überhebliche Sichtweise gelingt nur aus der Sicherheit derer, die viel zu verlieren haben, wenn die Verhältnisse sich ändern. Wir haben einen anderen Begriff von gesellschaftlichen Prozessen und von politischen Kämpfen. Uns geht es nicht darum uns *„endlich als Teil einer Revolte fühlen zu können"*, sondern darum die Menschen und ihre Kämpfe ernst zu nehmen und zu versuchen uns ins Verhältnis zu ihnen zu setzen.

Zu Dualismen und Krieg

Bereits in dem ersten Absatz des Textes wird uns vorgeworfen, dass wir einen *„dritten Weg"* im *„Irankonflikt"* zur Debatte stellen würden. An späterer Stelle wird dieser als *„dritter Weg zwischen Bahamas und den Spinnern von RSH"* benannt. Es wird uns vorgehalten, dies sei *„äußerst problematisch"*, da die *„eigentlich zentrale Fragestellung"* dabei unter den Tisch falle. Wir verstehen diesen Vorwurf und seinen Zusammenhang nicht. Weder die Bahamas, die jeden Krieg „des Westens" bejubelt und keine Gelegenheit auslässt, sich von linker Theorie und Praxis abzugrenzen, noch die Rote Szene Hamburg, die gewalttätig gegen vermeintliche und tatsächliche Antideutsche kämpft, halten wir in irgendeiner Weise für einen Bezugspunkt. Uns kommt es sehr seltsam vor, dass unser Debattenbeitrag zwischen zwei deutschen Gruppierungen verortet wird. Denn wir hatten vorgeschlagen, sich mit den verschiedenen, zum Teil divergierenden Positionen der Menschen und Gruppierungen in den einzelnen Ländern (u.a. Iran und Israel) auseinander zu setzen. Dies deutet Alerta jedoch als Versuch *„unter Vortäuschung von Sachlichkeit, zu erklären wie Israel und seine Nach-barn wirklich sind."* Dabei erklären wir niemanden, wie irgendwer ist, sondern weisen darauf hin, dass es möglich ist, sich selbst ein Bild zu machen. Wir sehen dagegen keinen Grund, einen *„dritten Weg"* zwischen zwei reaktionären deutschen Positionen zu suchen.

Wenn wir uns gegen einseitige Kritik an Israel wenden und trotzdem nicht von einem *„bedingungslosen Existenzrecht"* für irgendeinen Staat reden wollen, dann deutet Alerta dies als Versuch der *„Demaskierung Israels"*.

Derartige Argumentationslinien, der von Alerta benutzte Solidaritätsbegriff, die Formulierungen *„das Wesentliche"* und *„eigentlich zentrale Fragestellung"* sowie die Kritik an der Suche nach differenzierter Auseinandersetzung (*„dritter Weg"*) sind Ausdruck einer dualistisch zugespitzte Weltsicht.

Aktuelle Bilder folgen noch.

Sie reproduziert genau das, was wir in unserem Text folgender Maßen beschrieben haben:

„Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig, andere Standpunkte, Problem und Lösungsansätze auszublenden. […] Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg! Dies gelingt durch die Herstellung vermeintlicher Dualismen. Es gibt nur (noch) richtig und falsch [...]" Eine kriegerische Sprache ist die Folge kriegerischen, dualistischen Denkens. Diese zieht sich durch den gesamten Alerta-Text.

So wird unseren *„theoretischen Feststellungen"* zur Unvereinbarkeit von Staat und Emanzipation, sowie der These von der Zuspitzung von Ungleichheitsstrukturen und Gewaltverhältnissen durch Krieg zwar zugestimmt, sich aber gleichwohl *„ob des Kontextes"* gegruselt.

Die theoretische Zustimmung ist jedoch nichts wert, wenn sie umgehend beiseite geschoben, bzw. denunziert wird. Es wird einfach behauptet, dass es gruselig sei, auch kriegerische, patriarchale, heterosexistische und rassistische Gewaltverhältnisse zu benennen (wenn es um Israel geht). Wir hatten uns bemüht auszuführen, wie innerhalb dieses Kontextes, Positionen zu Gewaltverhältnissen vertreten werden können. Dieser Mühe unterzieht sich Alerta leider nicht. Dazu hätten wir gerne etwas von ihnen gelesen; das hätte den Kern unseres Anliegens zumindest berührt.

Anstatt die Kritik am Antisemitismus innerhalb einer umfassenden Analyse von Strukturen der Ungleichheit, Herrschaft und Verfolgung immer mit zu denken, wird sie zur *„eigentlich zentralen Fragestellung"*, zum einzig *„Wesentlichen"* konstruiert. Es wird nicht mal der Versuch unternommen, die eigene Kritik am Antisemitismus und die Kritik an anderen, zwar erkannten aber *„ob des Kontextes"* scheinbar nicht aussprechbaren Gewaltverhältnissen, zusammen zu denken. Dieses bipolare Denken, das sozusagen einen Hauptwiderspruch für sich entdeckt hat, ermöglicht den *„Problematiken einer militärischen Aktion"* zum Trotz, abgehoben und zynisch Krieg *„zum Schutz von Menschen"* zu befürworten.

Die Sprache der Militärstrateg_innen verdeutlicht, wie wenig sich mit der *„Realität des Krieges"* und ihren *„Auswirkungen"* beschäftigt wurde. Solche Formulierungen verstecken *„die Realität des Krieges"*, mit ihren Zuspitzungen von Ungleichheiten und Verfolgung auf allen

Seiten. Tausende verstümmelte, traumatisierte, vergewaltigte, gefolterte und ermordete Menschen verschwinden hinter abgehobenen Worten. Doch nicht nur das. Gleichzeitig blenden sie aus, mit welchen Motiven eine kriegerische Eskalation vorangetrieben wird und wie ihre Zielsetzung ist. Dass die israelische Regierung im Moment so sehr auf einen schnellen Angriff pocht, hat nichts mit dem *„Schutz von Menschen"* zu tun. Vielmehr geht es darum, vor allem die USA bzw. die Obama-Regierung, die im Wahlkampf am ehesten zu einer weitgehenden Unterstützungszusage zu bewegen ist, unter Druck zu setzen.
Wenn nicht von Anfang an, dann spätestens wenn der Iran auf einen Angriff auf seine Atomanlagen, mit erwartbaren Gegenangriffen reagiert, geht es um einen weiteren „Regime Change" in der Region. Traditionelle Gegner des Iran wie Saudi Arabien werden genauso mitmischen wollen, wie auf der anderen Seite Syrien, die Hisbollah im Libanon und schiitische Kräfte in verschiedenen weiteren Ländern den Iran unterstützen werden. Spätestens dann wird der Krieg nicht nur für die Menschen im Iran, sondern auch in vielen anderen Ländern der Region real. Auch in Israel. *„Glück und Freiheit"* wird das für niemanden bedeuten.



Zum Aussitzen unangenehmer Positionierungen

Unsere Suche nach umfassend emanzipatorischen Positionen und unsere Weigerung, uns innerhalb einer dualistischen Weltsicht zu verorten, bezeichnet Alerta als *„Aussitzen unangenehmer Positionierungen"*. Eine Positionierung auf der Seite der israelischen Regierung, die Alerta einfordert, hilft den von *„Antisemitismus bedrohten Menschen"* aber nicht im Geringsten. Wir fragen uns auch, wie Handlungsoptionen für eine solche Solidarität in Deutschland praktisch aussehen sollten. Soll es im Kampf gegen den Antisemitismus Solidemos für Thyssen-Krupp und die Bundesregierung geben, weil sie Kriegsgerät nach Israel liefern und Solipartys, um den Israel Defense Forces im Einsatz Pizza zu schicken?

Ja, wir sind in Deutschland mit einer *„antisemitischen Grundstimmung unter einem großen Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung"* konfrontiert. Dem entsprechend war die Befürchtung, dass Teile der Friedensbewegung und der sich als antiimperialistisch verstehenden Linken im Falle eines Krieges zwischen Israel und dem Iran antisemitische Positionen beziehen, einer der Ausgangspunkte unseres ersten Debattenbeitrags. Es besteht auch die Gefahr, dass verkürzte, dem Antisemitismus Anknüpfungspunkte bietende Kapitalismuskritiken stärker werden. Deshalb werden wir aber nicht aufhören, Kapitalismuskritik zu formulieren, sondern dabei immer auch versuchen, den antisemitischen Charakter verkürzter Kritiken zu entdecken und zu bekämpfen. Ebenso verhält es sich mit Positionierungen zu Staatlichkeit, Militarisierung und Krieg. Wir werden nicht aufhören, Kritik daran zu formulieren, sondern denjenigen entgegentreten, die offen antisemitische oder daran anknüpfungsfähige Positionen beziehen und weiterhin versuchen, eine umfassend emanzipatorische Kritik zu formulieren. Wir sind in Deutschland nämlich auch mit dualistischen Weltbildern und den daraus resultierenden Legitmationsmustern für Krieg *„unter einem großen Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung"* konfrontiert. Dem entsprechend war die Befürchtung, dass Teile der deutschen Linken sich kriegsbefürwortend positionieren, ein weiterer Ausgangspunkt unseres ersten Debattenbeitrags.

Die Notwendigkeit einer Positionierung hat etwas damit zu tun, womit wir konfrontiert sind. Die Qualität der Positionierung hat wiederum etwas damit zu tun, ob sie es schafft, verschiedenste Widersprüche einzubeziehen und praktische Handlungsoptionen zu erarbeiten. Unser Bemühen um eine solche Position wurde anscheinend entweder nicht begriffen oder es wurde sich von dem Anspruch, eine grundlegend emanzipatorische Kritik zu formulieren, verabschiedet. Einerseits besteht gar nicht die Notwendigkeit, sich innerhalb einer kriegerischen/bipolaren Logik einzusortieren, andererseits erfordert doch gerade eine Positionierung außerhalb einer solchen Logik die von Reflexion und Zweifeln begleitete Auseinandersetzung mit komplexen Verhältnissen. Angenehm ist das überhaupt nicht, schließlich werden wir von vielen Seiten angefeindet. Es führt aber trotzdem kein Weg daran vorbei. Wir sehen es als Aufgabe emanzipatorischer Bewegungen und linker Politik Kritiken und Praxen zu entwickeln, die allen Ungleichheitsstrukturen entgegentreten und nicht immer wieder aufs Neue unterschiedliche Formen gegeneinander ausspielen. Eine linksradikale Kritik kann nicht in wesentliche und unwesentliche Herrschafts- und Gewaltverhältnisse sortieren. Sie muss sie ins Verhältnis setzen und Wege emanzipatorischer Veränderungen aufzeigen. Wir hatten uns bemüht, auf diesem Weg einen Millimeter weiter zu kommen – und haben vorgeführt bekommen, dass auch jeder Millimeter aus unendlich vielen kleineren Schritten besteht.

Temporäre autonome Zelle

„Mensch, das gehört jetzt uns!“

Die mexikanische Reifenkooperative TRADOC

„Die Arbeit bei Conti war wie ein Wettrennen, weil man für das bezahlt wurde, was man geleistet hat. Jetzt ist es ruhiger, und außerdem ist es jetzt unsere Fabrik. Wir versuchen je nach Situation, alle Probleme unter uns zu lösen. Wir können die Sache ja nicht mehr die da oben machen lassen, weil wir es ja jetzt sind, die die Sache zum Laufen bringen. Was runterfällt, das müssen wir eben auch aufheben.“

Sixto Salcedo Munoz

1998 kaufte die Continental AG aus Hannover das Reifenwerk Euzkadi in der mexikanischen Stadt El Salto in der Nähe der Metropole Guadalajara. Nachdem das Unternehmen 2001 gegen die dortige Gewerkschaft damit gescheitert war, ein Produktivitätspaket durchzusetzen, schloss die Unternehmensleitung kurzerhand das Werk. Den Reifenarbeitern und ihren Familien war die Existenzgrundlage entzogen, sie standen vor dem materiellen Nichts. Sie haben über drei Jahre gestreikt, um die Schließung des Betriebes zu verhindern und ihre ‚Würde‘ zu bewahren. Dabei kämpften sie zusammen mit ihren Ehefrauen und Familien auf allen Ebenen und mit allen Mitteln: vor dem Werkstor, auf Demonstrationen, im Gerichtssaal, im HannoverCongressCentrum bei der Aktionärsversammlung der Conti oder einfach nur beim Verkauf von Doughnuts auf dem Markt, um sich während des Streiks irgendwie über Wasser halten zu können. 2005 sah sich die Continental schließlich angesichts des massiven Drucks gezwungen, den Streik juristisch anzuerkennen und die ausstehenden Löhne auszuzahlen. „Ohne die Möglichkeit, ein für das Unternehmen vorteilhaftes Unterordnungsverhältnis durchzusetzen, entledigte es sich der rebellischen Arbeiter, die mittlerweile zu einem Klotz am Bein geworden waren.“ (Stubbe 2009: 166) Die Continental überließ den Arbeitern statt den Löhnen die Hälfte der Fabrik, die andere Hälfte ging an die mexikanische Reifenvertriebsgesellschaft Llanti Systems. Die Fabrikhalle, das Gelände und die Maschinen waren nun kollektives Eigentum der dort Arbeitenden, das sie organisatorisch in die Kooperative TRADOC (Trabajadores Democraticos de Occidente/ Demokratische Arbeiter des Westens) überführten. Heute besitzen sie die Produktionsmittel, produzieren die Reifen in Eigenregie, zahlen sich relativ hohe Löhne, arbeiten ohne hierarchische Entscheidungsstrukturen und unterstützen Arbeitskämpfe in ganz Mexiko.



Ein kleines Detail, wie beispielsweise die besondere Sauberkeit und Luftverträglichkeit in der Fabrik spiegeln ein verändertes Verhältnis zur eigenen Arbeit wider, eine andere Art der Verantwortlichkeit gegenüber dem eigenen Tun: „Denn natürlich fühlen wir uns nicht als Bosse, wir sind Mitbesitzer einer Fabrik und merken, dass das eine doppelte Verantwortung ist. Heute müssen wir einerseits eine Fabrik verwalten, andererseits nicht nur Mexiko, sondern der ganzen Welt zeigen, dass wir das können. Ich bestehe darauf: Eines Tages werden wir die Gesellschaft verwalten. [...], heute ist es unsere Fabrik, und daher müssen wir heute arbeiten, mehr, selbstverständlich mehr. Aber wir schultern auch die enorme Verantwortung dafür, dass wir es nicht übertreiben und uns selbst ausbeuten.“ (Torres 2009: 146)
Obwohl niemals vor den konjunturellen Schwankungen des Marktes geschützt, hat sich TRADOC mit einem glücklichen Händchen bei der Wahl der Geschäftspartner und mit einem derzeit gefragten Nischenprodukt auf dem mexikanischen und US-amerikanischen Markt festsetzen können. Diese Strategie, wirtschaftlich zu bestehen, und, wie geplant, in Zukunft zu expandieren, steht in einem widersprüchlichen Verhältnis mit dem Bemühen, ein „soziales Unternehmen“ zu schaffen. Für die Kooperative gilt, das widersprüchliche Gemisch aus wirtschaftlichen Zwängen und solidarischen Beziehungen in ein händelbares Gleichgewicht zu bringen. Für eine solche Form alternativen Wirtschaftens hat sich TRADOC einen möglichst großen Spielraum freigeschaufelt. Dieser Spielraum fußt auf der Erfahrung des Streiks, in der die Streikenden das Prinzip der Solidarität kennenlernten, solidarische Beziehungen aufbauten und ein kollektives Bewusstsein für ihre Interessen entwickelten. Diese Erfahrung und dieses Bewusstsein wurden in die Kooperative hinübergetragen. Auf dieser Grundlage hat sich die Kooperative einen ‚solidarischen und demokratischen Handlungskorridor‘ geschaffen,

in dem gute Arbeitsbedingungen, ökologische Maßnahmen, eine flache, demokratische Entscheidungsstruktur und die engagierte Unterstützung sozialer und gewerkschaftlicher Kämpfe durchgesetzt werden konnten. Dies ist im Fall von TRADOC die konkrete Antwort darauf, was möglich wird, wenn die Arbeitenden sich die Mittel ihrer Arbeit aneignen, über sie verfügen und bestimmen. Obwohl niemals befreit von wirtschaftlichen Zwängen, stellt die Kooperative für mich den lokalen Versuch dar, eine reale, lebbare Alternative zu der Arbeit in einer hierarchisch organisierten, kapitalistischen Fabrik zu erschaffen. Die Möglichkeit, betriebliche Handlungen an dem Prinzip der Solidarität auszurichten und Entscheidungen demokratisch zu fällen, ist für mich Ausdruck dieser Alternative.
Die ArbeiterInnen von TRADOC verneinen die Alleinherrschaft des äquivalenten Tausches, indem sie ihre lokale, ökologische und gemeinschaftliche Verantwortung anerkennen und versuchen, ihr mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gerecht zu werden. Damit emanzipiert sich TRADOC von der herrschenden Logik des Marktes, nämlich der privaten Aneignung von gesellschaftlicher Arbeit, dem daraus hervorgehenden Profit und der Konkurrenz unter den Beschäftigten. Eine kollektive Logik der Solidarität und eine Logik der Demokratie lassen Handlungen in dem Betrieb sinnvoll werden, die in einem normalkapitalistischen Betrieb nicht denkbar, sogar in hohem Maße unvernünftig wären. Die eigene Lebensqualität, die materielle Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, die Unterstützung anderer Kämpfe, die umweltbewusste Gestaltung des Arbeitsplatzes und eine möglichst langfristige Perspektive des Zusammenbleibens- und arbeitens können ausschlaggebende Argumente bei Entscheidungen sein. Ein solidarökonomischer Betrieb wie TRADOC lässt somit andere Handlungsrationalitäten als die der Gewinnmaximierung zu.
Die globalisierte Ökonomie funktioniert dagegen verselbstständigt. Wie die Continental AG in El Salto entzieht sie sich ihrer Einbettung in lokale, soziale und ökologische Zusammenhänge, bürdet diesen aber die von ihr verursachten Kosten auf. Diese Zusammenhänge werden der Verwertungslogik untergeordnet und somit einer permanenten Unsicherheit und Existenzgefahr ausgesetzt. Das wirtschaftliche Interesse ist scheinbar aus gesellschaftlichen Zusammenhängen entbettet, es funktioniert anscheinend losgelöst vom jeweiligen Kontext. Die Streikenden von Euzkadi haben gezeigt, dass dem nicht so ist, dass das Durchsetzen des ökonomischen Interesses der Continental enorme soziale, persönliche und ökologische Konsequenzen mit sich bringt. Heute zeigen die Kooperativisten mit ihrer Praxis, dass es anders geht, dass gemeinsames, ‚eingebettetes' Wirtschaften sehr vernünftig ist, mit Beteiligung aller gut funktioniert und die gemeinsame Versorgung sicherer gestaltet.
Welche Lehren für die politische Praxis lassen sich aus dem Beispiel der Euzkadi-Arbeiter ziehen? Ist das Vorgehen der Streikenden verallgemeinerbar für Konflikte solcher Art? Sind solidarökonomische Unternehmungen ein sicherer Ausweg aus den permanenten Krisen, die der Kapitalismus ständig auf allen Ebenen hervorruft? Eine allgemeine Antwort auf diese Fragen kann es nicht geben, denn die Versuche Solidarischer Ökonomie gestalten sich in ihrem Zustandekommen als ziemlich alternativlos, da es um das Überleben und die Versorgung vieler Menschen geht, und eben nicht um die Umsetzung abstrakter, allgemeiner Prinzipien. In diesem Fall die Kooperative oder den Willen, eine andere Wirtschaftsform zu errichten, als Ziel des Streiks auszugeben, wäre fatal. Eine Fabrik, die den ArbeiterInnen gehören würde, war zu dem Zeitpunkt der Betriebsschließung weder denk- noch absehbar. Es ging nicht um universale Werte oder Ziele, sondern sehr konkret um alles oder nichts: „Unsere Familien und unser Leben als Arbeiter stehen auf dem Spiel. Wenn wir gewinnen, dann bekommen wir unsere Arbeit zurück, aber wenn wir verlieren, verlieren wir alles." (Torres 2009: 22)
Die Intention, gegen einen riesigen Konzern wie die Continental Widerstand zu leisten, war also die Verteidigung des eigenen Lebens und der sozialen Gemeinschaft. Dass die Streikenden die Continental besiegt haben, nun einen eigenen Betrieb besitzen und diesen gemeinschaftlich und demokratisch organisieren, scheint somit ein noch größeres Wunder. Doch dieser Sieg einer lokalen Gemeinschaft gegen einen transnation-



alen Konzern hat dennoch ein bestimmtes Muster gezeigt, wie sich Beschäftigte erfolgreich gegen global agierende Unternehmen durchsetzen können. Indem sie nämlich durch internationale Vernetzung und internationale Solidarität auch global vorgehen. In diesem Sinne haben die ArbeiterInnen mit ihrer Strategie auch eine arbeitskämpferische Alternative zu einer nationalistischen, standortorientierten Gewerkschaftspolitik aufgezeigt.

Welche theoretischen Schlussfolgerungen lassen sich nun aus diesen Befunden ziehen?

Ist TRADOC lediglich als ein Versuch der ArbeiterInnen einzuordnen, der wirtschaftlichen Marginalität zu entkommen? Wenn dem so wäre, ließe sich dann nicht kritisieren, „dass die solidarische Ökonomie gerade mal eine spontane Widerstandsform der durch die Wettbewerbslogik des Marktes ausgeschlossenen Arbeiter darstellt" (Stubbe 2009: 166)? Einem solchen systemischen Pessimismus muss ich nach meinen Befunden deutlich widersprechen. Denn ohne eine allgemeine Lösung der Krise des Kapitalismus zu beanspruchen, entstehen in den derzeitigen solidarökonomischen Alternativen „wirklich neue Formen der ökonomischen Tätigkeit und der sozialen Organisation von unten nach oben" (Singer 2008: 154). Ein solcher Pessimismus verkennt lokale Möglichkeiten des Anders-Machens, und lässt das, was zwischen Menschen passiert und neu organisiert wird, außer Acht. Er führt meines Erachtens in theoretische wie praktische Hilf- und Ratlosigkeit. Dagegen sind die meisten Projekte Solidarischer Ökonomie gut organisiert, untereinander vernetzt und demokratisch und möglichst hierarchiefrei strukturiert. In diesen Betrieben machen die Menschen also heute schon etwas anders, ohne dabei vor Fehlern oder Widersprüchen gefeit zu sein. Was sich bei TRADOC beobachten beobachten lässt, sind neue, kooperative Beziehungen zwischen den arbeitenden Menschen. Es geht hier ganz konkret um eine Umstrukturierung der Produktion, die an den Bedingungen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen selbst ansetzt und sich damit als gesellschaftlich sinnvoller, tragfähiger und stabiler erweist.

ein Freund der Selbstorganisation

Literatur:

Mechthild Dortmund, (Hg.): Einen Tag länger als die Continental. Der Sieg der Arbeiter von Euzkadi/ Mexiko über einen internationalen Konzern.

Gregor Maaß / Lars Stubbe (Hg.): Contra Continental. Der Widerstand der mexikanischen Euzkadi-Arbeiter gegen den deutschen Reifenkonzern.

Zurück an Absender – Kritik aus der Galaxie

Unter dem Datum des 20. November 2011 ist ein Text mit dem Namen „Brief an die anarchistische Galaxie", im Folgenden BaG genannt, erschienen. Auf diesen Text lohnt es sich einzugehen, weil er eine beispiellose Denunziation und Diskreditierung eines Teiles des anarchistischen Spektrums zum Inhalt hat.

Der BaG wurde in Papierform verteilt und erscheint auf diversen Seiten, u.a. hier:

linksunten.indymedia.org/node/51493

Der Text suggeriert eine Spaltung der anarchistischen Bewegung, die so nur von wenigen als Spaltung verstanden wird. Mit Formulierungen wie „...dringen wir mit diesem Brief in eine Debatte ein, die nicht die unsere ist." und „...ebenso wie unsere Besorgnis angesichts der willentlichen Verstümmelung des anarchistischen Kampffeldes." machen die anonymen VerfasserInnen gleich zu Beginn eine Front auf, die auf der einen Seite die Kräfte sortiert, die den Aufstand, die Revolte und die Subversion des Bestehenden (Lieblingsworte der VerfasserInnen) voranbringen.

Wer auf der anderen Seite der Front steht wird schnell klar, auch wenn keine Namen ausgesprochen werden. Die, die angeblich das anarchistische Kampffeld verstümmeln, benutzen dafür die Versendung von Bekennerschreiben.

Im BaG liest sich das so:

„Kommen wir gleich auf den Punkt: welche Beweggründe treiben Anarchisten dazu an (wohl bemerkt, dass sie bei den Autoritären unschwer zu erkennen sind), ihre Aktionen systematisch zu bekennen und sie mit mittlerweile global gewordenen Siegeln zu unterzeichnen? Was macht sie glauben, die schwerwiegende Frage der Perspektiven durch ein ins Internet gestelltes oder den Medien zugeschicktes Bekennerschreiben lösen zu können? Was treibt sie dazu an, zu glauben, dass sich heute auf einen solchen Weg zu begeben mit einer tiefen Kohärenz zwischen Denken und Handeln, zwischen Ideen und Praktiken verbunden sei, während es sich dabei vielmehr um eine illusorische Auflösung der permanenten Spannung zwischen Theorie und Praxis handelt, jener Spannung, die da sein müsste und die die antreibende Kraft hinter dem anarchistischen Kampf ist?"

Die Frage, wie Aktionen und Inhalte vermittelt werden können, wer die Zielgruppe dafür sein kann und ob sich Theorie und Praxis in Worten ausdrücken sollen, ist schon immer Gegenstand vielfältiger Diskussionen. Endgültige Lösungen konnten bis jetzt nicht gefunden werden, nach wie vor gibt es Handlungen von Individuen und Gruppen, die bekannt werden und für mehr oder weniger Aufmerksamkeit sorgen und es gibt Handlungen von

denen kaum jemand etwas erfährt. Weder das eine noch das Andere verstümmelt ein anarchistisches Kampffeld, das sich zudem kaum definieren lässt.
Weiter heißt es im BaG:
„Diese Manie, die lawienenartig anzuwachsen scheint, läuft schnell Gefahr, die anderen Akte der Revolte in den Schatten zu stellen."
Einige, gegen die sich der BaG richtet haben sich dazu erklärt. Die gefangenen Mitglieder der „Verschwörung der Feuerzellen", im Folgenden CCF genannt, sagen in dem Text „Feuer und Sprengstoff von Indonesien bis Chile – Zum Selbstverständnis der FAI/IRF":
„Offensichtlich unterstützen wir deswegen heute jede Aktion die das System auf eigene Weise angreift. Flugblätter, selbstorganisierte Publikationen und Blogs, militante Demonstrationen, Sabotage, Angriffe mit Steinen oder Farbe, Enteignung von Banken, Bombenangriffe, Brandstiftung gegen staatliche und kommerzielle Ziele, Hinrichtung von Staatsbeamten, das ist unsere Ausrüstung aus unserem Bestand an praktischer Theorie der Anarchie. Das ist der Grund weshalb wir, wenn wir vom bewaffneten Kampf sprechen, nicht nur von Waffen und handeln, sondern auch von all dem genannten sowie allem das die Autorität abschreckt und sich auf der anarchistischen Seite der Barrikade befindet."
Während also die im BaG kritisierten ausdrücklich ihre Unterstützung aller Aktionsformen bekennen, erklären die anonymen AutorInnen:
„Wir haben es satt, die Tatsache hinzunehmen und immer öfter feststellen zu müssen, dass das anarchistische Kampffeld, eines des Angriffs, der Sabotage und der Enteignung mit einem Kennzeichen und, als solches, mit einer politischen Repräsentation gleichgesetzt wird."
Bei dieser angeblichen Gleichsetzung muss es sich um eine Halluzination handeln, die nur in den Köpfen der Absender des BaG existiert. Nur weil Aktionen unter einem Namen laufen, übernehmen sie doch nicht Aktionen von anderen Gruppen. Wer so denkt, kann sich nur selbst in einem faktisch unmöglichen Konkurrenzverhältnis zu dem Rest der Bewegung sehen. Zumindest lassen die weiteren Formulierungen im BaG diese Zwangslage vermuten. Dort wird von einer provozierten falschen Entscheidung zwischen dem „lieben", friedlichen Anarchismus und dem „bösen" Anarchismus der Bekennerschreiben geredet. Nur wer glaubt nicht aktionistisch genug zu sein kann auf die Idee kommen eine Wertung zwischen friedlich und militant, anonym oder nicht, zu treffen. Und deshalb versichern die SchreiberInnen des BaG auch gleich:
„Denn auch wir gehen zum Angriff über. Auch wir ziehen los, um die Maschinerie des Kapitals und der Autorität zu sabotieren."
Niemand hat das bezweifelt möchte man ihnen zurufen, doch warum bombardiert ihr uns mit Worten wie „Konfliktualität" oder „Kohärenz" um eurem Text mehr Wichtigkeit zu geben? Ehrlich gesagt, auf den Straßen, die in den letzten Jahren Schauplätze des sozialen Krieges waren, habt ihr euch gut getarnt und was ihr nachts macht wollen wir gar nicht wissen. Aber wenn uns andere ihr Handeln mitteilen, interessiert uns das. Ein Blick in die vom BaG kritisierten internationalen Blogs zeigt eine starke Zunahme von Aktivitäten. Von vielem hätten wir nie erfahren, gäbe es keine Erklärungen. Nur als Beispiel der letzten Wochen einige Angriffe auf die Polizei:

München, 7. Dezember 2011
Drei Polizeiautos sind völlig ausgebrannt.
Helsinki, 17. Dezember 2011
Two Police cars burned
Athen, 13. Dezember 2011
Molotov attack on riot cops in Exarchia
Moskau, 09. Dezember 2011
CCF Russia/FAI-IRF torch police car
Finnland, 06. Dezember 2011
Polizeistation in Kirkkonummi mit Brandsatz angegriffen
Charleroi/Belgien, 21. November 2011
Zwei Polizeiautos angezündet
Turin, 17. November 2011
Sieben Polizeifahrzeuge angezündet

Wie kann man nur auf die Idee kommen, Aktionen dieser Art danach zu werten, ob sie anonym oder mit Bekennerschreiben begangen werden, ob sie Gefangene erwähnen oder nicht, ob sich ihre VerursacherInnen „informell" nennen oder nicht? Kann sich der BaG nicht einfach über das Feuer freuen statt Motivationen zu analysieren, was eigentlich der Job der Bullen ist?
Dieses ungesteuerte Handeln von Gruppen und Individuen, die sich nicht kennen und scheinbar wahllos miteinander oder nebeneinander los ziehen, verwirrt die Urheber des BaG, Konzepte anderer Gruppen lassen sie nicht gelten und auch nicht die Entscheidung sich diesen Konzepten anzuschließen oder nicht. Formuliert im Sprech der Aufständischen:
„Wir sehen ausserdem auch, wie eine Verwirrung um sich greift, die wir einmal mehr unterstreichen und bekämpfen wollen. Denn es dreht sich uns der Magen um, weiterhin die Bedeutungen zu akzeptieren, die gegenwärtig gewissen Kon-

zepten wie beispielsweise der Informalität gegeben werden."
An dieser Stelle schält sich langsam der Akteur auf der anderen Seite der Front heraus: es ist die FAI. Dieser Name ist umstritten seitdem er zunächst unter Erklärungen zu Briefbomben aus Italien und inzwischen zunehmend weltweit unter Texten von Gruppen steht, die mit dem Modell der CCF sympathisieren.
Die KritikerInnen werfen den Zusammenhängen der FAI vor, den Namen der historischen FAI geklaut zu haben.
Damit begeben sie sich auf das Niveau von Firmen, die ihr Copyright schützen, Download Detektiven oder der GEMA, die youtube Videos sperrt. Die Bezeichnung für eine Richtung des Anarchismus kann unmöglich im Privatbesitz von Personen sein. Besonders die Formulierung „informell" durch unberufene AktivistInnen erregt den BaG.
Zwar schließt ihre eigene Definition zunächst niemanden von der Informalität aus, der BaG erklärt sogar den tatsächlichen Zusammenhang von von Affinität und Handeln, um dann aber jenen, die das Wort verwenden die Legitimität abzusprechen. Genauso verfahren sie mit dem Wort „Insurrektionalismus", dessen Bedeutung nur den erlauchten VerfasserInnen des BaG erfassen und das deshalb nicht von den Anderen missbraucht werden soll.
Bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Aktionen der CCF oder der FAI, an ihrer manchmal ungewohnten Wortwohl oder ihrem Pathos, Anerkennung ist bestimmt nicht das Motiv wofür viele Unannehmlichkeiten in Kauf genommen werden.
Wenn im BaG rhetorisch gefragt wird: „ Aber sind nicht eben wir, die Anarchisten, Feinde jeglicher Form von Delegation, von erleuchteten Beispielen, die oft nichts anderes tun, als die eigene Resignation zu legitimieren?" reden die VerfasserInnen von sich selbst. Denn wenn eine anarchistische Bewegung nicht die Suche nach dem richtigen Weg an diese delegiert hat, warum sollte dann der BaG geschrieben werden?
Im breiten Spektrum des globalen Widerstands gegen das kapitalistische System haben die Bestrebungen des kleinen Flügels des aufständischen Anarchismus, aus dessen Ecke der BaG kommt, in der letzten Zeit ein beispielloses Streben nach Meinungs- und Wortführerschaft an den Tag gelegt, welches unangenehm aufstößt.
Die Ideen der CCF finden Anklang und das militante Modell der FAI findet weltweit Zuspruch. Ohne der Politik dieses Spektrums in allen Punkten zuzustimmen, fällt es leicht auf hämische und unsolidarische Kritik zu verzichten. CCF/FAI greifen Ziele an, die wir auch angreifen. Ihren Mitteln stimmen wir nicht immer zu, ihre Analysen sind oft sehr treffend oder auch etwas daneben.
Na und? Wäre es besser dieser Kampf würde nicht stattfinden oder wir würden nichts davon erfahren weil es keine Bekennerschreiben gibt?
In den Metropolen ist viel Platz zu Kämpfen, es gibt genug Ziele und genügend Papier um bessere Texte als die CCF/FAI zu verfassen. Der einzige Grund warum nun der BaG auftaucht ist der Neid auf das aktionistische Potential und die Aufmerksamkeit, die den FAI Gruppen zu Teil wird. Bislang wurden die KritikerInnen, die sich selbst als die BesitzerInnen der reinen anarchistischen Lehre und der Aufständigkeit definieren, als Strukturen geschätzt, die wenigstens in die gleiche Richtung wollen.
Wer sich mit den Texten des BaG Umfelds beschäftigt hat, findet dort zwar den gleichen Pathos wie in den CCF Texten, zumindest in einem Land wurden aber Ansätze eines gemeinsamen Kampfes mit den Unterdrückten und Ausgegrenzten realisiert, die bemerkenswert sind.
Darum ist es umso paradoxer, dass nun ausgerechnet aus den Zweigstellen des aufständischen Anarchismus mit dem niedrigsten Level der Unruhe, so vehement um einen Kurs gestritten wird, der gar nicht zur Debatte steht.
Auch die Ausführungen zur Klandestinität im BaG entbehren jeder Grundlage. In jüngster Zeit ist niemand aus ideologischen Gründen in die Illegalität gegangen. Auch die CCF hat nach dem Prinzip autonomer Gruppen agiert, nur Verdächtige, die gesucht werden, tauchen unter. In keinem Papier der FAI wird die Klandestinität gehuldigt; eine Tatsache die der BaG suggeriert.
Den Autorinnen wird es unerträglich, wenn das Konfrontationsniveau steigt. Dann produzieren sie Sätze wie:
„Wie man in den Bekennerschreiben oft genug sehen kann, gibt es scheinbar Anarchisten, die glauben, der Macht Angst machen zu können, indem sie Drohungen aussprechen, Fotos von Waffen publizieren oder einige Bomben explodieren lassen (und wir sprechen noch nicht einmal von der niederträchtigen Praxis, aufs geratewohl Paketbomben zu verschicken)."
Allen, die sich am anarchistischen Kampf beteiligen steht es frei die Wahl ihrer Mittel und die Vermittlung frei zu entscheiden. Das ist bei kommunistischen Gruppen nicht so. Wer Bomben Scheiße findet oder nicht basteln kann oder wo sie nicht effizient oder vermittelbar sind, kann Steine werfen. Das kann begründet werden oder nicht. Diese Freiheit der Entscheidung macht unseren Widerstand aus.
„Niederträchtige Praxis" wird unser

Handeln von den Herrschenden und Bullen genannt. Warum der BaG die Worte des Feindes benutzt weiß er nur selbst. Über Paketbomben wird viel gestritten, zu Recht. Jedoch ist ist noch nie ein Postbote bei den Briefbomben der CCF/FAI zu Schaden gekommen.
Und wer das Vertrauen der Elite Besitz, um die die eingehende Post zu öffnen, ist auch nicht Unbeteiligter.
Zu verurteilen sind auch die Kommentare auf Indymedia und anderen Blogs, die aus dem Umfeld des BaG nach jeder Briefbombe kommen. Jedes Mal wird die FAI als Geheimdienstprodukt von Berlusconi bezeichnet, die einer „echten" FAI den Namen geklaut hätte. Hier wird erneut das Copyright-Denken des BaG deutlich und der Wunsch nach einem Zentralkomitee, welches den Kurs des Anarchismus festlegt.
An der Motivation der Schreiberinnen des BaG treten grundsätzliche Zweifel auf, wo sie von sich selbst reden,
siehe:
„Einst waren wir stolz darauf: all unser mögliches zu tun, um den Sumpf der sozialen Konfliktualität auszuweiten..(...). Und mit stolz verbreiten wir diese Ideen, auf autonomer Weise,..."
Das freie Handeln eines Individuums oder eines Kollektivs braucht keinen Stolz. Stolz ist für Menschen, die sich ständig mit ihrer Umgebung vergleichen und Konkurrenzverhältnisse konstruieren. Der BaG redet von sich selbst, wenn er die angeblich anderen psychologisiert.
Den politischen Werdegang einer ganzen Generation von GenossInnen, die sich für die (vorübergehende) Partizipation am Organisationsmodell FAI entschieden haben, reduziert der BaG auf einen Satz: „Offensichtlich ist es einfacher, vorgefertigte Meinungen aus den Regalen des militanten Supermarktes zu nehmen und zu konsumieren, als einen Weg des Kampfes zu entwickeln, der mit all dem bricht."
Ein Satz aus der Hand von Leuten, die keine Ahnung haben wie die Realitäten in den Milieus aussehen, in denen Aktionen der CCF/FAI stattfinden. Genau die gleiche Ignoranz wir in den Ausführungen zu unseren Gefangenen spürbar. Niemand verherrlicht die Gefangenen, wenn sich in Bekennerschreiben auf sie bezogen wird. Natürlich fordern wir immer Freiheit für alle Gefangenen. Nur Tatsache ist auch, nicht alle Gefangenen kämpfen gegen das System, viele kooperieren mit Bullen und Schließern. Die Erwähnung unserer Gefangener ist ein selbstverständlicher Akt, der diese in keiner Weise erhöht.
Wer das nicht kapiert hat noch nie länger als 24 Stunden in einer Zelle verbracht. Und die fehlende Erfahrung wird auch nicht durch das ständige Schreiben über Knast ausgeglichen. Maßlose Selbstüberschätzung spricht aus dem BaG wenn sie schreiben: „Es sei also klargestellt, dass der Aufstand nicht nur eine Sache der Anarchisten ist, auch wenn unser Beitrag, unsere Vorbereitung, unsere aufständischen Perspektiven ohne den geringsten Zweifel wichtig sind und in Zukunft vielleicht sogar entscheidend werden können, um die Entfesselung der Negation in eine befreiende Richtung zu stossen."
Bei welchem Aufstand, außer 2008 in Griechenland, haben Anarchisten eine Rolle gespielt? Sie sind 2005 nicht in die französischen Banlieues oder 2011 nicht in die englischen Brandzonen gegangen (bis auf wenige Ausnahmen) weil sie Angst vor dem Mob hatten und nicht wussten ob sie sich mit dessen Zielen und Handeln solidarisieren könnten. Bis auf Griechenland oder Chile ist die Anwesenheit von organisierten Anarchisten bedeutungslos für den Verlauf von Konflikten. Die Diskurse aus dem Umfeld des BaG sind an allen Brandherden unbekannt.
Wer nicht dem erleuchteten Beispiel der selbsternannten Aufständischen folgt, wird schnell von diesen einsortiert: „Ansonsten werden nicht mehr Anarchisten, sondern bloss eine Reihe von ziemlich tristen und beschränkten Rollen übrig bleiben: Propagandisten, Besetzer, bewaffnete Kämpfer, Enteigner, Schreiber, Randalierer, Unruhestifter und so weiter."
Als Anarchist soll sich nur noch bezeichnen dürfen, wer alle Bonanno Texte gelesen hat und dem erlauchten Kreis der Avantgarde genehm ist. Denn als Avantgarde verstehen sich die VerfasserInnen des BaG, sonst hätten sie sich nicht so viel Mühe gegeben ihren Text zu verbreiten; einen Text, in dem die derzeit aktivsten Gruppen des anarchistischen Spektrums verunglimpft und denunziert werden.
Man muss nicht alles gut finden was die Freundinnen der FAI machen, wenigsten anzuerkennen ist jedoch, das sie ein expandierendes Modell an Theorie und Praxis auf die Beine stellen. Dieses wird auch nicht durch einen Text wie dem BaG zu stoppen sein. In dem darin skizzierten „identitären Ghetto", in welchem sich „Anarchisten mit ihrem kleinen Garten beschäftigen" befinden sich nur dessen Autorinnen.
Eine Hoffnung bleibt: der Schlussabsatz des BaG ist der Art ausschließend, das die Querschüsse aus ihrem Spektrum wohl abnehmende Tendenz haben.

Verfasst von:
Propagandisten, Besetzern, bewaffneten Kämpfern, Enteignern, Schreibern, Randalierern, Unruhestiftern und so weiter.

Und ist dir was aufgefallen in dieser Ausgabe? Nein?

Die Schrift ist 0,5 pt kleiner als bisher. Also spende fleißig, damit du nicht bald eine Lupe brauchst um das Blättchen zu lesen.

Krieg beginnt hier...

Antimilitaristisches Diskussions- und Aktions-Camp

13. - 16. September 2012
am Gefechtsübungszentrum Altmark





GÜZ

markieren
blockieren
sabotieren

http://warstartsherecamp.org